

Abonnements-Bedingungen:
Ehrendienst. Preis brünnenerhoben:
Wochenblatt 3,30 RM, monatlich 1,10 RM,
jährlich 12 RM, frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 60 Wg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beraternungs-Anzeigen 30 Wg.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 14. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Für die Arbeitsfähigkeit!

Die Konservativen und Merikalen, die sonst so für Ordnung schwärmen und die pflichtgemäße Ausübung parlamentarischer Kritik oft genug als Obstruktion und Zeitvergeudung denunzieren haben, treiben seit Eröffnung des Reichstages, in dem sie die Minorität sind, systematisch Sabotage.

Unter diesen Umständen ist es die oberste Aufgabe aller derer, die nicht zu den geschworenen Feinden des Reichstages gehören, das Parlament davor zu schützen, daß es selbst durch diese Krise in Mitleidenschaft gezogen werde.

Im erfreulichen Gegensatz zur nationalliberalen Schwachmütigkeit hat die Fortschrittspartei sich der Erfüllung dieser Aufgabe nicht entzogen und wird an der Seite der Sozialdemokratie den Versuch machen, die Konstituierung des Präsidiums endlich zu vollenden.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat in ihrer letzten Besprechung vor der heutigen Sitzung des Reichstages in Erwägung gezogen, obwohl es gegen ihr Parteinteresse sei, das Opfer zu bringen und den Präsidenten des Reichstages zu stellen.

Der „Voss. Zeitung“ zufolge wird als Präsident Herr Raempf in Aussicht genommen. Die nationalliberale Partei soll entschlossen sein, Herrn Raempf zu unterstützen.

Und fast scheint es, daß auch Herr Paasche keine Lust hat, sich zu einer Puppe herabwürdigen zu lassen, die an den Drahten tanzt, die die Herren Schiffer und Friedberg im Auftrage der Schwarzblauen ziehen.

Die nationalliberale Partei hat ihre plötzliche Weigerung, an dem Präsidium teilzunehmen, in völlige Verwirrung gebracht. Die reaktionären Organe weisen darauf hin, daß die Tatsache, daß der größte Teil der Partei für Wedel und Scheidemann gestimmt haben, nicht ungeschehen gemacht werden könne.

Statt dessen haben die Nationalliberalen vorgezogen, vor den Drohungen der Reaktionen und vor einem künstlich arrangierten Proteststurm einiger ihrer, in Wirklichkeit längst konservativ gewordenen, Organisationen zurückzuweichen.

Statt dessen haben die Nationalliberalen vorgezogen, vor den Drohungen der Reaktionen und vor einem künstlich arrangierten Proteststurm einiger ihrer, in Wirklichkeit längst konservativ gewordenen, Organisationen zurückzuweichen.

„Die nationalliberale Partei macht gegenwärtig eine Krise durch, die ihre Anhänger mit schwerer Besorgnis für die Zukunft erfüllen muß. Es wäre unklug und auch zwecklos, in diesem entscheidenden Augenblick dies leugnen zu wollen und eine Politik des Verstedspiels zu treiben.“

„Was zur Stunde ist das Geheimnis immer noch nicht gelüftet. Es heißt, daß die „Vertrauensmänner“ aus Schleswig-Holstein und aus Westfalen stammten und daß die Landtagsabgeordneten Dr. Schifferer und Dr. Paarmann der Angelegenheit nicht fernstehen.“

„Die konservativen Elemente aber scheinen gewillt, den Erfolg ihres Vorstoßes mit aller Kraft auszunützen. Die scharfmacherischen „Hamb. Nachr.“, die übrigens über die Verlanglosigkeit der höfischen Pflichten der gleichen Meinung sind, wie die „Kreuzztg.“, fordern bereits eine „reine Scheidung“.“

„Jetzt sieht man, daß die Taktik die eigene Partei dem Abgrund zutreibt — und nun läßt man den Karren im Sumpfe stecken, in den man ihn hineingefahren hat, und schlägt sich „seitwärts in die Büsche“: Pro gloria et patria! Vergeblich wird man in der ganzen Parteigeschichte Deutschlands ein klüglicheres Bild finden, als das dieser „großen Retirade“ der Vossersmann-Partei.“

Und allgemein ist die Forderung nach dem Rücktritt Baffermanns, dem nur die badischen Nationalliberalen zu Hilfe eilen. Sie fordern die Fraktion auf, an dem Zusammengehen der Linken unbedingt festzuhalten.

Die diese Krise ausgehen wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Für die entschlossenen Reaktionen bildet sie aber schon jetzt eine starke Ermutigung. Um so dringender ist es, die Präsidialkrise zu beendigen. Mag dann kommen, was da wolle, wir sind bereit.

Unter sozialdemokratischem Präsidium.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:
Am Bundesratssitz: Delbrück, Bermuth, Lisco.
Vizepräsident Scheidemann eröffnet um 2 Uhr nachmittags die Sitzung und teilt zunächst das Ergebnis der in der vorigen Sitzung vollzogenen Schriftführerwahl mit.

Weiter teilt der Vizepräsident mit, daß Abg. Freiherr v. Hertling infolge seiner Ernennung zum bayerischen Ministerpräsidenten sein Mandat niedergelegt habe, und fährt dann fort:

Von dem Abg. Dr. Spahn ist folgendes Schreiben eingegangen:

Berlin, den 12. Februar 1912. Dem Reichstagspräsidium teile ich ergebenst mit, daß ich das Amt des Reichstagspräsidenten hiernit niederlege.

Es ist mir im Anschluß an diese Mitteilung ein Antrag von den Herren Abgg. Baffermann und Gröber zugegangen, die Sitzung nunmehr zu vertagen.

Dieser Antrag wird fast einstimmig angenommen. Auf Vorschlag des Vizepräsidenten findet die nächste Sitzung statt Mittwoch 2 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten; schleuniger Antrag Albrecht (Soz.) wegen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abgg. Ebert, Fischer (Sachsen) und Feuerstein; Interpellation Baffermann (nail.) betreffend die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz; Interpellationen Alblach (Sp.) und Albrecht (Soz.) wegen Aufhebung des Bolles auf Futtergerste und Mais und Suspendierung resp. Aufhebung des Kartoffelzölles; erste Beratung des Etats.

Schluß 2 Uhr 20 Minuten.

Der Krieg.

Türkische Angriffe auf Derna und Tobruk.

Derna, 18. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) In der vergangenen Nacht führte der Feind zwei heftige Angriffe auf die italienische Südfestung aus; beide wurden erfolgreich zurückgewiesen. Der erste dieser Angriffe, der sehr heftig war, wurde abends gegen 11 Uhr durch eine Bewegung begonnen, die darauf abzielte, die vorgeschobene neue italienische Verteidigungslinie und die rechte Seite der älteren Linie, die sich weiter zurück befindet, einzuschließen.

Im 2 Uhr morgens war der Feind vollständig zurückgeschlagen. Vor diesem Teil der italienischen Front wurden bei Tagesanbruch zahlreiche Zeichen sehr erster feindlicher Verluste wahrgenommen. Außer sechzig Toten wurden ein Schwerverletzter und in weitem Umkreise zerstreute Stücke menschlicher Körper gefunden.

Tobruk, 18. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Heute früh eröffneten einige feindliche Gruppen ein Feuer gegen eine Abteilung Italiener, die einen Grabhügel besetzen wollte, wurden aber durch einige Schüsse aus den Kanonen des Forts vertrieben. Später begannen andere Gruppen aus großer Entfernung auf eine italienische Kompanie zu schießen, die zur Erkundung einer kläglich eingewonnenen Stellung des Feindes entsandt war. Die Kompanie erwiderte, unterstützt von einigen Feldgeschützen, das Feuer. Aus Blutspuren, die an dem bisherigen Aufenthaltsort der Feinde vorgefunden wurden, ging hervor, daß die Feinde empfindliche Verluste gelitten haben.

Eine türkische Drohung.

Konstantinopel, 13. Februar. Wie die Blätter melden, hat die Flotte den Mächten mitgeteilt, sie werde alle Geschäfte von Italienern schließen und noch andere Maßnahmen gegen die in der Türkei lebenden Italiener treffen, wenn Italien eine Aktion im Archipel oder in den Dardanellen unternähme.

Ein italienisch-englischer Zwischenfall.

Malta, 12. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Der italienische Postdampfer „Emma“ ist hier mit drei in Ketten gelegten gefangenen Arabern an Bord eingetroffen, die seit drei Monaten im italienischen Zellengefängnis zu Malta interniert waren und nach Tripolis gebracht werden, um wegen Verrat an Italien abgerichtet zu werden. Die englischen Behörden zwangen den Kapitän, den Gefangenen die Ketten abzunehmen. Dann wurden die Araber vor den Richter geführt, welcher mit Rücksicht darauf, daß der Kapitän der „Emma“ kein Dokument besaß, das die Festhaltung der Gefangenen rechtfertigte, bestimmte, daß die Araber bis zum Eintreffen weiterer Informationen im Gefängnis zu Malta verbleiben sollten.

Eine sozialistische Tripolisinterpellation in der italienischen Kammer.

Rom, den 13. Februar. In der von Trebes, Turati und Veltrami eingebrachten Interpellation über Tripolis verlangen die Sozialisten von der Regierung Aufklärung über die Ursache des Tripoliskrieges und des Ultimatus an die Türkei.

Türkische Vorbereitungen für Konfliktmöglichkeiten im Frühjahr.

Istanbul, 13. Februar. Laut strengsten Weisungen des Kriegsministers müssen alle angeordneten militärischen Vorkehrungen sowie die Entscheidungen über den Landsturm, die Maßnahmen über die Anwerbung Freiwilliger und die Organisation des Roten Halbmondes in betreff Einstellung der nötigen Anstaltsärzte und Chirurgen bis zum März unwiderruflich beendet sein. Alle Keimkammern wurden aufgefordert, diese Vorbereitungen zu unterstützen.

Konstantinopel, 13. Februar. Ein heute veröffentlichtes Dekret gewährt dem Kriegsministerium unter Vorbehalt der nachträglichen Bewilligung durch das Parlament einen Kredit von einer Million Pfund für den Fall, daß außerordentliche Ereignisse im Laufe des Jahres eintreten.

Die Revolution in China.

Die Republik.

Das größte und bevölkerteste Reich der Welt hat nach halbjährigem Bürgerkrieg die Fesseln einer veralteten Staatsform von sich geworfen. Das Land, das seit Jahrtausenden von Dynastien beherrscht wurde, dessen Volk so durchdrungen schien von der Ehrfurcht vor der monarchischen Gewalt, daß es seine Herrscher wie Götter in unabhäbiger Herrlichkeit über sich thronen ließ, hat in unglaublich kurzer Zeit die alte Regierungsform über den Haufen geworfen und geht daran, sich eine moderne Verfassung zu geben, moderner als die manchen sogenannten Kulturstaaten in Europa. Die Umwandlung des chinesischen Kaiserreiches in eine Republik ist am 12. Januar 1912 zur Tatsache geworden. Es ist ein weltgeschichtliches Ereignis von unabsehbarer Bedeutung, das sich vor unseren Augen vollzieht. Wer vor zehn Jahren eine derartige Entwicklung der Dinge in China vorausgesagt hätte, wäre als Phantast angesehen worden. Die Minimierungsarbeit, die der europäische Kapitalismus und die aus ihm resultierenden modernen Ideen geleistet haben, hat über alles Erwartete schnelle Wirkung gehabt. In welcher Weise die Führer der chinesischen Revolution diese Ideen der Eigenart und den Verhältnissen ihrer Heimat angepaßt haben, wird weiter unten dargelegt.

Der jungen Republik stehen selbstverständlich noch eine Menge Kämpfe bevor, ehe die Dinge zur vollen Klärung kommen werden, ehe der Gegensatz zwischen Nord und Süd und die territorialen Interessen der einzelnen Provinzrepubliken ausgeglichen sind, ehe die chinesische Bourgeoisie sich als erste Nutznieherin der Republik fühlen kann. Auch werden der neuen großen asiatischen Republik die Klassenkämpfe, das Ringen zwischen Kapital und Arbeit nicht erspart bleiben. Das hindert aber nicht, daß man mit dem gegenwärtigen Druck mit der Vergangenheit, mit der Einführung der Republik eine ungeheuer wichtige Etappe in der geschichtlichen Entwicklung Ostasiens erreicht ist. Das Verhältnis der europäischen Staaten und Amerikas, die bisher China für ein großes Festland hielten, dessen Aufteilung aus gegenseitiger Eifersucht nur aufgeschoben wurde, ist durch das Erwachen des Riesentums ein ganz anderes geworden.

Die Revolutionäre haben sich für die sehr bedingte Beibehaltung eines Scheinabsolutismus entschieden. Auf die Staatsform und Staatsverwaltung werden die letzten Vertreter der Mandschuynastie nicht mehr den geringsten Einfluß haben. Wenn die revolutionären Konzeptionen an den abdankenden Hof auch die Gefahr konterrevolutionärer Umtriebe zulassen, so ist die Nachgiebigkeit der Republikaner doch zu verstehen. Sie wissen sehr wohl, das jahrtausendliche monarchische Traditionen im Bewußtsein der großen, politisch unreifen Masse sich nicht mit einem Federstrich beseitigen lassen, daß ein allzu radikales Vorgehen gegen die Dynastie dem Siege der Republik nur geschadet hätte. Anwieweit bei dieser Regelung der Dinge der Ehrgeiz und die Diplomatenkunst Juanschi, des ersten Präsidenten der chinesischen Republik, eine Rolle gespielt haben, wird erst später bekannt werden.

Die Ziele der republikanischen Regierung.

Im „Labour Leader“ berichtet Genosse A. S. Dobson von einer Unterredung mit dem Sekretär des Revolutionskomitees der chinesischen Republik Liu Fu Tscheng, der als Dozent des Chinesischen an der Universität und Student der Nationalökonomie in Paris lebt. Tscheng erzählt von der Vorgeschichte der Revolution und zeigte, wie die Tätigkeit Sunjatschens die Studierenden mit den revolutionären Ideen erfüllt und dadurch die Regierung des Hofes in ihrem eigenen Beamtenkörper beraubt hat. Die Mandschutruppen werden nicht gegen die Revolutionäre fechten, weil ihre eigenen Führer revolutionär gefinnt sind. Dabei betonte er, daß die Volksbewegung keine eigentlich demokratische sei. Das Volk habe die Mandschu-Dynastie, aber die eigentlichen demokratischen Ideen finden bis jetzt noch außer bei den Gebildeten wenig Verständnis.

Bemerkenswert war die Stellung zum Sozialismus. Tatsächlich sind alle Republikaner — d. h. die durchgebildeten — Sozialisten, aber wir haben keine so gegliederten sozialistischen Organisationen, wie sie in Europa. Nur eine Partei treibt eine ausgesprochenere sozialistische Propaganda: die Agrarsozialisten. Augenblicklich ist es leider nicht möglich, die Armut sehr zu vermindern. Man

verteilt große Mengen Reis usw., aber Sunjatschens weiß wohl, daß solche reinen Palliativmittel unwirksam sind. Er ist ein entschiedener Vertreter der Bergesellschaftung des Bodens, der Bergwerke, Banken, Zweige der allgemeinen Versorgung. Er will so bald als möglich Befehle in dieser Richtung einführen.

Hinsichtlich der politischen und Verwaltungsreformen bemerkte Tscheng, das Volk sei noch nicht vorbereitet auf volle Freiheit und Selbstverwaltung. Deshalb solle für einige Jahre eine diktatorische Gewalt, ähnlich der des englischen Kabinetts, bestehen, die, Hand in Hand mit Propagandagebütern, wie der für die Emanzipation der Frauen, die Bevölkerung auf die volle Demokratie hinführen solle. Allgemeines Männerstimmrecht soll eingeführt werden, Frauenstimmrecht erst, wenn die weibliche Erziehung etwas weiter vorgeschritten ist. Eine wirksame Polizei anstatt der ungenügenden und unsicheren, die jetzt besteht, soll zur Sicherung der ruhigen Bevölkerung geschaffen, der innere wie der Außenhandel gefördert werden. Ein Stück in der Richtung ist die Abschaffung des lästigen „Ditroi“-Systems in den 14 republikanischen Provinzen. Aber viel müsse noch geschehen.

Die Frage der Erziehung werde ernsthaft im Auge behalten, wenn sie auch zunächst hinter der Sicherung vor den Anschlägen der Mandchsus zurückstehen müsse. Sobald die Republik auf einer gesunden und dauerhaften Grundlage besetzt ist, wird die erste Aufgabe die Schaffung eines obligatorischen, umfassenden Unterrichtes auf durchaus modernen Grundlagen sein. Tscheng sprach wiederholt den Dank seines Volkes für die sympathische Haltung der englischen Sozialisten zu der neuen Republik aus. Seine Ausführungen bewiesen, wie ernsthaft man sich in den Reihen der republikanischen Führer mit den sozialen Problemen befaßt, die ja durch die Fortdauer der ländlichen Gemeinwirtschaft und des Genossenschaftsgebodens bei Gewerbetreibenden und Arbeitern dem Chinesen weniger fremd sind als dem „modern gebildeten“ europäischen Bourgeois. Trotzdem wird abzuwarten sein, ob die mehr ideologisch begründete sozialistische Richtung der Studierenden in der sehr realen Macht des Kapitalismus, die von Amerika her wie innerhalb der eigenen Bourgeoisie schon feste Wurzeln gefaßt hat, ernsthaft entgegenzuwirken oder, wie die agrarkommunistische Richtung, ähnlich jener Gruppe russischer Sozialisten, erstrebt, durch unmittelbaren Lebergang vom patriarchalischen zum modernen Kollektivismus den Volksmassen den Weg durch die kapitalistische Hölle zu ersparen. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich hier — ähnlich wie z. B. in Frankreich 1948 und in mandchen Stadien der russischen Freiheitsbewegung — um den bloßen Ausdruck noch unentwickelter wirtschaftlicher und darum verwirrender sozialpolitischer Gegensätze handelt. Auch dem chinesischen Bauernvolk wie dem häßlichen und Landproletariat dürfte es kaum erspart bleiben, die Leiden der kapitalistischen Enteignung und Ausbeutung in einer vielleicht bei seinem ganzen wirtschaftlichen Tiefstande besonders furchtbaren Weise anzukosten — bis es ihm gelungen sein wird, aus eigener Kraft und mittels selbstgeschaffener Klassenorganisation die Macht zu erringen und die Umgestaltung der Gesellschaft durchzuführen. Doch muß man sich natürlich vor absoluten Prophezeiungen hüten. Alle Vermutungen und geschichtlichen Analogien geben zwar in dieser Richtung, doch wäre es ja auch einmal möglich, daß in jenem fremden und so wenig bekannten Volke die Entwicklung sich einmal in anderer Richtung vollziehen könnte. Möglich, wenn auch unwahrscheinlich.

Das Abdankungs-Edikt.

Peking, 12. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In dem Edikt, das die Anerkennung der Republik ausspricht, heißt es: Die überwältigende Mehrheit des Volkes ist für die Republik. Es ist unmöglich, sich den Wünschen von Millionen zu widersetzen um des Ruhms einer einzigen Familie willen. Darum übertragen die Kaiserin-Witwe und der Kaiser die Souveränität auf das Volk und beauftragen Juanschi, eine provisorische republikanische Regierung zu organisieren und mit den Republikanern wegen der Gründung einer Union zu verhandeln, die den Frieden des Reiches sichern soll, und zwar in Gestalt einer großen Republik, die Mandchsus, Chinesen, Mongolen, Mohammedaner und Tibetaner vereinigt.

Die Edikte besagen ferner, daß das Volk die Verantwortung dafür übernehme, daß die Opfer vor den kaiserlichen Abenteuern und Mäusen immer dargebracht werden würden, und daß der Kaiser nur auf seine politische Macht verzichte, während der kaiserliche Titel nicht abgehakt werde. Das Edikt erklärt auch, daß die kaiserlichen Verwandten, Mandchsus, Mohammedaner und Tibetaner sich bemühen werden, mit den Chinesen zu verschmelzen und alle Massenunterschiede und Klassenvorurteile zu beseitigen.

Das von Juanschi erzielte Kompromiß ist für alle eine Erlösung. Ausländer und Chinesen glauben, daß die Edikte alle Parteien befriedigen werden. Die Mehrzahl der Republikaner hat folgenden Bedingungen zugestimmt: Der Kaiser behält seinen Titel und erhält eine Jahresapanage von vier Millionen Taels, die nach der Durchführung der Währungsreform vier Millionen Dollars betragen wird. Das Palastpersonal bleibt, doch sollen die Summen nicht mehr ergänzt werden. Die Mandschupensionen werden weiter bezahlt, bis Mittel für den Lebensunterhalt der Empfänger gefunden sind. Die Religionsfreiheit wird gewährleistet. Der Hof bleibt gegenwärtig in der verbotenen Stadt; in der Folge wird er im Sommerpalast in der Nähe Pekings residieren. Die Anleihenunterhandlungen werden wieder aufgenommen.

Juanschi am Sunjatschen.

London, 13. Februar. Juanschi ist am Tage der Veröffentlichung des Abdankungsedikts an Langschach und Dr. Sunjatschen ein Begrüßungstelegramm folgenden Inhalts: Die Idee, für die Sie seit Jahren gekämpft haben, ist zur Tat geworden. Die Monarchie China hat aufgehört zu existieren, ein neues Regime hebt an. Mit großer Freude schreibe ich mich der Republik an, möge sich bis in die fernsten Zeiten das Land erhalten und entwickeln. Juanschi.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar 1912.

Aus dem Reichstage.

Die gestrige vierte Sitzung des neuen Reichstages hatte eigentlich nur einen Inhalt: den großen historischen Moment, da das deutsche Parlament zum erstenmal seit seinem Bestehen von einem Sozialdemokraten eröffnet wurde. Als um 2 Uhr 15 Minuten der Genosse Philipp Scheidemann die Glocke schwang, mag es den Herren auf der Rechten des Hauses zumute gewesen sein, als hörten sie das Totenglocken der bürgerlichen Gesellschaft läuten, aber sie besaßen so viel Klugheit, nicht, wie es einige Blätter prophezeit hatten, demonstrativ den Saal zu verlassen, sondern ruhig die sozialdemokratische Geschäftsführung über sich ergehen und nur, als Scheidemann unter den ersten geschäftlichen Mitteilungen neben der Mandatsniederlegung des Freiherrn v. Hertling den Verzicht Spahn auf das Reichstagspräsidium kundgab, machten sie ihrer Stimmung durch ein

kräftiges Bravo Luft. Auf der Linken antwortete fröhliches Lachen.

Mit Takt und Geschick waltete Genosse Scheidemann seines Amtes. Mit Recht vermied er, in seine Haltung oder in seine Worte irgend etwas von einem herausfordernden Triumphgefühl zu legen und wahrte zugleich durch die ruhige Selbstverständlichkeit, mit der er präsierte, so gut die Würde seiner Stelle wie seiner Partei. Wenn sich irgendwo von der Präsidententätigkeit des Sozialdemokraten eine Sensation oder eine Entgleisung versprochen hatte, so sah er sich auf der ganzen Linie enttäuscht.

Sachlich von Interesse war, daß Zentrum und Nationalliberale, wie zu erwarten, einen Antrag auf Vertagung eingebracht hatten. Dem Antrage wurde entsprochen und die nächste Sitzung auf Mittwoch 2 Uhr anberaumt. Tagesordnung: Wahl eines Präsidenten, Interpellationen, erste Lesung des Etats.

Nur wenige Minuten hatte die Sitzung gedauert, zu der auch der Bundesrat eine Reihe seiner Vertreter entsandt hatte, da verkündete die Glocke, von sozialdemokratischer Hand geschwungen, Schluß. Sitzungssaal und Tribünen leerten sich, und auf manchem treuherzigen Antlitz las man das ehrliche Erstaunen darüber, daß das Deutsche Reich noch stand.

Ultramontane Wurzelbäume.

Die ultramontane Presse hat eine schwere Zeit. Der Wunsch, die Nationalliberalen in das Lager der Schwarzblauen zu bugisieren, beherrscht all ihr Tun und Lassen. Und in der Hitze des Kampfes geht da leicht die Logik mit dem Eifer duraj. Die mit allen Ränken der Rabulistik gewappnete, mit allen jesuitischen Deuten gesalbte, mit dialektischen Jongleurkünsten vertraute „Köln. Volksztg.“ schlägt die tollsten Wurzelbäume. Um des Zweckes willen, der die Mittel heiligt, beweist sie folgendes: die Sozialdemokratie ist am Ende ihres Lateins, auf dem Beharrungsstand angelangt; ihre Werbekraft scheidet kaum noch eine im Verhältnis zur Bevölkerungsvermehrung stehende Zunahme. Das Blatt schreibt — Nr. 125 — unter anderem:

„In der Arbeiterschaft hat die Sozialdemokratie wohl ihre größte Ausdehnungsmöglichkeit erreicht. Die christlichdemokratische Arbeiterbewegung ist ihr mit Erfolg entgegengetreten und hat den Glauben an ihre unübersteiglichen Vordringen schwer erschüttert. Ihr Anwachsen ist hier fast schon auf die natürliche Bevölkerungszunahme beschränkt. Selbst unter den ausnahmsweise günstigen Verhältnissen der letzten Wahlen hat sie daher dort, wo die größten Arbeitermassen zusammengeballt sind, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die geringsten Fortschritte zu verzeichnen.“

Damit soll den Liberalen zu Gemüte geführt werden, daß es gar keinen Zweck habe, sich mit der Sozialdemokratie zu verbinden. Aus eigener Macht werden sie nie mehr als 80 Mandate erringen können. Dabei dümmerte den Rattenfänger der Gedanke auf, daß die Warnung vor der „ohnmächtigen“ Sozialdemokratie doch wohl nicht zugrünftig sei. Sie schlug daher einen unmöglichen Saltomortale. In demselben Artikel, drei Absätze weiter, sieht sie die bürgerliche Gesellschaft unter dem Ansturm der Sozialdemokratie schon bald zusammenbrechen. Beschwörend ruft sie aus:

„Die Sozialdemokratie saht immer mehr auch in den Kreisen jenen Fuß, die ihr früher verschlossen blieben. Angehörige „des neuen Mittelstandes“ haben in weitem Umfange zunächst als liberale Ueberläufer in der Stichwahl gewählt und werden zweifellos der sozialdemokratischen Agitation immer zugänglicher werden. Diese Gefahr darf man nicht unterschätzen.“

Wofür ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie ist zwecklos, die Partei stagniert. Stillstand ist natürlich Rückgang! Raum ist der Gedanke geboren, folgt der andere: Die unwiderstehliche Werbekraft der Sozialdemokratie bedroht die gottgegebene Staatsordnung, bedingt das Zusammenfallen aller bürgerlichen Parteien unter schwarzblauer Diktatur! Wenn das nicht zieht: es wäre zum Schwarzjürgen!

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Reiflos sind die Gebäude der gefegenden Ackerbauvereine. In diesen Tagen von eitem Agrariergeist erfüllt. Im Abgeordnetenhause geht das graue Gespenst tödlicher Langeweile bei den Verhandlungen über den Landwirtschaftsetat um, und im Herrenhause versammelte sich heute unter dem Präsidium des Grafen Schwerin-Löwitz der Deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 40. Plenarversammlung. Der Präsident, dessen Wiederwahl zum Reichstagsabgeordneten der Reichstangler bekanntlich als ein gutes Omen bezeichnet hat, sagte über die unangenehmen politischen Zeiten und fügte logisch ein Kaiserhoch daran. Mit einem ganzen Stabe von Regierungsmännern war Staatssekretär Delbrück erschienen, der für den Reichstangler um gut Wetter bat, weil es doch eine Sünde wider den heiligen Agrariergeist ist, wenn der Kangler einmal nicht beim Landwirtschaftsrat anwesend ist. Nachdem noch mitgeteilt worden war, daß der zweite Verhänger Reichler v. Soden wegen seiner Ernennung zum bayerischen Minister des Vizepräsidium niedergelagt wurde die Tagesordnung in Angriff genommen. Dr. Dollmann vom Generalkonsulat in St. Petersburg sprach über die landwirtschaftliche Entwicklung Sibiriens, wobei er das Ende der bäuerlichen Gütergemeinschaft in Rußland verkündete. Durch den Bau weiterer Bahnen könne Sibirien zu einem gewaltigen Exportland für Agrarprodukte werden.

Dann beschäftigte man sich eingehend mit der Besämpfung der Maul- und Klauenseuche und aus allem Reden sang es heraus, daß die Seuchenbekämpfung, die doch stets als das Am und Auf aller deutschen Agrarpolitik bezeichnet wird, die Landwirte nicht genieren und vor allem nichts kosten dürfe. Die Regierungsbekämpfer mühten sich ihrer Haut wahren und an die autoritative Bestätigung der verammelten Agrarier appellieren, daß Sie doch nicht durch solche ungenügenden und unsicheren Angriffe die Durchführung des Seuchensäubers krankten im Lande noch mehr schädigen. Der Domänenrat Brüdermann kündigte sogar schon eine weitere Fleischversteuerung als Folge der Seuchenbekämpfungsmahrean an, genau so wie die sanitären Vorschriften der Städte für die Fleischer zu einer Versteuerung des Fleisches geführt hätten. Um Gründe für Lebensmittelversteuerung ist den Agrariern niemals bange. Dr. Dammann-Dannover wies auf die fündige Konahme der Seuche hin — die aber gewiß eine Bekämpfung der Notwendigkeit der Abwehrmaßregeln darstellt — und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir im kommenden Frühjahr die Maul- und Klauenseuche überhaupt los sein werden.

Aus der Versammlung wurde die Errichtung gemeinnütziger Rechtsanwaltsstellen auf dem Lande gefordert, die unnütze Prozesse vermeiden sollen, wie das durch die von den Städten eingerichteten Rechtsbüros ausgedeutet. Von den Mitgliedern des Deutschen Landwirtschaftsrates kann man vielleicht nicht verlangen, daß sie die gewaltige Arbeit kennen, die von den Arbeitserkennern auf diesem Gebiet geleistet wird und die die Tätigkeit der bürgerlichen Rechtsanwaltsstellen völlig in den Schatten stellt. Inwiefern könnten auch wir gegen die Errichtung ländlicher Rechtsanwaltsstellen dann nichts einzuwenden haben, wenn sie gegen Widerstand zu konservativen Agitationszwecken sichergestellt würden. Vielleicht entpringt aber dieses Verlangen nur der Sehnsucht nach einer Rechtsbelehrung des Landvolkes, das die Leute davon abbringt. Ist gutes Recht gegen

„patriarchalische“ Uebergriffe der Junker zu suchen. —
Mittwoch stehen koloniale Fragen und das Reichsmittelgesetz auf der Tagesordnung.

Landwirtschaftliche Fragen.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die zweite Lesung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Aus der Debatte, die sich in Einzelheiten verlor, ist das Eintreten von Rednern aller Parteien für die kleinen Fischer hervorzuheben. Während aber, wie das besonders in den Worten unseres Genossen Hirsch zum Ausdruck kam, die Sozialdemokraten für die Fischer um ihrer selbst willen eintreten, verlangen die Konservativen als Entgelt, daß die Fischer bei Wahlen für sie stimmen. Das ließ Abg. Freiherr v. Kalchauer nur allzudeutlich durchblicken. Dieser Herr regte auch die Einführung eines Jokes auf Fische an, eine Anregung, gegen die sogar der Minister Bedenken hat, und die von unserer Seite natürlich sofort scharf bekämpft wurde. Ein Antrag, der die Regierung ersucht, Mittel bereit zu stellen zur Wiederbevölkerung der Gewässer, deren Fischbestände infolge der Dürre des vergangenen Jahres erheblich gelitten haben oder zugrunde gegangen sind, wurde der Agrarkommission überwiesen.

Die weitere Debatte drehte sich um die Frage der Landesmeliorationen, namentlich der Ruhrarmadung der Moore, eine Frage, der von allen Seiten Sympathie entgegengebracht wurde.

Mittwoch: Fortsetzung und Etat der Geflügelverwaltung.

Verteidigung der blauschwarzen Stichwahltricks.

Die zweite Sächsische Kammer verhandelte heute über folgende fortschrittliche Interpellation: „Kennt und billigt die Regierung die Gründe, die bestimmend gewesen sind, die Reichstagsstichwahl für den 23. Wahlkreis Plauen auf einen späteren Tag als die Stichwahlen für die übrigen sächsischen Wahlkreise anzusetzen?“ Der Abgeordnete Brodau wies darauf hin, daß in Plauen von den Konservativen ein Druck auf die Fortschrittler ausgeübt worden sei, um diese zu veranlassen, in den übrigen sächsischen Wahlkreisen für die konservativen Kandidaten einzutreten. Staatsminister Graf Bismarck erklärte, das Ministerium des Innern habe die Wahlkommission angewiesen, die Stichwahlen auf Sonnabend, den 20. Januar anzusetzen, außer wenn besondere Umstände die Wahl eines anderen Tages angezeigt erscheinen ließen. Der Wahlkommission für Plauen habe in seinem Bericht an das Ministerium auf die große Ausdehnung des Wahlkreises hingewiesen, die ihn hinderte, die Wahlunterlagen rechtzeitig in die Hände der Wahlvorstände zu lassen, einen anderen wesentlichen Grund habe der Wahlkommission in dem Umstand erblickt, daß am Sonnabend in Plauen Wochenmarkt und Börsen stattfinden. Das Ministerium findet seine Verantwortung, die Wahlkommission zu unterstützen, zu billigen. Mit der Anregung der Interpellanten, den Bundesrat zu veranlassen, die Stichwahltermine einheitlich festzulegen, würde die sächsische Regierung wohl kaum einen Erfolg erzielen.

Ein Vorstoß der Agrarier.

Die Agrarier in der Rheinprovinz sind schon längst am Werke, um die Landbevölkerung für weitere Zollerhöhungen bei den nächsten Tarifverhandlungen scharf zu machen. Die notwendigen Rohungsmittel sind den schwarzblauen Agrariern noch nicht teuer genug! Das kam zum Ausdruck in der Kreiserversammlung des Rheinischen Bauernvereins für Aachen-Stadt und Aachen-Land, in der Generalsekretär Dr. v. Kolben-Köln die Mitglieder für den Kampf um weitere Zollerhöhungen aufrief. „Dann ist in der deutschen Landwirtschaft nicht nur Weizen, Roggen und Getreidebau, sondern auch die Nebenbetriebe sich so entwickelt, daß sie die Bedürfnisse des heimischen Marktes befriedigen können, sei eine starke Vergrößerung von ausländischen Feld- und Gartenerzeugnissen, Obst, Gemüse, Geflügel, Süßfrüchten usw. notwendig!“

Es scheint im Allgemeininteresse geboten, auf die Antriebe der Ultra-Schutzzöllner hinzuweisen. Das deutsche Volk muß wissen, wozu es sich von dieser Seite zu versehen hat!

Die „Deutsche Tageszeitung“ gegen die Geschäftsordnung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schäumt vor Wut über den Durchfall ihres Freundes, des Kolonialjägers Dr. Dietrich, bei der Reichstagswahl. Sie macht ihrem Kerger durch Schimpferien auf unleserlichen Genossen Scheidemann und den Teil der National-Liberalen Luft, der sich der Krone Dertels und des Zentrums noch nicht unterworfen hat. Die Anpöbelungen können bei einem Blatt, dessen Schreibweise nach dem Zeugnis seines fähigsten Mitarbeiter, Dr. Linnar, der „geistigste Schwermüdigkeit“ seiner Leser angepaßt werden muß und bei dem Naturell des Dr. Dertel nicht Wunder nehmen und ehren die Angepöbelten. An Scheidemanns Geschäftsleitung, die selbst nach dem Zeugnis eifriger Sozialistenkreise eine geradezu maßlose war, kann das Wandlerorgan nichts aussetzen. Es erfindet deshalb einen Vorstoß des neuen Vizepräsidenten gegen die Geschäftsordnung. Diese soll verletzt sein, weil Scheidemann die Verlesung der Interpellation unterließ, wie es die Geschäftsordnung eigentlich vorschreibt. Mit diesem laudatorischen Deutsch will Dertel offenbar das Gegenteil dessen ausdrücken, was es besagt. Wichtig ist, daß Scheidemann die Interpellation nicht verlesen hat und daß dies unterlassen der Verlesung die Geschäftsordnung eigentlich vorschreibt.“ Dr. Dertel meint das Gegenteil, nämlich, daß die Geschäftsordnung die Verlesung der Interpellation „eigentlich vorschreibt.“ Tatsächlich schreibt die Geschäftsordnung nirgend eine solche überfällige Befreiung vor. Eine Verlesung ist nur dann erfolgt, wenn während der Sitzung eine Interpellation überreicht war. Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion war aber allen Mitgliedern des Reichstags schon vor einigen Tagen gedruckt zugegangen. Der Präsident handelte also durchaus korrekt und dem Herkommen entsprechend, wenn er die Verlesung unterließ. Wüßte Dr. Dertel, daß mit Rücksicht auf die geistige Schwermüdigkeit der „Deutschen Tageszeitung“ Leser eine Verlesung vorgenommen würde, so hätte es ihm abgelegen, einen dahin gerichteten Wunsch zum Ausdruck zu bringen. Der Reichstag und sein Vizepräsident hätten vielleicht die erwünschte Rücksicht auf die Gebotensverfassung des Antragstellers genommen.

Auf Schwindelpfaden.

Die „Germania“ gibt einen Bericht der nationalliberalen „Rheinischer Zeitung“ (Nr. 38 vom 12. Januar 1912) wieder, der ein Feuer über eine Rede darstellt, die der nationalliberale Pfarrer Dr. Wessel aus Rülheim (Ruhr) im dortigen evangelischen Gesellenverein hielt. Nach diesem Bericht hat der Redner gesagt:

„Ja, und was hätte gefehlt, was hätte gefehlt — dann hätte an erster Stelle derselbe Bebel gestanden, der damals, als unsere Väter mit dem Eidenskrone ihres Ruhmes zurückkehrten in

deutsche Land, die Parole ausgab: „Gangt Trauerfahnen heraus, eine Horde und Rote von Räubern und Nordbrennern kehrt zurück!“

Wenn der Pfarrer das wirklich gesagt hat, dann hat er sich zum Träger einer kauderwalschen Unwahrheit gemacht, denn es ist direkt erlogen, daß Bebel oder eine andere maßgebende Parteiführung jemals eine solche Parole ausgegeben hätte. So aber sieht die „Aufklärung“ aus, die in evangelischen Arbeitervereinen verbreitet wird.

Keine Ausnahmen für die freien Hilfsklassen.

Nach § 503 der neuen Reichsversicherungsordnung kann auf Antrag die höhere Verwaltungsbehörde die erforderliche Mindestzahl der Mitglieder für Hilfsklassen, die ihre Existenz behalten wollen, von 1000 bis auf 250 herabsenken. In einem Spezialfalle hat sich der preussische Minister jetzt dahin geäußert, daß er von diesem Rechte grundsätzlich keinen Gebrauch machen werde.

Frankreich.

Die Grenzen des Herzens.

Paris, 12. Februar. (Eig. Ber.) Eine volle Woche hat der Senat mit dem deutsch-französischen Vertrag zugebracht. Es war ein allzu langes, wenn auch manchmal interessantes rhetorisches Feuerwerk, das, wie jeder Mann wußte, an den politischen Dingen nichts ändern konnte, denn daß das Abkommen eine Mehrheit finden würde, stand fest und wie groß diese sein würde, war schließlich von wenig Wichtigkeit. Trotzdem wird man dieser Verhandlung nicht jede Bedeutung absprechen, da ein Feuerwerk eben auch die Wirkung haben kann, die Umgebung ein wenig zu beleuchten. Unbestreitbar ist, daß der Senat, der bisher in der öffentlichen Meinung ein wenig wie ein Parlamentsasyl angesehen war, durch die Debatte moralisch ungemein gewonnen hat. Die alten Kämpfer aus der Feldzeit der dritten Republik, die dort sitzen, sind zweifellos den Streibern und Billiardern des neueren Radikalismus sowohl an erarbeiteterem Wissen wie an Kraft der Persönlichkeit überlegen. Aus dem Réseau, Ribot, Clemenceau sprach die versinkende Zeit, in der noch eine all-gemeinere, großzügigere Betrachtung des geschichtlichen Prozesses die bürgerliche Politik regierte. Am schlechtesten hat diesmal unstreitig Clemenceau abgeschnitten, dessen einseitiges revolutionär tuendes Stürmertum nun ganz auf den Kleinbürgerlichen Mandat zusammengekrümpt ist, der immer sein Kern war. Clemenceau stieß mit den Krautjüngern der Rechten in dasselbe Horn, aber bei diesen hat der Chauvinismus wenigstens noch die Bedeutung eines politischen Kampfmittels, wogegen er bei ihm einem bloßen, durch Routine und Demagogie verstärkten Sentiment entspringt, das vor den politischen Notwendigkeiten immer den Rückzug antreten muß, wie die diplomatische Geschichte seines eigenen Ministeriums beweist. Wenn seine Rede, rhetorisch genommen, eine Enttäuschung war, so war sie politisch sein Selbstmord, denn kein Staat könnte einen derart in fanatischem Nationalismus verblödeten Politiker nach solchen wilden Exzessen zur Leitung seiner Geschäfte bestellen, ohne den Frieden auf des Messers Schneide zu stellen — und Clemenceau selbst hat schließlich die Notwendigkeit des Friedens verkündet. Er hat übrigens auch der deutschen Sozialdemokratie die Ehre angetan, seine Väter über sie zu halten und dabei herausgefunden, daß auf ihre friedenerhaltende Kraft nicht viel Vertrauen zu setzen sei. Uebrigens war die Situation nicht uninteressant, die ihn mit den Wortrepublikanern der Rechten vereinigte, während die bürgerliche Linke ihren politischen Führer in — Ribot fand, der vor ein paar Jahren bei den gerechten Kammern des Radikalismus als Haupt der verbotenen Reaktion galt. Das zeigt einerseits, wie rasch die demokratische Welle, die sich in der Sturmzeit der „Affäre“ nach links ergossen hatte, wieder zurückgeschwemmt ist, andererseits aber auch, daß mit der stärkeren Entwicklung der großkapitalistischen Tendenzen die Führung der bürgerlichen Politik den radikalen Demagogen entgleiten und an die Vertreter der gemäßigten Bourgeoisie zurückgelangen muß. Der Ribotische Nationalliberalismus mit seinen weltpolitischen Kalkulationen und seiner durch wirtschaftliche Interessen bestimmten Außenpolitik ist zweifellos ein moderneres und lebenskräftigeres politisches Programm als die irrlicheren Phantasietänze der Clemenceauschen Aufregungszustände.

Auf den Staatsmann, der das unverschämte Programm sentimentloser Finanzgeschäfte vertreten hat, auf Caillaux, haben freilich alle losgehakt und hierbei nicht vergesen, ihren eigenen patriotischen Trost, den sie in diesem und jenem Augenblick bewiesen hätten, wenn sie in der kritischen Zeit Minister gewesen wären, der Nation schmeichelnd zu verkünden. Aber auch Herr Poincaré hielt es in seiner, vom Geist des gesunden Menschenverstandes durchleuchteten Rede über die Vorteile des Abkommens für nötig, die kommenden Regierungen der Republik auf das erklärte Programm der russischen Allianz und der englischen Entente scharf festzubinden, das heißt die Annäherung an Deutschland abzulehnen, die heute nur in der sozialistischen Partei ausgesprochene Anhänger hat. Sicherlich stünde es in dieser Hinsicht ohne die törichte Theaterdonnerpolitik der deutschen Regierung anders. Diese hat nicht nur die natürlichen Reffentiments der Alten, die den Krieg mitgemacht haben, wieder belebt, sondern auch in der jüngeren Generation der Mittelklassen eine nationale Erregung geschaffen, die als politischer Faktor den Interessanten des Militarismus willkommen ist. Die Zeit und die neuen wirtschaftlichen Interessen werden wohl manches wieder ausgleichen, wenn eine kluge Außenpolitik Deutschlands mithilt. Aber die letzten Monate haben manches, was im Werden war, in Trümmer gelegt.

Belgien.

Eine parlamentarische Aktion zur Beilegung des Streiks im Borinage.

Brüssel, 13. Februar. Die Kammer beschäftigte sich heute nachmittag mit der Frage des Grubenarbeiterstreiks im Kohlenbecken von Mons. Wie verlautet, wurde im Laufe der Sitzung der Antrag eingebracht, die Abgaben für die Altersrente monatlich zu erheben, so daß die wöchentliche Auszahlung des Lohnes wie früher stattfinden kann. Man hofft, daß dieser Vorschlag von der Kammer angenommen werden wird. Damit würde dem Auslande ein Ende bereitet werden.

Brüssel, 13. Februar. Die Kammer hat das von dem Arbeitsminister eingebrachte Amendement zum Vergarbeitergesetz einstimmig angenommen. Der Senat ist auf nächsten Donnerstag einberufen worden, um dem Amendement Gesetzeskraft zu verleihen. Hierdurch wird der Streik im Borinage, der sechs Wochen gedauert hat, durch Gesetz beendet werden.

England.

Ministerwechsel in Sicht?

In der englischen Presse wird mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Asquith gerechnet. Als dessen Nachfolger wird Sir Edward Grey, der bisherige Minister des Auswärtigen genannt. Diesen Gerüchten gibt die Tatsache, daß Grey vom König den höchsten englischen Orden, den Hofenbandorden — eine für Parlamentarier außerordentliche Auszeichnung — erhalten hat, eine gewisse Wahrscheinlichkeit. In einem Teil der englischen und deutschen bürgerlichen Presse wird Grey eine unfreundliche Stimmung gegen Deutschland nachgesagt. Die Haltung des Königs Georg läßt den Schluß zu, daß auch in England das persönliche Regiment mehr in den Vordergrund zu treten bestrebt ist.

Sozialismus und Finanzpolitik.

In seiner jüngst in der Londoner City gehaltenen Rede, die hauptsächlich der Auseinandersetzung mit dem neuen konservativen Führer Bonar Law gewidmet war, legte Lloyd George die Methode des englischen Liberalismus in der Bekämpfung der sozialistischen Bewegung und zugleich die tiefere Gründe seiner oft in erregenden Worten vertretenen Finanzpolitik dar. Begreifend, daß die ihren Lehren unwillkommenen Wirkungen der reichsdeutschen „Finanzreform“ wandte er sich gegen den Vorwurf der Konservativen, daß er sozialistische Politik treibe. Mögen jene, die das Budget und die Regierung angreifen und ihnen die Förderung des Sozialismus vorwerfen, bedenken, was in einem anderen Lande geschehen ist, wo ein anderer Kanzler mit denselben Finanzschwierigkeiten zu tun hatte. Die konservative Partei in Deutschland erlaubte dem Kanzler nicht, irgend eine der von mir eingeführten Steuern anzuwenden und nötigte ihn, zu anderen Hilfsmitteln seine Zuflucht zu nehmen. Es war ein konservatives Budget, das 4 1/2 Millionen Sozialisten geschaffen hat. Mein Budget wurde von den Sozialisten angegriffen und zur selben Zeit beschuldigt man mich, eine Art verblödeten Sozialisten zu sein. Wenn ich konservative Finanzpolitik getrieben hätte, gäbe es zehnmal so viel Sozialisten in diesem Lande. Und die Liberalen müßten das wohl bedenken. Es ist das einzige Mittel, extremen Sozialismus bei uns zu erzeugen, wenn man es ablehnt, mit weisheitsvollen, sympathischen Maßregeln gegenüber der Volksmasse vorzugehen. Niemand weiß das besser als die Sozialisten selbst. Darum greifen sie mich und meine Gesetzgebung scharfer an als sie die Konservativen angegriffen haben.“

Treffend bemerkt dazu der „Labour Leader“: „Was ist das anders als die Anerkennung, daß für die Fortschritte des Sozialismus die Triebfeder der liberalen Sozialgesetzgebung ist? Lloyd Georges Budget umfaßte einige neue Besteuerungsgrundsätze, die längst von den Sozialisten vertreten wurden; darum unterließen wir es trotz seiner vielen Mängel. Aber wir versichern dem Schatzkanzler, daß der Fortschritt des Sozialismus nicht dadurch gehemmt wird, daß die liberale Partei sich unsere Vorschläge zu eigen macht. Der Sieg mag nicht so plötzlich, so sensationell sein. Aber jeder Schritt in der Richtung zum Sozialismus macht das Volk begierig, weiter vorwärts zu drängen. Lloyd George muß entweder die Grundsätze seines berühmten Budgets von 1909 zu ihren logischen Konsequenzen führen oder einem sozialistischen Finanzminister Platz machen.“

Nebenfalls hat die Methode des englischen Liberalismus, die Arbeiterbewegung durch Annahme einiger ihrer vollständigsten Forderungen zu ermaten, sich als klüger erwiesen als die geniale Taktik unserer Staatsretter, die durch verstärkte Dampfschiffahrt und gleichzeitige Schließen des Ventils einen ruhigen Gang der Staatsmaschine herbeizuführen meinen. Auf die Dauer müssen natürlich auch die immer nur kleinen Loh- und Verhütungsmittel Lloyd Georges sich als unwirksam erweisen.

Türkei.

Im Wahlkampf.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: Im Vordergrund des Interesses der türkischen Wahlkampagne steht die Auseinandersetzung zwischen den zwei großen Gruppen: „Einigkeit und Fortschritt“ und die „Liberalen Verfassungskämpfer“.

Der Sitz des Vorkämpfers ist Anatolien. Dort hat sich die beste Agitationskraft der „Liberalen Verfassungskämpfer“ Lutfi Pizri beh. Schon bei der Landung in Smyrna haben die Unionisten gegen ihn eine Demonstration veranstaltet. Durch Hohn und Weisen, durch eine drohende Haltung der Menge, die ihm am Leben selbst bedrohte, wurde der oppositionelle Redner verhindert, eine Ansprache zu halten. Das sieht nun die unionistische Presse der Hauptstadt als einen Triumph der guten Sache!

Dieser Ausgangspunkt ist charakteristisch für die Art, wie manche Komiteeleute Freiheit und Aufklärung und Demokratie verstehen. Während man in Smyrna den Böbel mobilisiert und Erregte provoziert, hält man in Konstantinopel durch den Belagerungszustand die öffentliche Agitation zurück.

Ob Lutfi Pizri in Anatolien Erfolg haben wird oder nicht — fest steht jedenfalls, daß auch die großen Agitatoren des Komitees mit David Bey an der Spitze, die vorigen Sommer eine große Agitationstour nach Anatolien unternahmen, auf die sie große Hoffnungen setzten, sehr enttäuscht zurückkamen. Der einzige bestimmte Eindruck, den sie mitbrachten, war der eines grenzenlosen Elends. Sie haben kein geistiges Band zwischen sich und den Bauernmassen herstellen können.

Das ist durchaus nicht verwunderlich, wenn man sich das Reformwerk des „Komitees“ ansieht. Seine zwei glänzenden Leistungen, die Reform der Armee und Reform der Finanzen, haben den Bauern nichts gebracht. Trotzdem jetzt auch die christliche Bevölkerung zum Militärdienst herangezogen wird, ist für den türkischen Bauern daraus keine Erleichterung entstanden; denn zu gleicher Zeit ist die Präsenzstärke des Heeres vermehrt worden. Nur die Last des Militärdienstes auf den Volksmassen in der Türkei sich zu vergegenwärtigen, muß man wissen, daß hier noch das System des Rossaufzuges zum Militärdienst herrscht. Der 50 türkische Prund, also etwas über 900 M., zahlt, wird vom Militärdienst freigestellt. Alle wohlhabenden Leute in den Städten wie auf dem Lande machen davon Gebrauch, so daß 15 Proz. aller Gefestigungspflichtigen auf diese Weise loskommen. Der Dienst wird also nur von den Ärmsten geleistet. Das Parlament hätte sich wohl, daran zu rütteln, denn es war die Vertretung der herrschenden Klassen und fühlte sich als solche. Darum wies es selbst den Antrag zurück, die Tage für den Rossaufzug zu erhöhen. Ebenso ließ das Parlament die verabschiedeten Bauernsteuererhöhungen, deren Betrag während der Jahre der Konstitution um 30 Proz. gesteigert wurde, dagegen blieb der Betrag der ländlichen Grundsteuern, die von den Grundherren bezahlt wird, unverändert, trotzdem die Pachten und Bodenpreise enorm gestiegen sind. Seit 50 Jahren ist die ländliche Grundsteuer nicht geändert worden, während der Dauer von Jahr zu Jahr mehr zu zahlen hatte.

Das „Komitee“ braucht aber nicht zu fürchten, daß diese Dinge von den Agitatoren der „Liberalen Verfassungskämpfer“ auspertert werden würden. Denn die einen und die anderen sind Fleisch vom Fleisch der ausbeutenden Klassen.

Immerhin wird durch den Wahlkampf das politische Interesse der türkischen Massen wachgerüttelt. Das wird allgemein zugestanden und allgemein ist der Eindruck, daß die Wahlkampagne eine stärkere Intensität gewinnt, als man anfangs erwartete hatte.

Saloniki, 13. Februar. Infolge der Teilnahme der Offiziere des Uestaber-Korps an der Wahlkampagne hat der Kriegsminister den Offizieren aufs neue ihnen jede Einmischung in die Politik verboten; er gestattet ihnen nur die Ausübung des Wahlrechtes. Der Minister des Innern hat den Staatsbeamten verboten, zu kandidieren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Herrenmähnschneider

beschäftigte am Montagabend sechs öffentliche Herrenmähnschneider-Verfassungen, die in den Arminhallen, bei Graumann in der Raunpstraße, bei Siegel in der Frankfurter Straße, in den Brunnenfässen, im Krushof und im Charlottenburger Volkshaus stattfanden. Alle diese Versammlungen waren außerordentlich zahlreich besucht, und in den Arminhallen war der Zustrom so stark, daß auch nicht ein einziger Stuhl mehr übrig war und viele wieder abgingen, um in einer der anderen Versammlungen Platz zu finden. Als Referenten schilderten Börkel, Faustmann, Kunge, Sabath, Säbner und Weider den Stand der Bewegung. Der „Vormärz“ hat bereits über den resultatlosen Verlauf der Verhandlungen vom 20. Januar berichtet, die bekanntlich damit endeten, daß die Arbeitnehmervertreter den Arbeitgebervertretern anheimgaben, mit anderen Vorschlägen zu kommen, da die ihrerseits vorgelegten nicht diskutabel seien. Die Vorlage der Arbeitgeber war übrigens im allgemeinen sehr leichtfertig ausgearbeitet, so daß z. B. für einen zweitägigen Gehrod im 2b-Tarif weniger gezahlt werden sollte als für den eintägigen. Inzwischen haben nun Verhandlungen mit der anderen Arbeitgeberorganisation für das Herrenmähnschneidergewerbe stattgefunden, und die darin organisierten Arbeitgeber scheinen etwas mehr zu Entgegenkommen geneigt. Sie lehnen zwar die neunstündige Arbeitszeit ab, meinen aber, daß es wohl möglich sei, in der neunzehnhalfstündigen einen Ausweg zu finden. Ferner ist man in den Kreisen dieser Arbeitgeber geneigt, eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 7 Proz. zu bewilligen, was allerdings in dieser allgemeinen Form von den Arbeitern nicht angenommen werden kann, da sie bei einzelnen Stücken nicht einmal 7 Proz. verlangen. Es muß bei jedem einzelnen Stück darüber geredet werden, welche Zulage erforderlich ist. Im übrigen haben diese Unternehmer sich ganz entschieden gegen die Doppeltarife ausgesprochen, was um so bemerkenswerter ist, als die Arbeitgeber vom alten Verband behaupten, sie mühten mit Rücksicht auf die Kleinmeister die Doppeltarife fordern, und so eben ihre Kollegen in der neuen Organisation als Kleinstarbeiter bezeichnen. Neuerdings hat der alte Arbeitgeberverband neue Vorschläge ausgearbeitet, ob sie sich als brauchbar erweisen, muß jedoch erst abgewartet werden. Einzelne Arbeitgeber sind jetzt schon lange dabei, ihre Kundschaft zu bearbeiten und reden den Leuten vor, daß die Lohnerhöhungen, die sie bewilligen müßten, 15, 20 ja 30 Proz. ausmachten, und daß dementsprechend die Preise erhöht werden müßten. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Vorschläge, die die Arbeitgeber zunächst gemacht haben, überhaupt keine Preiserhöhung rechtfertigen würden.

Es sollen nun am 22. Februar in Frankfurt a. M. die zentralen Verhandlungen stattfinden. Ob es zu einer Einigung kommen wird, scheint derzeit noch recht zweifelhaft. Die Arbeiterschaft der Herrenmähnschneiderei ist auf den Kampf gerüstet, aber auch gern bereit, den Frieden zu erhalten, wenn es möglich ist.

In allen sechs Versammlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Herrenmähnschneider haben Kenntnis genommen von dem Gang der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und erklären sich mit der Stellungnahme ihrer Verhandlungskommission einverstanden. Die von dem Verband Berliner Gewerbetreibender der Herrenmähnschneiderei gemachten Angebote, soweit sie in der Sitzung vom 20. Januar unterbreitet wurden, erachten die Versammelten als völlig ungenügend und betonen, daß auch die neuerdings bekanntgewordenen Vorschläge noch als ungenügend anzusehen sind. Sie beauftragen die Verhandlungskommission, die weiteren Verhandlungen wahrzunehmen und verpflichten sich, ihrerseits dafür Sorge zu tragen, daß die Organisation nach jeder Richtung gestärkt wird.“

Die Tarifbewegung in der Herrenstapelfabrikation.

Die bei den Zwischenmeistern der Herrenstapelfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag in den „Königsfässen“ eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung ab, in der Kriente über den Stand der Bewegung berichtete. Es hatten bis dahin 66 Zwischenmeister den Tarif unterschrieben, und es handelte sich hierbei um die größeren Werksstätten. Allerdings ist noch eine ziemlich große Anzahl Zwischenmeister in der Herrenstapelfabrikation tätig, die den Tarif nicht anerkannt haben, aber dies sind meist solche, die nur ein oder zwei Leute beschäftigen. Die Versammlung ließ jedoch keinen Zweifel darüber, daß auch diese zur Anerkennung des Tarifs veranlaßt werden sollen. Im weiteren bemerkte der Referent, daß es hier und da in den Werksstätten mit den höchsten Gehältern noch sehr schlecht bestellt ist und es demnach an der nötigen Meinlichkeit fehlt, daß man einem anfänglichen Menschen nicht zumuten sollte, unter solchen Verhältnissen zu arbeiten. Bekanntlich haben die Zwischenmeister sich bei den Tarifverhandlungen hart gegen die geforderte Abschaffung der Benjumarbeit gewehrt, und da ist es bemerkenswert, daß nur in der Diskussion ein Zwischenmeister, der selbst Benjum arbeiten läßt, erklärte, man sollte mit der Abschaffung dieses Systems nicht, wie im Tarif vorgesehen, bis zum 1. Januar 1913 warten, sondern schon jetzt damit vorgehen.

Im übrigen betraf die Versammlung über den Arbeitsnachweis, der so geregelt wird, daß die offenen Stellen von den Zwischenmeistern im Bureau des Schneiderverbandes gemeldet werden und die Stellenaussage sobald vormittags von 9 bis 11 Uhr in der Hirtenstr. 12 bei Vier stattfindet.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Man sollte es nach den vorausgegangenen Wochen und Monaten der Bewegung nicht mehr für möglich halten, daß trotz aller Bemühungen und Anstrengungen der interessierten Arbeiterschaft sich noch immer Existenzen unter dem kleinen Unternehmertum befinden, die durchaus nicht begreifen wollen, daß die Löhne von 1890 nicht mehr in unsere teuren Lebensverhältnisse hineinpassen. So bezahlten Walende, Seefraße, sowie Krumhauer, Dohst, 9, noch immer 5 M. bis 5,50 M. pro Wille Kollerlöb. Ebenso Cron in der Straßmannstraße. Löhne von 15 M. für etwadhene Arbeiter zu einer Zeit, wo das Pfund Fleisch nahe an die Mark kostet! Selbstverständlich beschäftigt man auch da hauptsächlich weibliche Arbeitskräfte, möglichst aus solchen Gegenden, wo das Wort Organisation nur ein Begriff ohne Inhalt ist.

An die Öffentlichkeit aber ergeht erneut unser Ruf: Kauft nur von Firmen, die bewilligt haben. Arbeiter! Unterstützt die Sache der Zigarrenarbeiter dadurch, daß ihr nach den grünen, mit Alwin Schulze unterzeichneten Plakaten fragt. Das so oft wird den Tabakarbeitern die Wege eben sein, wie materielle Unterstützung.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Die Klempner und Monteur der Bierbrauerei bereiten eine Lohnbewegung vor. In einer am Montag abgehaltenen Branchenversammlung wurden die gegenwärtig herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen. Es wurde betont, daß die Löhne schon lange nicht mehr in dem rechten Verhältnis zu der teuren Lebenshaltung stehen und eine Verbesserung deshalb dringend geboten erscheint. Anfangslöhne von 50 bis 60 Pf. bilden die Regel. Nur ausnahmsweise würden Stundenlöhne von 65 bis 70 Pf. gezahlt. Mit den Affordlöhnen ist es noch schlechter bestellt. Die Selbstenheit, Nebenstunden zu machen, wird gern wahrgenommen, weil das die einzige Möglichkeit ist, einen ausreichenden Wochenverdienst zu erlangen. Tägliche Arbeitszeiten von 10, 12, 15 Stunden sind gar nicht selten, ebenso Sonntagsarbeit. Beseitigung des Nebenstundenwesens und Festsetzung angemessener Löhne wurde als notwendigstes Ziel einer Lohnbewegung bezeichnet.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die Auf-

besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als dringend notwendig bezeichnet und die Kommission beauftragt, alle erforderlichen Schritte zu tun, um zu einem Tarifverhältnis zu kommen.

Achtung, Hartummarbeiter! Die Firma Mathany, Schleifstraße 22, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifes nach wie vor gesperrt. Die Kollegen werden ersucht, diese Sperre streng zu beachten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Frießergebissen! Für Verbandsmitglieder wegen Tarifbruch gesperrt: Wallach, Sparrstraße 23; Schmidt, Ackerstraße 77.

Verband der Frießergebissen.

Achtung, Fleischergesellen! In der Wurstfabrik von Lehder, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 52/53, Filiale Berlin, Koppentstraße 93, haben sämtliche Gesellen die Arbeit eingestellt, da die Firma, die ihre Waren fast nur an Wiederverkäufer absetzt, sich weigert, eine geregelte Arbeitszeit von 13 Stunden sowie Vergütung der Nebenstunden zu gewähren. Alle Bemühungen der Gesellen, die wiederholt mit der Firma verhandelt, waren vergebens; sie will an der 14 bis 16stündigen Arbeitszeit nichts ändern. Bis jetzt ist der Firma noch nicht gelungen, genügend Erjakräfte zu finden. Zugang ist streng fernzubalten.

Zentralverband der Fleischer.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Bagemann, Reinickendorf, Pantower Allee 60, ist es infolge Lohnhöhen zur Entlassung der beiden dort beschäftigten Durchnäher gekommen. Die Firma ist dabei bis auf weiteres gesperrt.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Am Freitag ist in Berlin die Zentralschiedskommission für das deutsche Holzgewerbe zusammengetreten. Diese Kommission besteht schon seit einigen Jahren und setzt sich aus drei Unternehmern und Arbeitern zusammen, die den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen nicht angehören. Einen unparteiischen Obmann, der bei ähnlichen Institutionen in anderen Gewerben die Verhandlungen leitet, hat diese Zentralschiedskommission nicht und ebenso werden auch die sich mitunter erforderlich machenden Verhandlungen zwischen den Vorständen des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe und des Deutschen Holzarbeiterverbandes ohne einen Unparteiischen geführt. Die Erziehung hat gezeigt, daß bei gutem Willen und gegenseitiger Achtung der Beteiligten auch ohne Beizug eines Verursachenden Erspriechliches geleistet werden kann.

Bei der gegenwärtigen Tagung der Zentralschiedskommission handelt es sich um den Abschluß der diesjährigen Tarifbewegung in der Holzindustrie. Bekanntlich ist in diesem Jahre, abweichend von der seitherigen Gepflogenheit, versucht worden, eine Verständigung zwischen den Parteien am Orte selbst herbeizuführen. Zu dem Zwecke haben Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände eine Rundreise nach den Orten unternommen, die vor der Vertragsrenewierung stehen. Diese Reisen haben aber nur ein sehr mäßiges Resultat gezeitigt. Es war nur in drei Städten, in Kassel, Karlsruhe und Pforzheim, möglich, dank dem Eingreifen der Vorstandsvertreter, neue Verträge abzuschließen. In allen drei Städten werden die Löhne innerhalb der vierjährigen Vertragsdauer um je 6 Pf. pro Stunde erhöht und die Arbeitszeit um je eine Stunde verkürzt. In Kassel wird durch den Vertrag die 53stündige Arbeitswoche am 1. Juli 1912 eingeführt und der Durchschnittslohn steigt folgerichtig bis 55 Pf. pro Stunde, welcher Stand am 15. Februar 1914 erreicht wird. In Karlsruhe und Pforzheim sind im Vertrag Minimallöhne vorgegeben. In Karlsruhe, wo die 53stündige Arbeitszeit am 15. Februar 1915 eingeführt wird, ist der Mindestlohn bis zum 15. Februar 1914 auf 51 Pf. gestiegen, während er in Pforzheim am 1. Oktober 1913 auf 50 Pf. steigt. Hier wird die bisher 55 Stunden wöchentlich betragende Arbeitszeit am 1. August 1912 auf 54 Stunden verkürzt. Außer diesen wichtigsten Bestimmungen enthalten die Verträge noch manche weitere Verbesserungen für die Arbeiter, auf die eingegangen hier zu weit führen würde.

In den übrigen Städten ist es den Vorstandsvertretern wohl gelungen, einzelne Streitpunkte zu regeln, es blieben aber immer noch wichtige Differenzen, über welche die Zentralschiedskommission durch Fällung eines Schiedsspruches entscheiden soll. Als Auskunftspersonen haben die örtlichen Parteien je einen Vertreter nach Berlin entsandt und außerdem stehen auch die beiderseitigen Zentralvorstände der Kommission zur Auskunftserteilung zur Verfügung. Die Beratungen schreiten übrigens nur langsam vor und es ist noch zweifelhaft, ob sie in der vorgesehene Zeit beendet sein werden.

Deutsches Reich.

Der Scharfmacher an der Arbeit.

Der Reichsverband für das Stein-, Pflaster-, und Strahlenbaugewerbe hielt in den letzten Tagen in München seinen Verbandstag ab, der von 115 Delegierten besucht war. Der Tagung ging eine geschlossene Sitzung voraus, zu der die Presse nicht zugelassen wurde. Die gefassten Beschlüsse wurden streng geheim gehalten; es darf wohl angenommen werden, daß sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wurden neue Pläne geschmiedet gegen die vorwärts strebende Arbeitnehmerorganisation. Aus dem Bericht des Vorsitzenden Schwabach-Weipzig über den Stand des Arbeitgeberverbandes ist zu entnehmen, daß im Deutschen Reich 3400 einschlägige Betriebe vorhanden sind. Nach der heutigen Sachlage ist am besten die Gründung von Zwangsinnungen zu empfehlen, aus denen heraus sich dann die Arbeitgeberverbände entwickeln könnten. Der Reichsverband umfaßt heute rund 600 Straßenschaubetriebe, die in ca. 25 Organisationen vereinigt sind. Nur durch einen festen Zusammenhalt der Arbeitgeber sei es möglich, den unbedingten Forderungen der Arbeiterorganisationen wirksam entgegenzutreten zu können. — In seinem Vortrag über das Submissionswesen meinte der Referent Dr. Eberle-Köfen, die vergebenden Behörden hätten die Pflicht, dafür zu sorgen, daß für das hinausgehende Geld ein absolut ebenbürtiger Wert hereinkommt, aber sie haben nicht das Recht, etwas zu erlösen oder etwas zu eröffnen. Auch das Mittelpreiserfahren habe sich nicht bewährt. Wenn man heute von einer sozialen Fürsorge spricht, wie kürzlich in der Thronrede wieder, so sollte man darunter nicht nur die Lohnarbeiter verstehen, sondern alle Stände der Gesellschaft. Insbesondere auch der Mittelstand, der es vielfach am Gegendruck hat fehlen lassen gegenüber dem Druck der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie. Solange sich der Mittelstand nicht zu einer Macht vereinigt, wird er zermalmt zwischen dem goldroten Kapitalistischen und dem blutigen roten, sozialdemokratisch-proletarischen Mähtstein. — Die Schaffung eines Reichstarifs wurde von der Tagesordnung abgelehnt und dem Verwaltungsrat zur Behandlung überwiesen. — Die Arbeitnehmer werden dafür sorgen, daß die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen.

Aus Industrie und Handel.

Das Ergebnis der Zuckerkonferenz.

Die ständige Kommission der Internationalen Zuckerkonferenz, die bekanntlich in Brüssel tagte, hat gestern ihre Arbeiten unterbrochen. Sie wird erst am 26. Februar wieder zusammentreten. — Heber die letzte Sitzung wird folgendes offizielle Kommuniqué veröffentlicht:

Die ständige Kommission der Internationalen Zuckerkonferenz hat ihre letzte Sitzung dazu benutzt, einen endgültigen Vertragentwurf auszuarbeiten. Sie hat hierauf die erzielten Ergebnisse zusammengestellt und festgestellt, daß das Einverständnis aller Länder über folgende zwei Punkte erzielt wurde:

Ab. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Erstens, die Erneuerung der Konvention auf weitere fünf Jahre, nach deren Ablauf unter den gleichen Bedingungen wie zuvor; zweitens, Rußland ist ein außerordentliches Exportkontingent von 250 000 Tonnen zu bewilligen, wovon 150 000 Tonnen auf die Kampagne 1911/12 kommen, während 100 000 Tonnen auf die verschiedenen Kampagnen späteren Datums zu verteilen sind. Die einzige Frage, die noch zu regeln ist, ist die, wie die Verteilung der 100 000 Tonnen auf die verschiedenen Kampagnen oder in welchem Verhältnis sie stattfinden soll. Wenn man die Bedeutung der Punkte, über die eine Einigung erzielt wurde, in Betracht zieht, so ergibt sich, daß sich die Kommission nur noch über eine untergeordnete Frage zu einigen hat. Unter diesen Bedingungen wurde es für nützlich gehalten, die ausländischen Delegierten nicht mehr in Brüssel festzuhalten, um die verschiedenen Möglichkeiten der Verteilung herauszufinden, man erklärte sich vielmehr damit einverstanden, daß diese Frage zwischen den beiden hauptbeteiligten Ländern, zwischen Deutschland und Rußland, auf direktem Wege geregelt werden soll.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll dann am 26. Februar in einer Plenarsitzung der Kommission mitgeteilt werden.

Versammlungen.

Die Eisen-, Metall- und Revolverdreher debattierten am Sonntag in ihrer Branchenversammlung über eine Angelegenheit, die schon zwei frühere Versammlungen beschäftigt hat. Es handelt sich um einen Konflikt mit der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wegen eines sogenannten wilden Streiks der Dreher im Betriebe von Vergemann in Rosenfeld. In der Versammlung am Sonntag kam folgender Tatbestand zur Sprache: In dem genannten Betriebe wurde ein Dreher entlassen, weil er eine Arbeit fehlerhaft ausgeführt hatte. Da er der Vertrauensmann der Dreher war, so nahmen diese an, die fehlerhafte Arbeit sei für die Betriebsleitung nur ein willkommenes Vorwand zur Maßregelung gewesen. Nachdem die Dreher vergebens versucht hatten, einen Vertreter der Ortsverwaltung an Ort und Stelle zu zitiieren, um die Angelegenheit zu besprechen, legten sie die Arbeit nieder, um die Wiederentstellung des Entlassenen durchzusetzen. Die Ortsverwaltung hat die Genehmigung zu diesem Streik weder vorher noch nachher erteilt, sondern die Wiederaufnahme der Arbeit verlangt. Das wird der Ortsverwaltung nun zum Vorwurf gemacht. In der Diskussion wurde unter anderem betont, es handle sich nicht um den vorliegenden Einzelfall, sondern um das von der Ortsverwaltung befolgte System: Die guten Beziehung der Arbeiter zu dem Unternehmer nicht zu stören. Wenn der Verband dieses System befolgen wolle, dann würde er sich von den Gelben gar nicht mehr unterscheiden, denn bei den Gelben gelte ja als oberster Grundsatz: die guten Beziehungen zu den Unternehmern dürfen nicht gefährdet werden. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes würden dagegen Front machen, daß ein solches System im Verbands einreißt. Sie brennen darauf, im Kampfe mit den Unternehmern bessere Verhältnisse durchzusetzen. — Nachdem eine Anzahl Redner die Redezeit vor auf ¼ Stunde beschränkt zwei Stunden lang die Ortsverwaltung — oft in sehr scharfer Weise kritisiert hatten, erhielt Cohen als Vertreter der Ortsverwaltung eine halbe Stunde Redezeit. Er rechtfertigte die Haltung der Ortsverwaltung im allgemeinen und führte aus, daß in einer großen Organisation nicht immer die Wünsche jedes einzelnen oder jeder Gruppe erfüllt werden können, sondern manchmal zurückgestellt werden müssen, wenn es das Interesse der Gesamtheit erfordert. Nach diesem Gesichtspunkt handele die Ortsverwaltung. Nachdem der Redner verschiedene Äußerungen, die in der Diskussion gemacht worden waren, besprochen hatte, war seine Redezeit abgelaufen. Eine Verlängerung wurde nicht bewilligt. — Jetzt machte man Cohen den Vorwurf, er sei auf den Kern der Sache: die Angelegenheit in Rosenfeld, gar nicht eingegangen.

Cohen entgegnete: Das habe ihm die Versammlung unmöglich gemacht. Er sei eben im Begriff gewesen, auf diese Angelegenheit einzugehen, da sei die Redezeit zu Ende gewesen und eine Verlängerung nicht bewilligt worden.

Die Versammlung endete mit der Annahme einer Resolution, welche den an der Bewegung in Rosenfeld beteiligten Kollegen volle Sympathie ausdrückt und das abweichende Verhalten der Ortsverwaltung, besonders des zweiten Bevollmächtigten Dandl beurteilt.

Letzte Nachrichten.

Die Belagerung von Benghasi.

Paris, 13. Februar. Der Korrespondent des „Intransigant“ meldet seinem Blatte aus Chiasso: Bisher war es mir der strengen italienischen Zensur wegen nicht möglich, über die Lage in Benghasi Bericht zu erstatten. Das Bombardement auf die Stadt dauert an. Die Türken und Araber lassen niemand hinein oder heraus. Die Lage in der Stadt ist verzweifelt. Es fehlt an den nötigen Lebensmitteln, und für die geringen Vorräte, die noch vorhanden sind, werden horrend Preise verlangt. Viele Einwohner ergreifen die Flucht. Da es gelungen ist, einen Weg ausfindig zu machen, der von den türkischen und arabischen Streitkräften nicht besetzt ist, hat sich die Stadt in den letzten Tagen belagert entblößt. Auch die Munition beginnt bereits knapp zu werden. Der Gesundheitszustand und die Verfassung der italienischen Truppen sind bedauerndwert, während der Gesundheitszustand im Lager der Türken und Araber, die noch reichlich mit Munition und Lebensmitteln versehen sind, ein guter ist. Der Führer der Senussi, Sidi Ahmed Cherif, ist mit 30 000 gut bewaffneten Eingeborenen aus dem Innern des Landes angekommen und hat dicht vor der Stadt sein Lager aufgeschlagen.

Mordtaten auf der Insel Kreta.

Wien, 13. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Kanae: Mohammedaner aus dem Distrikt Kesshonna sind in die Stadt Kanae geflüchtet und verlangen von den Vertretern der Mächte Schutz gegen die fortwährenden Mordtaten. Die Regierung hat die Repräsentanten einberufen, um über Abwehrmaßnahmen zu beraten.

Die mexikanische Revolution.

New York, 13. Februar. (W. T. B.) Wie aus Mexiko gemeldet wird, sind vierzig Aufständische in einem Treffen mit den Bundesstruppen bei Cuernavaca gefallen. Die Aufständischen haben bei Cuernavaca sechs Dörfer niedergebrannt und mehrere Bewohner getötet. Auch begehren Wanditen zahlreiche Mordtaten.

Die Vergleichsverhandlungen in der böhmischen Maschinindustrie.

Frag, den 13. Februar. (P. C.) Die in Aussicht genommenen Verhandlungen zwecks Beilegung des Konflikts in der Maschinindustrie haben heute stattgefunden. Die Beratungen haben aber zu keinem Ende geführt und werden Donnerstag wieder aufgenommen werden. Es besteht die Hoffnung, daß an diesem Tage ein Einvernehmen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande kommt und bereits Freitag die Aufnahme der Arbeit in sämtlichen Betrieben wird erfolgen können.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom Dienstag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Hr. v. Schorlemer-Lieser.

Die zweite Beratung des

Landwirtschaftsetats

wird fortgesetzt beim Kapitel landwirtschaftliche Lehranstalten.

Abg. Def. (Z.) wünscht vermehrte staatliche Fürsorge für das ländliche Fortbildungsschulwesen in Rheinland-Westfalen.

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer stellt eine gerechtere Verteilung der Zuschüsse für das ländliche Fortbildungsschulwesen in Aussicht.

Abg. Heine (natl.) bittet, die Ungleichheiten in den Gehalts- und Pensionsverhältnissen der Landwirtschaftslehrer in den verschiedenen Provinzen zu beseitigen.

Abg. Dr. Hoenisch (Z.) wünscht Vermehrung der landwirtschaftlichen Seminare.

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer sagt möglichstes Entgegenkommen diesen Wünschen gegenüber zu.

Beim Kapitel Veterinärwesen behauptet

Abg. Hr. v. Malchow (L.) gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Leinert, daß der Viehbestand sich im letzten Jahre sehr vergrößert habe und betont die Gefahr der Seucheneinführung durch Einfuhr schwedischen Viehs.

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer: Herr Leinert hat gestern behauptet, daß die Zulassung schwedischen Viehs durch die Landwirtschaftsverwaltung den Einwand hinsichtlich der Seuchengefahr verbunden. Ich habe aber in der Budgetkommission nur gesagt, daß ich die Befürchtung einer Vermehrung der Seuchengefahr durch diese Einfuhr aus Schweden nicht anerkennen könne.

Abg. Leinert (Soz.):

Wenn der Abg. v. Malchow meine Zahlen über den Viehbestand bezweifelt, so verweise ich ihn darauf, daß sie der amtlichen Statistik entnommen waren. Der Minister legt jetzt großes Gewicht auf das Wort „Vermehrung“. Aber wenn durch eine vermehrte Einfuhr die Seuchengefahr nicht vermehrt wird, so besteht sie auch nicht bei geringerer Einfuhr.

Das Kapitel wird bewilligt; ebenso nach unterwesentlicher Debatte einige weitere Kapitel. Beim Kapitel „Förderung der Fischerei“ kritisiert

Abg. Schwabach (natl.) die scharfen Strafen, mit denen die Schiffer vielfach wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft würden.

Abg. v. Meeben (D. L. Fr.) weist auf die Schädigungen der Fischerei durch gewerbliche Abwässer hin.

Abg. Hr. v. Malchow (L.) hofft, daß das neue Fischereigesetz den Wünschen der Fischer entgegenkommen werde.

Abg. Kesternich (Z.) befragt über einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, Mittel bereit zu stellen zur Wiederbebohrung der Gewässer, deren Fischbestände infolge der Dürre des vergangenen Jahres erheblich gelitten haben oder zugrunde gegangen sind.

Abg. Dr. Dahlem (Z.) tritt für Unterstützung der Fischer an der Zahn ein.

Abg. Wente (Sp.) fordert Förderung der Forellenzucht.

Kleines feuilleton.

Dramaturgie der Aufmachung. Aus Paris wird uns geschrieben: Nicht über Schöpfungen mehr hat der Kritiker zu berichten, sondern über „Aktionen“, über Kollektivausstellungen der bürgerlichen Illusionsgewerbe vom gelehrten Kunsttrübel bis zur hochfeinen Prostitution, über faulen Zauber und brutale Selbstentblödung, über den Auslagenarrangeur als Regisseur, über königliche Damenschneider und bedienende Dramatenschneider. Eigentlich wird einem der Theaterdirektor noch sympathisch, der im Vaudeville den Bühnenprospekt emporgewogen und die dahinter stehende Lieferantengesellschaft selbst zu Akteuren gemacht hat.

Ein Steinzeitfund auf der Berliner Museumsinsel. Während sonst bei wichtigen Bauten wohl noch uralter Sitte ein Opfer in das Fundament versenkt wird, hat bei den Fundamentierungsarbeiten für das neue Deutsche Museum auf der Berliner Museumsinsel der Boden eine merkwürdige und interessante Gabe gesendet.

Abg. Gysling (Sp.) betont die Notwendigkeit der größeren Unterstützung der Dfiseefischerei und erklärt seine Zustimmung zum Antrag Kesternich.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Das Fischereigesetz wird noch in dieser Session vorgelegt werden, zudem es in vielfacher Beziehung zum Wasserrecht steht. Spezielle Anträge in der Richtung des Antrages Kesternich sind bisher beim Landwirtschaftsministerium nicht eingegangen.

Abg. Heine (natl.) äußert sich im Sinne des Antrages Kesternich.

Abg. Tournau (Z.) bringt ebenfalls Klagen über Verunreinigung von Flüssen durch Abwässer chemischer Fabriken vor.

Abg. Hirsch (Soz.):

Wir stimmen sowohl für den Fonds zur Hebung der Fischerei wie für den Antrag Kesternich.

Ein ganz krasser Fall liegt mir aus Altarp vor. Dort hatten die Fischer seit Jahrhunderten auf dem südlichen Teil des kleinen Haffs bei Stettin die Fischereigerechtigkeit.

Beim Kapitel Landesmeliorationen erörtert

Abg. Zderhoff (L.) die Notwendigkeit einer großzügigen Rohbarmachung der Moore. Es sei dazu notwendig, die Mitwirkung kapitalstärkter Korporationen und Genossenschaften.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Trotz der 440 Millionen, die der preussische Staat seit 1856 für Landesmeliorationen verausgabt hat, befand sich die Moorkultur bisher noch im Anfangsstadium der Entwicklung.

Abg. v. d. Groeben (L.) erklärt sich mit den Maßnahmen zur Förderung der Moorkultur einverstanden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr (außerdem Besäts- und Forstetat).

Eine sozialistische Altersversorgungsvorlage vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten.

Der Gesetzentwurf des Genossen Berger, wohl der umfassendste Plan derartiger sozialer Fürsorge, der bisher in einem Entwurfe dargelegt wurde, hat in der Hauptsache folgenden Inhalt:

werden mußte, vier Meter unter dem Grundwasserspiegel ein steinzeitliches Tongefäß ans Licht.

Die bauchige Amphora von 16 1/2 Zentimeter Höhe und 19 Zentimeter größter Weite war sehr gut erhalten; nur der Boden und ein Stück am Halse fehlten.

Die fast kugelige Form ist mit Verzerrungen bedeckt, die in breiten Strichen eingeschnitten sind.

Die Form der Amphora, die sich von der Steinzeit weiter verfolgen läßt in die Schachtgräber von Mykene, weist auf eine Herkunft aus Thüringen hin.

Die Amphoren, die in der letzten Steinzeit ihren Kulturstrom und wohl auch Volksstrom in die Havel- und Spreegegenden und von da weiter nach Böhmen und Mähren geleitet. Dafür ist die Keramik und auch die neue Amphora ein Beweis; sie stammt aus jener bedeutamen Zeit, da die großen steinzeitlichen Kulturen von Mitteleuropa sich in jene Kultur- und Völkerwellen auflösten, die dann zur Sondergestaltung der einzelnen indogermanischen Völker führten.

Musik.

In einem kleinen Klavierkonzert hielt am Sonntag, mittags, Max Baur einen Vortrag mit Klavierdemonstrationen.

Die alten und neuen Methoden der Klavierpieltechnik usw. Der Vortrag, wertvoller als der Durchschnitt des täglichen Konzerttreibens, gab eine Uebersicht über die Entwicklung des Klavierpiels seit zwei Jahrhunderten und gipfelte in einer Empfehlung der jüngsten Fortschritte auf Grund des seit 10 bis 15 Jahren erwachten Eifers für Theorie und Reform des Klavieranschlages.

Sehen wir von den Einzelheiten ab, die auch nicht immer übersichtlich genug herbeizutragen, und suchen wir besonders nach den praktischen Folgerungen für die Klavierlernende Jugend, so handelte es sich hauptsächlich um folgendes:

Anfänglich spielte man nur mit den Fingern, dann mit der Hand, dann mit dem Unterarm, dann mit dem Oberarm, schließlich mit den gesamten Rumpf, insbesondere mit den Rückenmuskeln.

Zwei Umstände bestimmen diese Entwicklung. Erstens der technische Fortschritt von den zarten Klavieren zu Wachszeit, bei denen es besonders auf ein hohes Draufhalten der Finger ankam, bis herauf zu den anpruchsvollen von heute.

Zweitens das ältere Interesse für künstliche Einschränkung und das jüngere für hygienisch-natürliche Körperhaltung. Von der jüngsten Periode, gekennzeichnet durch L. Deppe (1824-1890) seit 1885 und durch seine ansehnlich bedeutendste, jetzt wohl den neuesten Stand vertretende Schülerin E. Caland, war der fortgeschrittenste Stand der H. Riemanns, der dem Fingerpiel und dem Armspiel je das feinnige gab, die bewegliche Hand an Stelle der ruhigen Hand setzte und das längst als injunig zu erkennende „Lodern“ des Handgelenks und des verführerische Spiel mit der Hand bei ruhendem Handgelenk überwand.

Trotz aller Uebersetzungskraft des modernen „Erstliegend neuer Kraftquellen“ und besonders der imponierenden Künste des vibrierenden Wiederholungsanschlages usw. scheint es uns doch, daß die Vollkommenheit eine Beherrschung aller bisherigen Weisen, soweit sie sich nicht evident als verkehrt erwiesen haben, verlangt.

Aber eines kann uns als Ergebnis aus all dem sicher leiten: wir sind auf falschem Verweg, wenn wir statt Leichtigkeit Unnatur und Steifheit und Ermüdung oder gar Krampfartiges fördern, und wenn wir mit einem ausgebeuteten mechanischen Leben gequält werden.

Ein Lehrer, der nicht von vornherein die Spieltechnik in den Dienst der Musik stellt, mög uns fernbleiben.

Notizen.

Die Große Berliner Kunstausstellung 1912, deren Leiter der Maler Max Schilling ist, wird als besonderen Anziehungspunkt eine Sammlung deutscher Städtebilder in einem der Hauptpalee vereinigen.

Im Gegensatz zur vorjährigen Ausstellung sollen die ganzen Räume der zeitgenössischen Kunst gewidmet sein. Eine kleine ausgewählte Sammlung wird über die Kunst des Auslandes informieren.

Vorträge. Im Lessing-Museum (Waldstr. 18) spricht Donnerstag, abends 8 Uhr, Prof. Max Herrmann über „Lessings wissenschaftliche Tätigkeit und ihre Bedeutung für unsere Zeit“.

In der Humboldt-Akademie spricht Prof. Harry Gollay (Neuchatel) über „Probleme des Luftrechts“ am Sonntag, abends 8 Uhr, im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6.

Mascagnis „Isabeau“, sein neuestes Werk, das in Amerika die Aufführung erlebte und dann über einige italienische Bühnen ging, wird die erste deutsche Aufführung im Münchener Festspieltheater erleben.

Zur Erforschung der höheren Luftschichten soll in Moskau eine besondere Anstalt gegründet werden, deren Leitung Professor Rummel und Dr. Hildebrandt übernehmen. Die Mittel dazu werden von Privaten dargebracht, die Stadt soll einen Platz überlassen.

Franz Heids Werke gedenkt Ernst Kreowski in sorgfamer Auswahl und mit einer einleitenden Studie über sein Leben und Schaffen bei E. Froviciu, Wilmersdorf, herauszugeben. Der markante Vertreter der jüngstdeutschen Sturm- und Drang-epoche, der Dichter der sozialen Tragödie „Manometer auf 99“, und des von der Freien Volksbühne ausgeführten Revolutionsstraßenspiels „Ein Fest auf der Bastille“, der soziale Lyriker vertritt; es in der Tat, daß seine vielfach unzugänglichen Werke in guter Auswahl zusammengestellt werden und nicht wie Spreu im Winde verwehen.

Die Schillerstiftung fand die letzten Wochen im Mittelpunkt einer scharfen Polemik. Der Schriftsteller Hans Klyer hatte ihre Verwaltung lebhaft angegriffen (s. verhandelte ihre Mittel an Unwürdige) und eine Renovationen verlangt. Die Verwaltung entgegnete ebenso heftig. Ein Kongreß steht nun vor der Tür. Ein Aufruf von Schriftstellern und Künstlern schlägt anstatt seiner die Einsetzung eines aus beiden Parteien gebildeten Schiedsgerichts vor, das die für die deutsche Kultur wichtige Angelegenheit unteruchen soll. Herr Klyer ist damit einverstanden, wünscht aber, daß das Gericht in voller Öffentlichkeit verhandelt.

Nächste 1675 000 volle Pensionen, die mit Rücksicht auf die Abzüge bei höherem Einkommen als 8 Dollar auf durchschnittlich 2 1/2 Dollar berechnet werden. Macht auf das Jahr rund 347 Millionen Dollar (1558 Millionen Mark). „Diese Summe mag manche guten Leute stutzig machen, die auf „billige Regierung“ und „Jeder helfe sich selbst!“ schwören. Aber wenn wir jährlich für Heer, Flotte und Kriegsveteranen 351 Millionen ausgeben können, sollten wir wohl auch imstande sein, den gleichen Betrag für unsere Arbeitslosen zu zahlen. Tatsächlich zahlen wir sogar weit mehr für den gleichen Zweck heute, alle Aufwendungen von Bund, Staat, Bezirk, Gemeinde und Privaten für die Versorgung der Alten gerechnet. Nur tun wir es heute in einer unwirksamen, vergeudenden und grausamen Weise. Es ist Zeit, die Frage in wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Weise zu lösen.“

Becker legte dann noch die Mißstände dar, die mit dem Pensionswesen der großen Industrie verbunden sind. Sie begründen eine neue Art von Leibeigenschaft und haben dabei stets den Weigerndsten der Gnade. „Um seiner Pension nicht verlustig zu gehen, muß der Arbeiter mit Lohn, Arbeitszeit und Bedingungen des Unternehmers immer einverstanden sein. Diese Unterordnung macht ihn tatsächlich zum Sklaven und erzeugt einen neuen Feudalismus.“

Parlamentarisches.

Zentrumsanträge.

Nach dem Rezept: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen! scheint das Zentrum seine staatsrechtlichen und sozialpolitischen Anträge für den neuen Reichstag zusammengestellt zu haben. Eine große Anzahl der vom Zentrum gestellten Anträge wäre schon längst Gesetz, wenn es dem Zentrum erstlich um ihre Annahme zu tun gewesen wäre. Während es in der Theorie für Erweiterung und Ausbau der Volksrechte eintritt, vertritt das Zentrum es in der Praxis vorzüglich, sozialpolitische oder verfassungsrechtliche Verbesserungen zur Ablehnung zu bringen. — Unter den Anträgen befindet sich an erster Stelle ein Antrag, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter regeln will. Das kaiserliche Verordnungsrecht soll durch Abänderung des Schutzgebietesgesetzes eingeengt und die Mitwirkung der Reichsregierung in entsprechender Weise erweitert werden. Ein anderer Antrag verlangt, daß die Geschäftsordnungscommission des Reichstages mit der Revision der Geschäftsordnung beauftragt wird; ein weiterer Antrag fordert einen Gesetzentwurf, durch den die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches getrennt, ein Rechnungshof errichtet und die Mitwirkung des Reichstages an der Kontrolle des Vollzugs des Reichshaushaltsetats umschrieben und sichergestellt wird. Weiter wird ein Gesetzentwurf gewünscht, der das Reichsvereinsgesetz in freierwilliger Weise abändert und insbesondere den Sprachenparagrafen aufhebt, das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen beseitigt, das Heberwahrungrecht der Polizeibehörden in einschränkendem Sinne beseitigt, die Polizeistunde für Versammlungen aufhebt und Erleichterungen in der Bekanntmachung von Versammlungen gewährleistet. Ein anderer Antrag verlangt von der Regierung eine erschöpfende Denkschrift über die Gesamtwirtschaftsbelastung des deutschen Volkes und über die Verwendung der Steuereinnahmen für die einzelnen Zweige der Verwaltung. Für die beurlaubten Soldaten wird in einem Antrage Freifahrt auf den deutschen Eisenbahnen und das Verbot der Einberufung von Reservisten und Landwehrmännern zu Saat- und Erntezeiten verlangt. Für Geschworene und Schöffen fordert ein Antrag sofortige Gewährung von Reisekostenentschädigung und Vergütung für Zeitverlusten. Um die Vorbereitung der künftigen Handelsverträge zu erleichtern, wird vom Reichskanzler eine umfassende Produktionsstatistik für die einzelnen Erwerbsgruppen, Erhebungen über die Produktionsverhältnisse und die Wirkung auf eine größere Gleichmäßigkeit in der sozialen Gesetzgebung in den an den Handelsverträgen beteiligten Ländern erbeten. Zunächst soll dem Reichstag ein Gesetzentwurf betreffend die Kartelle, Trusts und ähnliche Vereinigungen vorgelegt werden. Als Zielpunkte der Regelung werden zur Erreichung empfohlen: Errichtung eines Reichskartellamts, Festsetzung von Mindestpreisen betreffend die Zulassung von Schiedsgerichten, Verpflichtung zur Anzeige der Errichtung derartiger Vereinigungen, Aufsicht des Kartellamts über die Geschäftsführung der Kartelle und Auskunftspflicht derselben. Wieder ein Antrag verlangt Erhebungen über die Monopolbestrebungen der Elektrizitätsunternehmungen. Weiter werden Gesetzentwürfe gefordert, um den Altpensionären das Ruhegehalt in angemessener Weise zu erhöhen und um die Aufbesserung der Gehaltsätze der Postkassierer und Postassistenten durchzuführen. Ferner sollen die in der Reichspostverwaltung beschäftigten Personen eine den örtlichen Lohnverhältnissen entsprechende Bezahlung erhalten. Auch zur Erhaltung und Förderung des Handwerkerstandes werden Gesetzentwürfe verlangt, durch die eine genauere Abgrenzung von Fabrik- und Handwerkerstand und dem Handwerkerstand ein größerer Schutz gewährt wird. Ebenso soll der kaufmännische Mittelstand erhalten und gefördert werden durch verschiedene gesetzgeberische Maßnahmen, wie Verbot der Wandlerlager, Ausbau der Konkursordnung und dergleichen mehr. Ein weiterer Antrag verlangt einen freierwilligen Ausbau des Beamtenrechts.

Natürlich hat das Zentrum auch den dringenden Wunsch, die Verhältnisse der Privatbeamten, technischen Angestellten und Arbeiter zu verbessern. Vom Zentrum früher consequent abgelehnte Forderungen dieser Arbeitergruppen werden jetzt als Anträge des Zentrums eingereicht. Als Freunde des Koalitionsrechts der Arbeiter verlangt das Zentrum Ausbau des Koalitionsrechts auch dahin, daß Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt werden. Ja, selbst der Achtstundentag ist in das Programm des Zentrums aufgenommen worden. In dem Verlangen nach einem einheitlichen Vergreht wird die Einführung der achtstündigen Schicht für die Arbeiter unter Lage mit längerer Bemessung bei Rasse und höherer Temperatur verlangt. In demselben Antrage werden von den Arbeitern gewählte Sicherheitsmänner für die Grubenkontrolle, das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht der Knappschaftsmitglieder nach den Grundfähigkeiten der Verhältnisse und Sicherung leitungsfähiger Knappschaftsklassen gefordert. Auch für die Großindustrie wird die achtstündige Arbeitszeit für die am Feuer beschäftigten Arbeiter und eine regelmäßige Dauer der Arbeitszeit von höchstens zehn Stunden für alle anderen Arbeiter gefordert. Für das Baugewerbe sollen neben besonderen Beamten für die Baukontrolle gewählte Vertreter der Arbeiter zu der Kontrolle zugezogen werden. Schließlich beschäftigt sich ein Antrag mit der Besserstellung der Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.

Bei Beratung aller dieser Anträge wird es sich zeigen, ob es dem Zentrum ernst ist mit der Durchführung staatsrechtlicher und sozialpolitischer Reformen. Auf die taifragliche Unterstützung unserer 110 Mann starken Fraktion kann das Zentrum bestimmt rechnen. Ob aber beim Zentrum zwischen Antragstellern und Beschließenden nicht eine gewaltige Kluft sich aufbaut, wird die Zukunft lehren.

Aus der Partei.

Erklärung.

Es wird mir mitgeteilt, daß etliche sogenannte parteilose Blätter einen Artikel aus meiner Feder über die Probleme des neuen Reichstages mit einem Zufuß veröffentlicht haben, der den Glauben erweckt, es sei der Artikel von mir auf Bestellung der betreffenden Redaktionen speziell für sie geschrieben worden. Da Parteigenossen dadurch irreführt wurden, sehe ich mich veranlaßt festzustellen, daß der Artikel von mir für die von Dr. R. Dammert herausgegebene Korrespondenz „Kulturbeiträge“ verfaßt wurde, irgendwelche direkte Beziehung zwischen mir und jenen Redaktionen aber nicht besteht.

Berlin, 18. Februar 1912. Ed. Bernstein.

Wir sind in der Auffassung, daß Parteigenossen über politische Fragen nur in der Parteipresse schreiben sollten. (Die Red. des „Vorwärts“.)

Ein Glückwunsch aus Sibirien.

Aus Sibirien ist der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgendes Schreiben zugegangen:

Rußland, Destr. Sibirien, 27/1. 1912.
Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!
Leuzer Genosse!

Wir verschicken Sozialdemokraten in einer Bärenede Sibiriens bitten Sie, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands unsere tiefen und heißen Glückwünsche zu ihrem Siege bei den Wahlen zum Reichstag zu übermitteln. Eure Siege — sind unsere Siege, die uns neue Kraft geben im Kampfe für eine lichte Zukunft.

PS. Aus guten Gründen mußten wir von Unterschriften Abstand nehmen.

Vom Fortschritt der Parteipresse.

Die „Dreslauer Volkswacht“, die schon während des vergangenen Wahlkampfes über 2500 neue Abonnenten gewonnen, nahm durch eine am Sonntag in Breslau vorgenommene Hausagitation abermals um 1200 neue Abonnenten zu. An den nächstfolgenden Sonntagen soll die Agitation für die „Volkswacht“ in gleicher Weise in der ganzen Provinz fortgesetzt werden.

Unser Wahrer Parteiblatt, die „Frankische Volkstribüne“, gewann in den Wahlmonaten nahezu 1000 neue Abonnenten. In den letzten 3 1/2 Jahren hat die „Frankische Volkstribüne“ ihre Abonnentenzahl verdoppelt. Unser Parteiblatt bezieht am 1. Juli wegen Erweiterung des Betriebes und wegen Uebergangs zum Rotationsdruck einen Neubau.

Das englische Arbeitertageblatt.

Man schreibt uns aus London: Die Frage des Arbeiter-tageblatts steht vor der Entscheidung. Die Birminghamer Konferenz der Arbeiterpartei hat beschlossen, eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 150 000 Pfd. Sterl. sofort ins Leben zu rufen, wovon bis zum 14. März mindestens 50 000 gezeichnet sein müssen. Die Konferenz selber hat 6000 Pfd. aus der Kasse der Partei zu dem Zwecke bewilligt. Gleichzeitig begann die Agitation in den großen Gewerkschaften, damit diese einen Teil ihrer Gelder in dem Unternehmen investierten. Der erste Erfolg ist bei den Maschinenbauern und Mechanikern erzielt worden, deren Organisation soeben mit 15 148 gegen 11 462 Stimmen — keine besonders erhebende Mehrheit — beschlossen hat, 5000 Pfd. anzulegen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufhebung eines Aufzug-Verbotes.

Im Auftrage des Gewerkschaftsleiters Sagan hatte im April 1911 der Arbeiter Leuthoff zu Sagan die Erlaubnis zu einem öffentlichen Aufzuge nachgesucht, der am Sonntag, den 7. Mai, in Form eines Spazierganges mit Musikbegleitung stattfinden sollte. Er sollte vom Lokal „Deutsches Reich“ in Sagan ausgehen, sich durch einige Straßen und über ein Stück Landstraße bewegen, um wieder an dem Lokal zu enden, wo nachher ein Fest stattfinden sollte.

Die Behörde verbot den Aufzug und die Beschwerden beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten der Provinz Schlesien hatten keinen Erfolg.

Die im Laufe des Verfahrens von den Behörden geltend gemachten Erwägungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Zwar handele es sich nicht um einen Aufzug am ersten Mai, aber doch um einen solchen, der im Anschluß an den ersten Mai stattfinden sollte und den Charakter einer sozialdemokratischen Demonstration gehabt haben würde. Es sei mit einem aufreizendem Verhalten der Teilnehmer zu rechnen gewesen, wodurch wieder die öffentliche Sicherheit hätte gefährdet werden können. Daß das Gewerkschaftsleiters der Veranlasser gewesen sei, wäre belanglos im Hinblick auf den innigen Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und Partei. Dazu käme, daß der Platz an der Kaiser-Wilhelm-Brücke, der berührt werden mußte, sehr verkehrsreich sei. — Zudem zogen die Behörden kursorische zur Rechtfertigung der Annahme einer Gefährdung der Sicherheit noch die „Erregung“ heran, welche sich angeblich einiger christlicher Jünglings- und Jungfrauenvereine und eines Patrons darüber bemächtigt habe, daß bei einer sozialdemokratischen Weerdigung einmal rote Kränze schleifen mitgeführt worden seien.

Leuthoff trat den Befehd des Oberpräsidenten durch die Klage beim Oberverwaltungsgericht an, vor dem ihn R. A. Sengler vertrat. Eingehend wurde geltend gemacht, daß seitens der Behörden konkrete Tatsachen, welche die Annahme einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit rechtfertigen könnten, nicht hätten geltend gemacht werden können. Alle von den Behörden geltend gemachten sogenannten Gründe machten den Eindruck des Vorwandes. Das Verbot sei, wie feststehe, tatsächlich ja nur auf einen, die Raumzüge betreffenden generellen Erlaß des Ministers des Innern zurückzuführen.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt. Es ging davon aus, daß die Befürchtung der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, die allein nach § 7 des Vereinsgesetzes das Verbot rechtfertigen könnte, durch konkrete Tatsachen örtlicher Natur gestützt sein müßte. Es könne aber nicht angenommen werden, daß hier diese Voraussetzungen gegeben seien. Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit könne nach dem, was die Behörden vorgebracht hätten, nicht angenommen werden. Das Verbot sei außer Kraft zu setzen.

Soziales.

Wohnungsseind in Stuttgart.

Mit einer kurzen fahlichen Darstellung der Wohnungsverhältnisse in Stuttgart, richtet Genosse Westmeyer den Scheinwerfer der sozialen Kritik auf das in allen Großstädten mehr oder minder scharf hervortretende Wohnungsseind. Stuttgart genießt den zweifelhaften Ruf, eine der Städte mit den teuersten Wohnverhältnissen zu sein. Schon diese bekannte Tatsache läßt darauf schließen, daß hier der wirtschaftlichen Notwendigkeit fähleres Muth den Armen und Kermsien elende, dumpe, licht- und luftlose Höher als Wohnstätten anweist. Daß es so ist, finden wir in der vom sozialdemokratischen Verein Stuttgarts herausgegebenen Proschüre vollumfänglich bestätigt. Bei der Betrachtung der Abbildungen aus Arbeiterquartieren konnte man sich nach den berühmten Versen Oseibands berufen fühlen. Bei einzelnen Bildern drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Ist das ein Stall oder eine Wohnung? Sicher gibt es viele Ställe, die viel besser sind, als die hier festgehaltenen Arbeiterwohnungen aus Stuttgart und Cannstatt. Ein Arbeiterheim in Cannstatt (1,80 Meter hoch) läßt deutlich das Schönheitsbedürfnis der Bewohnerin erkennen, um so empörender wirkt die Wirklichkeit des Glends.

Ueber 90 Proz. der Einwohner Groß-Stuttgarts sind auf Miet-

wohnungen angewiesen. Die Wohnungsnot der bürgerlichen Parteien begünstigte den Bodenwucher als die Hauptursache der Preissteigerung für Mietwohnungen. So strupplos traten Zentrum, Volkspartei und Deutsche Partei für die Grundstückspekulanten ein, daß die Niederstimmung der sozialdemokratischen Anträge bei der Beratung einer neuen Bauordnung im Landtag am 15. April 1910 den Vertreter der Regierung, Ministerialrat v. Reil, empört ausrufen ließ: „Es handelt sich darum, für die wirtschaftlich Schwachen Wohnungen zu schaffen, welche gesund und menschenwürdig sind. Es ist im Ausschuß und bei früheren Beratungen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der Schutz der Schwachen die Aufgabe des hohen Hauses sei bei Aufnahme und Festsetzung derartiger Bestimmungen, und ich möchte insbesondere diejenigen Parteien, die den Schutz der Schwachen auf ihre Fahne geschrieben haben, daran erinnern, daß hier die Gelegenheit dazu gegeben ist, den Schutz der Schwachen zu betätigen... Die wirtschaftlich Schwachen leiden am meisten darunter, wenn Sie zu nachlässig und zu rücksichtslos gegen die Grundbesitzer und deren etwaige entfernt mögliche Schädigung sind. Für die Grundbesitzer habe ich ja auch viel übrig, aber alles hat seine Grenzen! — Die Rassist aber nicht. Die Interessenvertreter der Besitzenden und der ausbeutenden Gruppen pfeifen darauf, wenn ein Minister sie mit sozialen Moralpreden traktiert. Profit! So lautet ihr wahres Evangelium! Die Errichtung von Wohnungen hat in Groß-Stuttgart mit der Bevölkerungszunahme nicht gleichen Schritt gehalten. Von den 65 000 gezählten Wohnungen standen am 1. Januar 1911 nur 1 Proz. leer. Das ist viel zu wenig, wenn man berücksichtigt, daß immer ein Teil der Wohnungen nicht bezugsbar ist und durch doppelten Verzug, Todesfälle usw. stets eine gewisse Anzahl Räume frei werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1910 und 1911 die Bautätigkeit verhältnismäßig sehr lebhaft war, weil eine neue Bauordnung in Aussicht stand, die mehr den Ansprüchen der öffentlichen Hygiene entsprach. Die übermäßige Ausnutzung der Grundstücke sollte etwas gehemmt werden. Das reizte dazu, durch schnelle Erbauung von Häusern die alte Bauordnung und die spätere bessere Konjunktur für Mietpreissteigerungen auszunutzen zu können. Das Steigern hatte man aber auch bisher schon ausgezeichnet verstanden. In der Zeit von 1903—1907 stieg der Preis für eine Wohnung von 3 Zimmern im Gesamtdurchschnitt Groß-Stuttgarts von 400 auf 517 M., der Preis einer Zweizimmerwohnung stieg von 304 auf 337 M. und für 1 Zimmer hob er sich von 163 auf 183 M. Dabei ist zu beachten, daß die Miete als ein Zimmer rechnet. Die kleinste Wohnungen sind relativ am teuersten und ihr Preis ist am meisten gesteigert worden. In der angegebenen Zeit wurden die kleinsten Wohnungen um 12,2 Proz., die größeren um 10,9 Proz. verteuert. Der Wohnungswucher trifft die Familien am allerhäufigsten. Auf Grund der Löhne städtischer Arbeiter berechnet Westmeyer, daß ein Arbeiter für eine Wohnung von zwei Zimmern 27 Proz. seines Einkommens aufwenden muß. Wie eine kinderreiche Familie unter solchen Verhältnissen wohnt und schläft, und wie bei solcher Ausgabe für die Wohnung und der allgemeinen Teuerung die Ernährung beherrscht sein mag, das läßt sich denken. Es haufen da Männer und Frauen, Greise und Kinder, Gesunde und Kranke, Familienangehörige und Fremde dichtgedrängt beieinander. Zwei, drei Personen schlafen in einem Bett, eine mangelhafte Pritsche, mit Lumpen bedeckt, dient als Lagerstätte. Der Fußboden ist angefault, die Wände feucht, der Korbentwurf zum Teil abgefallen, die Möbel verrotzt, die Luft voll Moderduft, Bruststücken der Tuberkulose und anderer Seuchen. So sieht es mitten in der Residenz Stuttgart aus!“

Was wunder, daß der Gesundheitszustand der Schulkinde außerordentlich schlecht ist. Bei Gelegenheit einer ärztlichen Untersuchung von 14 325 Kindern wurden nur 2761 als „gut genährt“ befunden. Bei 5149 Kindern konstatierten die Ärzte eine „mittlere“ Ernährung, als „gering“ bezeichnet der Befund den Ernährungszustand von 1641 Kindern und als „gering mit Anämie“ bei 1553 Kindern. Bei 990 Kindern wurde ausgeprägte Rachitis, bei 1225 Wirbelsäulenverkrümmung, bei 1893 Drüsen, bei 1850 Augenleiden, bei 929 Lungenleiden und bei 51 Tuberkulose aller Organe festgestellt. Andere Kinder waren mit den verschiedensten Gebrechen und Leiden behaftet: Hautleiden, Ungeziefer, Adenoiten, Ohrenleiden, Herzkrankheiten und Albuma. Gesunde Volksschulkinder gibt es demnach in der Residenz Stuttgart nur bitter wenige. Was für ein Geschlecht soll da heranwachsen?

Wie nach dem Befunden kaum anders zu erwarten, fällt der Tod in den Arbeiterquartieren Stuttgarts reiche Ernte. Das Verhältnis zwischen der Wohngegend der Besitzenden und dem Proletarierquartieren bei der Gesamtsterblichkeit ist außerordentlich groß; dort kommen auf 1000 Einwohner 9,37 Sterbefälle, hier aber 19,41. Bei der Kindersterblichkeit ergibt sich das Verhältnis von 6,4 zu 28,2 pro 100 Geburten. Der Verfasser erörtert die Frage: was muß zur Abstellung der Wohnungsnot geschehen? Eigenheim sind zwar sehr nett und erstrebenswert, aber einmal stehen die Bodenpreise der Verwirklichung des Idealwohnens entgegen und dann bildet ein Hausbesitz oft genug eine Fessel für den Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, bald hier, bald dort. Westmeyer plädiert für eine umfangreiche gemeindliche Bautätigkeit, gemäß der von der Sozialdemokratie programmatisch, und von den dortigen Genossen im Rathause erhobenen Forderungen. Raugenossen-schaften und gemeinnützige Gesellschaften sollten unterstützt werden. Der Durchführung dieser Forderungen soll ein Fonds dienen, dem zunächst ein Betrag von 1/2 Million Mark aus dem vorjährigen Etat zugewiesen ist; außerdem soll das nächste Anleiheprogramm für den gleichen Zweck 5 Millionen Mark fordern. Diese Anträge sind einer Kommission zur Vorbereitung überwiesen worden. Die Durchführung des Programms wird noch harte Kämpfe kosten. Die Interessenten, denen Westmeyer mit gewichtigen Argumenten entgegentritt, verweisen sich auf die Krise, wirtschaftliche Unternehmungen jeder Art müßten der Privatinitiative überlassen bleiben, die Gemeinde habe sich davon fernzuhalten. Das Schicksal schließt mit einer Darstellung der günstigen Erfahrungen, die man in Freiburg i. B. mit dem gemeindlichen Wohnungsbau gemacht hat. Dem Sozialpolitiker gibt es wertvolles Material an die Hand.

Aus der Frauenbewegung.

Ulramontane Frauenorganisation.

Große geschichtliche und soziale Ummächtigungen werfen ihre Schatten voraus, sie vollziehen sich in Stappen. Dem Väterleber kommen sie oft gar nicht zum Bewußtsein. So geht es auch mit der Frauenemanzipation als politische Erscheinung. In der Sozialdemokratie hat die Frau als gleichberechtigte Mitstreiterin längst Heimatrecht. Anders bei den bürgerlichen. Von Gebetsband bis Mugband wollte man bis vor kurzem von der politischen Frau überhaupt noch nichts wissen. Der Liberalismus lehnt die Gleichberechtigung der Frau ausdrücklich ab, aber er macht doch einige Konzessionen. Man will der Frau in der kommunalen sozialen Tätigkeit ein größeres Feld eintäumen. Dafür rechnet der Liberalismus auf ihre Mitarbeit bei Wahlen. Bei den letzten Wahlen haben die bürgerlichen Damen denn auch mit einer betönderungswürdigen Selbsterleugnung für den sie verleugnenden Liberalismus sich eingesetzt. Die konservativen Damen werden nun ebenfalls schon politisch — gegen die Sozialdemokratie gedrückt! Bei ihnen hat das Vereinzeltwerden in die Politik offen ausgesprochen nur den Zweck, den Vorwärt moderner Bestrebungen, wozu auch die Gleichberechtigung der Frauen gehört, nach Möglichkeit zu hemmen. Diese Damen finden ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen bei der „Männerherrschaft“ besser vertreten, als wenn die Damen des Bürgerturns durch die Eroberung der Privilegien der Männer ihrer Klasse, den Herzen der Schöpfung Konkurrenz machen. Trotzdem: daß die Entwidlung der Konservativen zwingt, die Frauen politisch zu „schulen“, ist immerhin ein Fortschritt und ein Beweis für die Sieghaftigkeit der proletarischen Klassenbewegung.

In noch größerem Maße gilt das von der veränderten Haltung des Ultramontanen den Frauen gegenüber. Auch sie, die Vertreter des Grundgesetzes, daß „er“ ihr Herr sein soll, holen nun die Frau aus dem Hause, reihen sie ein in das Heer der politisch kämpfenden. Allerdings, die ultramontanen Frauen sollen und dürfen ebenfalls nicht für eigene Rechte und für Gleichberechtigung kämpfen. Der Ruf der Kirche treibt sie in das Getümmel des politischen Kampfes nur als Verteidigerinnen der alten Ordnung und der Machtförderung des Klerus! Daß man die Frauen nur als Mittel zu diesem Zwecke betrachtet, geht schon aus der Art ihrer Heranziehung zur politischen Arbeit und der Abgrenzung dieser hervor. Sie stehen überall unter geistlicher Aufsicht und sie dürfen nur Handlangerdienste für Zentrumsbestrebungen verrichten. Nicht das Wohl und Interesse der Frauen veranlaßt die Klerikale, sie politisch zu organisieren. Der Umstand, daß man nur dort die Frauen in die politische Arena fordert, wo der Zentrumssturm gefährdet ist, oder schon erstickt wurde, beweist das. Wo klerikaler Einfluß und Klüngelndmißbrauch die ultramontane Herrschaft garantiert, da ist die politische Frau streng verpönt, da heißt es unbedingt: die Frau gehört ins Haus!

Genau so verhält sich das Zentrum ja auch den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter gegenüber. Wo die Sozialdemokratie siegreich vordringt, gründet der Ultramontanismus christliche oder katholische Gewerkschaften angeblich im Interesse der Arbeiterkraft, in Wirklichkeit zum Schutze des Kapitals. So lange ein Revier von den freien Gewerkschaften noch nicht bedroht erscheint, denkt kein Pfaffen an die Organisation der Arbeiter. Dasselbe Spiel mit den ultramontanen Frauenorganisationen. Die Parteikonstellation erklärt es, daß für diese Schutzgarde gegen Frauenrechte und den Vormarsch des Proletariats hauptsächlich in Rheinland-Westfalen ein dringendes Bedürfnis vorhanden ist. Der neue Zentrumsaktualität soll die geschleiftten schwarzen Burgen Köln und Düsseldorf dem Zentrum zurückerobert werden. In Düsseldorf hat man gleich nach der Wahl mit einer Reorganisation der Frauenorganisation begonnen. Sie zählt bereits 5000 Mitglieder. In nächster Zeit sollen in den letzten noch ausstehenden Bezirken Abteilungen der Zentralorganisation gegründet werden.

Diese Tätigkeit muß ein Ansporn für unsere Genossen und Genossinnen sein, die proletarischen Frauen unserer Vereine zuzuführen. Wir müssen sie dem klerikalen Einfluß entreißen, sie zu freien Kämpferinnen, zu Streiterinnen für Gleichberechtigung und gegen Klerikale Herrschaft erziehen. Was den Gewerkschaften die christlichen Zerplitterungsorganisationen geworden sind, das sollen der Sozialdemokratie die unter geistlichem Einfluß stehenden ultramontanen Frauenorganisationen werden. Intensive Agitation und Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Frauen muß den Schwarzen das Wasser abgoben.

Aus aller Welt. Warum man stiehlt.

Der Direktor des Kopenhagener Gefängnisses, Grundvig, hat bei 600 wegen Eigentumsvergehens Verurteilten männlichen Personen festgestellt, ob sie bei Begehung der Tat arbeitslos oder sonst in Not befindlich gewesen waren und ob sie im Kauf gehandelt hatten. Die Ergebnisse der Statistik sind recht interessant und zeigen deutlich, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse den Menschen und sein Handeln beeinflussen.

63 Proz., also nahe zwei Drittel aller Verurteilten waren bei Begehung des Diebstahls nach den Feststellungen des Gerichtsurteils ohne Arbeit gewesen, darunter 45 Proz. die sich in offener Not befanden. Dazu kommen weitere 5 Proz., die zwar Arbeit hatten, bei denen aber gleichfalls eine Notlage konstatiert wurde. Nur 33 Proz. der Verurteilten hatte Arbeit gehabt und keine Not gelitten.

Aber auch der Alkohol spielt eine Rolle. Es zeigt sich, daß von den Arbeitslosen oder in Not Befindlichen 40 Proz., von den in Not befindlichen Arbeitshabenden sogar 63 Proz. die Tat im

Kauf begangen hatten. So bleiben im ganzen nur etwa 13 Proz. übrig, die weder arbeitslos, noch in Not befindlich, noch berauscht gewesen waren, denen man also die Verantwortung für ihre Tat voll zuschreiben könnte, wenn nicht auch hier Entschuldigungsgründe, die vielleicht nur nicht so offen auf der Hand liegen, vorhanden sein mögen. — 600 Diebe wurden verurteilt, davon hatten 522 offenbar und eine Reihe weiterer möglicherweise unter dem Einfluß ihres wirtschaftlichen und sozialen Milieus gehandelt. Trotzdem trifft auch sie die ganze Strenge des Gesetzes, das leider nicht auf das Bittelwerk aufgebaut ist: Nichts nicht, auf daß Ihr nicht gerichtet werdet!

Einsturzkatastrophe in San Remo.

Ein furchtbares Unglück hat sich nach einer telegraphischen Meldung aus San Remo am Dienstagmorgen dort zugetragen. Auf den Kais am Meerufer machten etwa vierzig Volksschüler ihren Morgenspaziergang, als plötzlich ein Teil der Kaimauern einstürzte. Zwanzig Knaben wurden unter den Trümmern begraben. Trotz der sofortigen Rettungsarbeiten konnten fünf Kinder nur als tote unter den Schuttmassen hervorgezogen werden; acht Kinder wurden schwer verletzt geborgen. Die übrigen Verunglückten liegen noch unter den Trümmern; es wird befürchtet, daß auch sie nur als Leichen geborgen werden können.

Untergang zweier japanischer Dampfer.

In den japanischen Gewässern hat sich nach einer Meldung aus Nagasaki ein schwerer Schiffszusammenstoß ereignet, der den Untergang zweier Dampfer herbeiführte. Es handelt sich um die japanischen Dampfer „Kyojamaru“ und „Morimaru“, die in voller Fahrt so heftig gegen einander rannten, daß sie nach wenigen Minuten sanken. Von der Besatzung und den Passagieren der „Kyojamaru“ sind 32 Personen, von der „Morimaru“ 14 Personen ums Leben gekommen.

Auf der Spur von Falschmünzern.

In Dortmund wurden seit einiger Zeit falsche Markstücke in den Verkehr gebracht, ohne daß es gelingen wollte, den Falschmünzern auf die Spur zu kommen. Gestern wurde bei der Ausgabe von falschen Geldstücken ein Schlosser Kern festgenommen. Die sofortige Hausdurchsuchung in der Wohnung des Verhafteten brachte eine wohleingerichtete Falschmünzwerkstatt mit Instrumenten zum Prägen verschiedener Wälgen zutage. Die Polizei hofft binnen kurzem auch die Helfershelfer des Verhafteten festnehmen zu können.

Auch ein Unzufriedener.

Seine Unzufriedenheit mit der Haltung des deutschen Kaisers im Burenkrieg demonstrierte am Montag in Haag ein Eisenbahnbeamter aus Transvaal, indem er einige Fensterscheiben der deutschen Gesandtschaft zertrümmerte. Der Mann namens Dempers gab als Grund seines sonderbaren Treibens an, daß er durch den Burenkrieg seine Stellung verloren habe. Er wollte mit seinem Attentat auf die Fensterscheiben dagegen Protest einlegen, daß der deutsche Kaiser im Burenkrieg nicht interveniert hat. Da der Verhaftete etwas meißelzug zu sein schien, wurde er auf seinen Geisteszustand untersucht, jedoch keine Störung gefunden.

Kleine Notizen.

Befränktes Ehrgefühl. Am Montagabend ließ sich zwischen Herbst und Jütichou der Selundaner Boigt aus Herbst von einer Rangiermaschine überfahren, die ihn auf der Stelle tötete. Die Tat soll aus gekränktem Ehrgefühl begangen worden sein, weil der Verunglückte des Boigt diesem wegen einer Kneiperie eine Ohrfeige gegeben hatte.

Zwei Kinder verbrannt. Auf dem pommerischen Gute Heiliggeisthof hatten die zwei und drei Jahre alten Kinder des Arbeiters Kurel in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern gespielt. Dabei gerieten die Betten in Brand und schließlich gingen

die Kleider der Kinder Feuer. Als Raubkategorie, durch Qualm aufmerksam gemacht, gelang es in die Wohnung drangen, fanden sie am Fußboden die verkohlten Leichen der beiden kleinen Kinder.

Schiffszusammenstoß in der Elbmündung. Fünf Meilen vom Feuerort „Elbe 1“ ließ am Montagmorgen bei dichtem Nebel der englische Dampfer „Humber“, der von Goole nach Hamburg unterwegs war, mit dem von Afrika kommenden deutschen Dampfer „Answald“ zusammen. „Humber“ wurde mittschiffs getroffen und sank; die Besatzung wurde teils vom Dampfer „Answald“, teils vom Fischdampfer „Senator Hollhusen“ gerettet.

Unstimmigkeiten. In Palaiseau bei Paris kam es während eines Konzertes zu einer blutigen Schlägerei zwischen Soldaten des 22. Kolonialregiments und den Mitgliedern eines Turnvereins. Mehrere Soldaten und ein Gen darm wurden schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft ordnete eine strafrechtliche Untersuchung an. Die Militärbehörde beschloß, die Besatzung des Forts von Palaiseau zu wechseln.

In den Flammen umgekommen. In einem von Arbeitern bewohnten Quartier in Moskau kam in der letzten Nacht Feuer aus. Drei Arbeiter kamen in den Flammen um, fünfzehn erlitten schwere Brandwunden.

Verband der Friseurgeschillen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Heute Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, Rosenthaler Str. 11/12: Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 Stunden z. z. 60, vom vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quake und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monnentschuldung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

U. Nr. 2. 100 M. in bar und 200 M. in Briefmarken erhalten. Einlösung erfolgt in der Februarquittung der Parteikasse, die im Monat März veröffentlicht wird.

Tantalo 18. 1. Für die Zeit bis einschl. Dezember 1911. 2. Mit dem 31. März. Für das letzte Quartal des laufenden Steuerjahres sind Sie nicht mehr zahlungspflichtig. Sie müssen aber reklamieren. 3. Antrag auf Aufnahme in den deutschen Staatsverband an das Polizeipräsidium in Berlin. 4. Bst. — J. S. 88. Allgemeine Schwachheit infolge zurückgebliebener körperlicher Entwicklung oder Schwäche nach unlangt überstandener Krankheit. — P. B. 85. 1. Es muß Invalidität im Sinne des Gesetzes vorliegen. 2. Mindestens 200. Die Anzahl reicht also aus. 3. 100, 120, 140, 160, 180, 200. 4. 100. 1. Rein. 2. Ja. Klage auf Herausgabe. — W. S. 5. 1. Sie können die Ausforderung abwarten. — P. B. 23. Kommen Sie mit dem etwa geschlossenen schriftlichen Vertrag in die Sprechstunde. — Würdigung, Wildenowstr. 7. Waschen Sie dem Polizeipräsidium Mitteilung. — P. S. 8. Ja, sofern nicht etwa Verzicht angenommen worden kann. — Patent. 1. Ja. 2. Nicht feststellbar. Fragen Sie beim Oberpräsidenten an. — W. J. 100. Erinnern Sie an Beschloß. Event. Beschwerde beim Finanzminister. — G. S. 37. Sie haben Anspruch auf Befreiung. Nichten Sie einen Antrag an den Vorsitzenden der Beurlaubungskommission. — W. G. 1. Nichten Sie. Die Removenthaltung deckt die Anfallskosten. Bei dem Termin beantragen Sie die Heberlassung der Anfallskosten. Die notwendigen Nachforschungen sind Ihnen zu belassen. — P. S. 103. 1. M. — K. S. 31. 1. Das Ausbürgerrecht des Bundesrates ist durch Gesetz nicht beschränkt. 2. Ja. 3. Die 10 M. können Sie kürzen, falls Sie die behauptete Kredite belegen können. Den verbleibenden Betrag müssen Sie bezahlen. — P. S. 28. Ja; nicht Vollzeitsache, sondern Ausfertigungssache. — P. S. 30. Ja — W. S. 98. Der Vertrag bleibt rechtskräftig. — P. S. 99. 1. Ja. 2. Antrag an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Rechtsort zuletzt gewohnt hat, auf Vermittlung der Auseinandersetzung. 3. Sie können Erstattung aus der Nachlassmasse fordern. — Steurin 15. 1. 2 M. für das Kalenderjahr. 2. Ja. — C. W. 99. 1. Die eine Hälfte fällt an die Schwester des Vaters, die andere Hälfte an die Geschwister der Mutter. 2. Rein. Die Halbgeschwister der Mutter erben nur je 1/4 des Gesamtvermögens. — P. S. 14. Leider nein. — P. W. 23. Ihr Standpunkt erscheint un begründet, sofern es sich nicht etwa um eine geschlossene Gesellschaft im Sinne des Gesetzes handelt. — P. S. 55. 1. Es kann Ihre Berufung zum nächsten Termin erfolgen. 2. Ja. 3. In der Regel erfolgt Vertagung. — N. N. Wobbit. 1. Rein. 2. Ja, sofern eigenhändig geschrieben, mit Ortsbezeichnung und Datum versehen. 3. Rein. — C. Ja. — K. S. 30. In Nr. 30 am Dienstag, den 6. Februar, unter R. B. 100 beantwortet. — St. R. 100. Die Praktionen machen die Vorzüge. — P. S. 8. Ein solches Urteil des Amtsgerichts ist nicht zu finden. Gewerbebetriebe haben öfter ähnlich geurteilt, und haben wir zu verschiedenen Malen darüber berichtet. — P. S. 2. Rein. — K. S. 12. Die Firma ist zur Klage berechtigt. — P. 7. Sie sind zur Rückgabe der Geschenke und zum Schadenersatz verpflichtet. Der Anspruch verjährt innerhalb Jahresfrist nach Aufhebung des Verbotsschloßes. — G. Ja.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1289. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1067.

Donnerstag, den 15. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7:

Verammlung der Maschinenformer.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Lage in unseren Betrieben. 2. Vorschläge von drei Kollegen für die Beurlaubungskommission. 3. Berufungsgegenstände.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Wie schon am Sonntag im „Vorwärts“ veröffentlicht war, findet unsere nächste ordentliche Generalversammlung am Sonntag den 24. März statt. Anträge für diese Generalversammlung müssen spätestens bis 24. Februar in den Händen der Ortsverwaltung sein.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Büreau: Wöhlertstr. 29, part. Filiale Berlin: Arbeitsnachweis: Adlerstr. 9, Fernspr.: Amt Nordplatz, 4787. Fernspr.: Amt Norden, 6708.

Donnerstag, den 15. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Sektionsversammlung der Lackierer

in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Wir ermahnen, daß die Kollegen vollständig erscheinen. 127/3


Die Sektionsleitung.

Ohne jede Anzahlung

verkaufte
ich
Pianos
erstklassige Fabrikat
(Smal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preiszuschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürststr. Tel. Charl. 10110.
Auch Sonntags geöffnet.

Achtung!

Wenn Sie eine Garantie dafür haben wollen, daß Sie stets die bekannten und bewährten Fabrikate **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzenbutter-Margarine) erhalten, dann achten Sie in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf genau auf die Marken **Palmin** und **Palmona** und lassen Sie sich unter keinen Umständen zweifelhaftes Nachahmungen aufdrängen. Dann gehen Sie ganz sicher!



S. Schlinck & Cie.
Aktiengesellschaft

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Möbel

liefert auf Teilzahlung
bequemste Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht auf Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Malchower Kautabake

Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
Kst. 3881, Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Gahlich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchdammstr. 14.
O. A. Gahlich, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82. N. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Juch, Zimmereisenstr. 12. A. Neul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Köpenicker Str. 67. P. Trapp, Steintor Str. 10.
Karl Wars, Gieselerstr. 27. J. Gahlich, Kagerstr. 49.
S. Vogel, Köpenicker Str. 87. A. Tien, Invalidenstr. 124.
2. Zehaus, Kuchelstr. 24.
NW. Karl Hübner, Salzweidestr. 8. Wawerenz, Gohlfeldstr. 29.
SW. S. Werner, Oranienstr. 72. Tachn, Gabelberger Str. 27.
S. E. Preis, Weinstr. 31. F. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lützner Platz 14/15. P. Gohlich, Engelstr. 18.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hofmannstr. 9.
Baumschulenweg. S. Parnis, Marienburger Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Strack, Käußerstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seidenstr. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedenstr. 10.
Johannisthal. Pielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Ritter, Köpenicker Str. 9, II.
Köpenick. Emil Wichter, Köpenicker Str. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Barckenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gebr. Brüder Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Jande, Friedenstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmminnenhoffstr. 17 II.
Pankow. Otto Rihmann, Köpenicker Str. 30.
Reinickendorf. S. Gurich, Pionierstr. 56, Laden.
Rixdorf. M. Detrich, Rednitzstr. 2. Courad, Hermannstr. 50.
G. Weber, Siegfriedstr. 23/29.
Rummelsburg. A. Orientant, Alt-Borsigweg 50.
Schöneberg. Wilhelm Baumier, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitenstr. 64.
Steglitz. S. Berner, Köpenicker Str. 5.
Tempelhof. Franz, Berliner Str. 76, Laden.
Tropfow. Robert Gramann, Köpenicker Str. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Zehausstr. 108. Schiller, König-Charlotten-Str. 33a.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hof parterre

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: (3. R. B. = zur Reichstagswahl.) Am: 2. R. B. Wilmerdorf 80,—; Kaulsdorf 10,—; 3. Berlin, gesammelt von den Bäckern der Konsumgenossenschaft Berlin, 3. u. 4. Rate zur R. B. 35,—; 4. Berlin, Schmiede 2. R. B. 500,—; von d. Kollegen d. A. B. A. G. Benzinverkauf Jannstr. 31, 7. Rate 2. R. B. 12,20; Meercane, 17. fächl. Wählr. II. Lu. 316,46; Köln, Reg. B. 20,—; Ladue Alberta Canada, Rob. Dietrich 2. R. B. 12,54; 5. Berlin, v. d. org. Handelskard. d. Firma Lande, 2. Rate 2. R. B. 5,—; Union d. Fleischmacher i. Zumeit (Belgien) 2. R. B. 20,85; Halensee-Grünwald, Heberich 2. d. Weihnachtsfeier d. Rauhll. Edles Kraut 2. R. B. 4,05; Breslau-Dt und West pro II. Lu. 1795,20; Berlin, Kollegen der Firma Böttcher, Stallschreiberstr. 59 5,—; 2. B. Kurstraße 2,50; E. R. von zwei Genossinnen 2. R. B. 30,—; 6. Berlin, vom Personal der Buchdruckerei „Vorwärts“ 2. R. B. 30,—; 8. Berlin, A. D. 2. R. B. 3,—; 9. R. Kurfürstendamm 2. R. B. 1000,—; Ueberich, d. Kranzammlung der Handwerker, Maschinisten, Heizer u. Hilfsarbeiter d. Schulz-Bräuerer, Abt. II 21,40; Paris, deutsch-sozial. Zefellus 2. R. B. 125,—; 9. Mülhausen i. E., II. Lu. 203,28; Köln f. Binnenschiffer 102,80; Berlin, Ueberich, v. d. Landpartie d. Firma Better, Buchbinderer, Wälowstr., 2. R. B. 3,—; 10. Berlin, Falzerei d. Berl. Morgenpost 30,20; von d. Ortsbeamten d. Filiale III 15,—; Gesamtpersonal d. Firma J. Sittenfeld u. Heymanns Verlag, 1. Rate 2. R. B. 69,85; v. d. Bäckern der Konsumgenossenschaft Berl. u. Umg. 5., 6., 7. Rate 2. R. B. 52,50; Essen, II. Lu. 1079,91; B. Genossen u. Genossinnen i. Livingston, Illinois, Madison, Conn., Nord-Amerika, 2. R. B. 23,—; Falkenberg, D. S., A. 2. 3,20; Nordsee, R. B. 5,—; Kopenhagen, deutscher Arb.-Verein „Vorwärts“ 60,—; 11. 18. hannov. Wählr. I. Halbjahr 11/12, 984,87; Berlin, Koll. d. Benzinverkauf A. B. A. G. Jannstr. 31, 8. Rate 2. R. B. 14,—; Personal d. Firma Läderig u. Bauer, Großbuchbind., 2. R. B. 70,05; Bauarbeiter Heberich 2. R. B. 100,—; von d. Rotationsarbeitern d. „Berl. Tagebl.“ 2. R. B. 10,—; 12. Charlottenburg, Barbier- u. Friseurgeh. 2. R. B. 10,15; Berlin, G. Sch. 2,—; 13. Berlin, „Kunstmal.“ 4,00; 15. Fr. 2. R. B. 300,—; Berlin, Ueberich, v. Neujahrskarten, Willig Nachf., 2,80; Berlin, Dr. G. 2. R. B. 60,—; aus d. Bierklasse d. Arb. d. Firma Wille 15,05; als Beitrag d. Vorkaufers Pl. u. A. u. d. Wälowstr. d. 24. Bez. Rummelsburg 4,50; Firenze Th. v. B. 2. R. B. 20,—; 16. Jaffy R. B. 3,20; Berlin, gesammelt v. d. Koll. d. Firma Mogowski, Müllerstr. 40,—; 2. R. B. 2100,—; d. Gesamtpersonal d. Firma Sittenfeld u. Heymanns Verlag, zweite Rate 2. R. B. 71,20; 17. Weste-Schlachtenze 2. R. B. 100,—; Berlin v. Wälowstr. d. Firma Kaupke u. Dröge d. Stein 2. R. B. 5,—; Friedberg-Wädingen II. Lu. 389,30; Steffin f. Binnenschiffer 51,38; Turin, intern. Zefell. 2. R. B. 23,78; Deutscher Arb.-Verein Präfekt. 1. Rate 2. R. B. 150,—; Deutscher sozial. Zefell. Paris 2. Rate 2. R. B. 101,29; Berlin, „Immer konsequent“ 3,—; 20. 2. Abend. Wählr. II. Lu. 679,30; 2. hannov. Wählr. II. Lu. 68,25; Berlin, Wilhelm 300,—; Rotterdam, org. Wälowstr. 2. R. B. 93,58; Gruppe deutsch. Sozial. Toluca Perito 115,01; 22. Tecklenb.-Steinfurt, I. Lu. 21,46; G. P. i. R. Döhr., 2. R. B. 20,—; Berlin, Vereinig. d. Berl. Handwerker, 2. R. B. 10,—; Kranz-überich, bei d. Firma Demitt u. Herz, Abt. Montage 2. Jugendtag, d. Woader 1,45; 23. J. A. Steinstr. 1,—; Nordsee, II. Lu. 122,56; Stegen-Wittgenstein I. Lu. 30,85; Berlin, D. R. d. Knechtel 2,—; 24. Berlin, v. d. Gesamtpersonal d. Fa. Sittenfeld u. Heymanns Verlag, 3. Rate 2. R. B. 69,45; v. Wälowstr., Silberfeier bei Stahlberg 2,05; Kontobucharb. v. Wedding 10,—; 2. Kfz.-Koll. Wählr. pr. I. Lu. 110,49; Berlin, Singer u. Co. (Zeitung) 100,—; 25. Crefeld, II. Lu. 283,99; Reddinghausen, Vorken II. Lu. 605,—; Bremen „v. einer Wette“ 10,—; Deming-Argentinien 5,—; 26. Berlin, „Vörienwette“ 5,—; Dr. L. A. 100,—; 27. Berlin, Hinge, Fabrik Mariendorf, Abt. Buchbinder, 3. Rate 2. R. B. 5,10; Zieburg-Wädingen I. u. II. Lu. 140,15; Magdeburg II. Lu. 1482,63; Colmar 3. ein-Loth. Kr., II. Lu. 53,54; Altona f. Binnenschiffer 10,50; Berlin R. B. 20,—; 29. Kachen Stadt II. Lu. 107,—; Bern 2. 50; Berlin R. Döhr. —50; F. G. Wälowstr. 2. R. B. 5,—; von Fr. 20,—; von den Kutschern des Führers Sagert, Gerichtstr. 11,50; St. Wahlwette 10,—; J. R. 2,—; Anabe 3,—; Herremahlsmeider von G. Gertion 20,—; Heddingen-Hohenzollern II. Lu. 7,20; 31. Berlin, gesammelt v. d. Gesamtpersonal der Firma Sittenfeld u. Heymanns Verlag 62,80; Galbe-Richterleben II. Lu. 781,35; Holzmann-Gandorstein II. Lu. 156,06; Chemnitz, 16. fächl. Wählr. a. Conto 6000,—; Berlin, eiliche Diener der Firma Cordts 2,05; A. 2. Gipsstr. 3,60; D. Wille 2. R. B. 1,—; 3. Schula 2. R. B. 50 Pf.; v. Katz 2. R. B. 6,—; Nordliche Wälowstr. 30 000,—; Hagenau-Weidenburg II. Lu. 13,85; Weste-Schlachtenze 2. R. B. 10,—; Berlin, Zie u. Döhrerstr. Joh. Jacoby 5,—; Wälowstr. d. H. Dr. 2,50; Gallo, 7. Wälowstr. Wählr. I. Lu. 130,92; Berlin, A. B. 50,—; Berlin, W. B. 4,—; Groß-Berlin a. Konto seiner 8 Wählr. 10 000,—; darunter: v. den Tischlern Seymann u. Sohn 10,—, Max Held 20,—, Herzberg, 8. Abt. Wälowstr. 20,—, Zabigh, 4. Abt. 2. R. B. 25,—, Silberfeier v. Kaulsch, Wälowstr. 7,—, Fr. J. R. 10,—, v. d. Hilfsarbeitern d. „Deutschen Tageszeitung“ 1.—10. Rate auf Sammel- listen 100,—, v. d. Reichsmitgliedern d. „Deutschen Tageszeitung“ 1.—4. Rate auf Sammellisten 27,95, v. d. Kreuzbergern 2. R. B. 100,—, Ueberich einer Kranzpende Gebhardt Wälowstr. Str. 88 2,—, D. S. 2. R. B. 5,—, v. d. Arb. d. Fa. Wälowstr., Andreastraße 109,—, Arb. d. Fa. Wolmar u. Hante 3,70, 2. Wälowstr. 2,60, Fr. Berliner Postk. Verein 5,—, Arb. d. Wälowstr. Fabrik Bauer 8,—, Bezirk 410 II 4,—, Bezirk 97 III, Sechserklasse 5,—, Wälowstr. d. Fa. Fabrisch 3,—, Kollegen d. Fa. Jol. Klein, Waldemarstr. 44 5,—, J. A. II. B. d. S. u. v. G. D., Wälowstr. H. II 50,—, Wälowstr. Bergmann 50,—, v. Fr. H. Regellus „Träne“ 2. R. B. 10,—, 2. R. B. durch G. Hinge u. Kirke 6,50, Sängerkor. „Wedding“, Ueberich vom Vahstagkonzert 150,—, Felix Albert 10,—, Ungenannt bei der Wälowstr. Ausstellung 2,—, Vergnügungsverein „Schundbrunnen“, Knader 6,—, Wilhelm Wiesheit 100,—, Zaak, Bezirk 889 15,—, Ueberich der Silberhochzeit 6,30, Weiffig 1,—, Aus durch Karte 10,—, 2. R. B. v. Gen. Thomas 10,—, Bezirk 719b 6,30, 2. R. B. v. einem Ingenieur 5,—, Stoffl. „Einigkeit“ 5,42, Referat Silberstein 6,—, Ankläger d. Fa. Wiele 15,—, A. B. Wälowstr. 1,—, Amerikan. Auktion bei Riendorf 4,30, Bezirk 547 durch Krupper 5,—, Ueberich der Heiratsang. v. d. Fleischh. b. Papenhof, Abt. II 2,20, aus d. Vergnügungs- d. Bez. 11 d. Kranken- und Sterbeliste der Wälowstr. 20,—, Arbeiter d. Fa. Wälowstr. u. Co. 30,85, Lotterieverein „Hoffnung“ 6,—, Sparverein „Einigkeit“ 6,—, Schostag, Mariannenstr. 41 10,—, Wälowstr. 20,—, Arb. d. Fa. Ludwig Ely u. Co. 5. Rate 25,—, Wälowstr. im „Vorwärts“ 15,—, Wälowstr. f. d. 20,—, Wälowstr. f. d. 10,—, P. R. R. 2,—, von d. Wälowstr. d. Konsumgenossensch. 8,—, Hausdiener der Firma Weel u. Gloppeburg, 3. Rate 20,—, R. Sch. durch Drapp 10,—, Wälowstr. Geisler, Döhrerstr. 33 15,—, Wälowstr. der Firma Wertheim 15,—, A. D. 5,—, G. A. G. 2. R. B. 300,—, Falzerei R. Wälowstr. 30,—, Sparverein „Harmonie“ 10,—, P. B. 14/15, 1. u. 2. Quartal 6,—, Wälowstr. f. d. Stichwahl 10,—, Drewe, Kinkel und Bieberstein 40,—, Seger u. Druder d. Buchdrucker u. Co. 2. Rate 39,—, Zeitungs- u. Maschinen- seher d. Buchdruckerei Hlstein u. Co. 180,—, Stadtfabrik W. Roa 8,—, Kollegen der Firma Weinert, Rostauer Straße 24 23,30, Wälowstr. 2,—, Gesammelt bei Gastwirt Kaszubowski, Stralauer Straße 42/43 1,50, Arbeiter der Luenefabrik B. Fied. Wälowstr. Str. 41 10,—, Eingezahlt vom Gastwirt in der Reichel- straße durch Wunderlich, Reichelstr. 41 15,—, Silberfeier Hüttig- Pulow 3,30, Gutenberg 36,30, Berliner Wälowstr., 2. Rate 400,—, Personal der Buchdruckerei G. S. Germain 117,35, Sechserklasse der

Fa. F. Weder, Alie Jakobstr. 8 16,50, Briefmarken —50, B. der Expedition Langfischer Platz d. Berlin 5,70, Aus der Groschenkasse der A. E. G., Kollegen R. B. D., Abteilung Rohr-Walzwert 10,—, Wälowstr. Hanschül 13,65, Berlin, den 13. Februar 1912.

Gerichts-Zeitung.

„Salts Maul, grüner Lämmel!“ Der Jugendauschuh hatte am 15. Juli eine Ver- sammlung für Jugendliche einberufen. Dort sollte Schrift- steller Hörnle einen Vortrag über den Dichter Schaubart halten. Aber die Polizei, die ja die proletarische Jugend- aufklärung mit ganz besonderem Eifer verfolgt, ließ es nicht dazu kommen. Ehe noch die Versammlung eröffnet war, er- schien Polizeileutnant Marsch mit einem zweiten Beamten. Ohne sich über Art und Zweck der Versammlung informiert zu haben, erklärte der Polizeileutnant dieselbe für auf- gelöst. Daß diese Auflösung eine durchaus rechts- widrige war, hat selbst der Polizeipräsident in Ver- antwortung einer Beschwerde gegen den Leutnant Marsch an- erkannt. Nachdem der Beamte die Auflösung ausgesprochen hatte, ordnete er an, daß sämtliche Anwesende, der Referent und 20 bis 30 Jugendliche, draußen antreten sollten. Dann wurden sie im geschlossenen Zuge nach der Wälowstr. am Arnswalder Platz geführt, wo Feststellungen und Vernehmungen vorgenommen wurden. Polizeileutnant Marsch vernahm in einem besonderen Zimmer einen der jungen Männer Namens Benede. Währenddessen vernahm die im Nebenraum stehenden Eizierten, daß Polizeileutnant Marsch mit lauter Stimme rief: „Salts Maul, frecher Lämmel!“ Nach Benedes Angabe hat der Leutnant noch hinzugefügt: „Euch werden wir schon zeigen, daß es mit Eurem Zukunftsstaat noch lange nicht so weit ist.“ Beschwerden gegen derartige Ausschreitungen von Polizei- beamten haben wie Erfahrung lehrt, fast nie einen Erfolg, der geeignet wäre, die auf Polizeiwachen sehr oft gebrauchten Umgangformen zu bessern. Deshalb ist in diesem Falle ein anderer Weg betreten worden. Benede hat, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, den Polizeileutnant Marsch wegen Verleumdung verklagt. Gestern wurde die Klage vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt. Das Gericht hatte den an- geklagten Polizeileutnant vom persönlichen Erscheinen ent- bunden. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Daniel, sagte, Polizeileutnant Marsch gebe zu, gesagt zu haben: „Salt den Mund, Bengel“, möglicherweise habe er auch „Lämmel“ gesagt. Der Leutnant sei zu dieser Aeußerung gereizt worden, weil sich Benede geweigert habe, seine Papiere vorzulegen. Auf diese Weigerung möge der Leutnant vielleicht geantwortet haben: „Vorläufig haben wir noch das Recht, Papiere von Euch zu verlangen, in Eurem Zukunftsstaat mag es ja anders sein.“ Daß der Leutnant die Worte: „Salt's Maul, frecher Lämmel“ oder „grüner Lämmel“ gebraucht hat, wurde von drei Zeugen bestätigt. Daß er aber durch die Weigerung, Papiere vorzulegen, gereizt worden sein soll, wird als aus- geschlossen bezeichnet, da ein Beamter dem jungen Benede die Papiere schon aus der Tasche genommen hatte. Sehr erregt war der Leutnant allerdings, denn Wälowstr. Jede be- kundete, daß der Leutnant unmittelbar nach dem Vorfall er- regt zu ihm sagte: „Solche dummen Bengels wollen nicht die Papiere rausgeben.“ Uebrigens hat Polizeileutnant Marsch Widerklage erhoben, weil ihm der Kläger auf die Aufforderung, die Papiere vorzulegen, geantwortet haben soll: „Sie haben kein Recht, Papiere zu verlangen.“ Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte, den An- geklagten wegen Verleumdung zu verurteilen und die Strafe so zu bemessen, daß sie dem Polizeileutnant, von dem man doch ein gesitteteres Benehmen erwarten müsse wie von Unterbeamten, auch als Strafe erscheine. Rechtsanwalt Daniel wollte seinen Klienten mit Rücksicht auf dessen Erregung freigesprochen wissen. Das Gericht erkannte wegen der Widerklage gegen Benede auf Freisprechung, weil die Aeuße- rung: „Sie haben kein Recht, Papiere zu verlangen,“ in Wahrnehmung berechtigter Interessen gebraucht, also nicht als Verleumdung anzusehen ist. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Polizeileutnant Marsch dem Kläger die Worte zugerufen hat: „Salts Maul, Bengel“, oder „Lämmel“. Seine Erregung wurde dem Angeklagten als Widerlungsgrund angerechnet und er zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt. Offenlich verfehlt diese immerhin milde Strafe ihre er- zieherische Wirkung nicht. Polizeiverordnung und Fleischbeschaugesetz. Eine Verordnung des Regierungspräsidenten zu Frankfurt an der Oder vom 8. Mai 1911, welche das Halten von Schweinen auf Abdeckerien verbietet, erklärte am Montag das Kammer- gericht für ungültig, indem es ausführte: Es handele sich bei der Verordnung um die Bekämpfung der Uebertragung von Krankheits- erregern von Schweinen, die durch Watten infiziert wurden, auf Menschen. Das Fleischbeschaugesetz widerspreche aber der Gültig- keit einer solchen Verordnung. Was der Gesetzgeber für notwendig halte, um die Uebertragung von Krankheiten vom Vieh auf Menschen zu verhindern, habe das genannte Gesetz ausdrücklich geregelt. Eine Erweiterung dieser Regelung durch Polizeiverord- nung sei unzulässig. Daraus ergäbe sich die Ungültigkeit der Ver- ordnung, so daß der Abdeckermeister Herzer, den die Strafkammer in Landsberg wegen Uebertretung der Verordnung verurteilt hatte, freigesprochen werden müsse. — Zu bemerken sei aber, so führte das Kammergericht weiter aus, daß vom 1. April ab der Rechts- zustand ein anderer sein werde. In Verbindung mit dem neuen Reichs-Viehbeschaugesetz habe die dazu ergangene neue Bundesrats- verordnung reichsrechtlich das Halten von Schweinen auf Ab- deckerien untersagt.

Gewerkschaftsversammlung und Reichsvereinsgesetz. Der Vorsitzende des Zweigvereins Riechne des Deutschen Bau- arbeiterverbandes Schulz war wegen Uebertretung des § 5 des Reichsvereinsgesetzes angeklagt worden, weil er eine öffentliche Ver- sammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten ohne die poli- zeiliche Anmeldung oder die Besetzung öffentlicher Anzeigebor- den veranstaltet habe. Zugleich sollte er die Besetzung des Ober- prääsidenten der Provinz Posen über die äußere Heiligkeit öffentlicher Versammlungen vor Beendigung des vorläufigen Hauptgottesdienstes nicht stattfinden dürfen. Es handelte sich um eine von 15 — fünfzehn — Mitgliedern besuchte Versammlung des Zweigvereins, die am Vormittag des 23. Juli, einem Sonntag, auf Veranlassung des Bauvorsichters stattfand und wo der Bau- vorsichter über Angelegenheiten der Organisation sprach und die sämtlichen Mitglieder ermählte, die rüchständigen Beiträge zu zahlen. Die Strafkammer in Schneidemühl sprach den Angeklagten frei. Sie nahm zwar an, daß es sich um eine Erörterung poli- tischer Angelegenheiten handelte. Und zwar kam sie auf dem Wege folgender sonderbaren Debatte zu dieser Annahme: Der Bau- arbeiterverband, dessen Statut auch für den Zweigverein gelte, sei ein politischer Verein, weil er eine Einflusnahme auf die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung erstrebe. Wenn nun der Bauvorsichter über Organisationsangelegenheiten des Verbandes spreche, dann erörtere er damit politische Angelegenheiten, da die Kräftigung der Organisation jenem allgemeinen politischen Zweck des Verbandes förderlich sei. — Dann aber kam das Landgericht zur Ausführung, daß es sich hier nicht um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe, da der Zweigverein des Bauar- beiterverbandes nur ein kleiner Verein sei und nur 15 Mitglieder an der Versammlung teilgenommen hätten. Der Begriff von den zu großen und losen Vereinen, deren Veranstaltungen öffentliche wären, könne auf diese kleine geschlossene Versammlung nicht An- wendung finden. Sie sei daher nicht als öffentliche anzusehen, woraus die Freisprechung folge. Das Kammergericht verwurft dieser Tage die von der Staats- anwaltschaft eingelegte Revision mit folgender Begründung: Es sei dem Oberstaatsanwalt darin beizutreten, daß eine politische Versammlung wohl kaum vorgelegen habe. Das könne aber da- hingestellt bleiben, da nur die Staatsanwaltschaft Revision ein- gelegt habe, weil das Landgericht den Begriff der Öffentlichkeit verkannt habe. Hier handele es sich um die Versammlung eines Vereins, und zwar einer Verbandsfiliale, eines Zweigvereins. All- gemein sei anzuerkennen, daß Vereinsversammlungen noch dem Reichsvereinsgesetz nicht als öffentliche anzusehen seien. Daraus folge aber noch nicht, daß alle Versammlungen, die sich so be- zeichnen, als geschlossene Versammlungen anzusehen seien. Das sei im einzelnen Falle Tatfrage. Wie das Landgericht schon an- führte, habe das Reichsgericht die sogenannten zu großen und zu- gleich zu losen Vereine als keine geschlossenen angesehen und ihren Veranstaltungen, auch wenn sie sich nur auf Mitglieder er- strekten, den Charakter der Geschlossenheit abgesprochen. Dem möge nun sein, wie da wolle; vorliegend könne nach den tatsäch- lichen Feststellungen von einer öffentlichen Versammlung nicht die Rede sein. Es habe sich lediglich um eine Mitgliederversammlung des kleinen Zweigvereins Riechne gehandelt und nur 15 Mitglieder seien anwesend gewesen. Wenn das Landgericht mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse in dieser nur von Mitgliedern, und zwar nur von 15 Mitgliedern, besuchten Versammlung dieses kleinen Zweigvereins keine öffentliche Versammlung sehe, dann liege darin kein Rechtsirrtum. Mit Recht sei Angeklagter freigesprochen worden. Inspektorkrügel. Wegen gefährlicher Körperverletzung war der Gutsinspektor Karl Kersten aus Sterbenin, Kreis Lausenburg, angeklagt. Er war am 14. November v. J. mit einem Gutsarbeiter in einen Wort- wechsel geraten und als dieser sich wegen einer Beschuldigung mütlich verteidigte, schlug ihn der Inspektor kurzerhand mit dem Inspektorknüppel auf den Kopf, so daß er zu Boden fiel. Als nun der Arbeiter aufstand und Miene machte sich zu verteidigen, warf der Inspektor ihn zu Boden, triete auf seiner Brust, würgte den Arbeiter und bearbeitete ihn mit den Knien und den Fäusten. Dann sprang der Inspektor auf, ergriff eine Kartoffelgabel und schlug auf den am Boden liegenden Arbeiter ein, so daß der zwei Finger starke Stiel zerbrach. Für diese rüde Handlungsweise hatte das Schöffengericht in Lausenburg nur auf 200 Mark Geld- strafe erkannt. Gegen das milde Urteil legte der Inspektor gar noch Be- rufung ein. In der Berufungsverhandlung versuchte er darzu- legen, daß er sich in Notwehr befunden habe. Die Beweisauf- nahme ergab das Gegenteil; der geschlagene Arbeiter ist ein ruhiger, besonnener Mann, der dem Inspektor nicht die geringste Ursache zu seiner brutalen Handlungsweise gegeben hatte. Die Berufung wurde verworfen. Marktbericht von Berlin am 12. Februar 1912, nach Ermittlung des k. k. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise (Weinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Rothen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 36,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—7,00. 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,40. Hälte 1,20—3,00. Hander 1,60—3,60. Gähle 1,20—2,60. Borsche 1,00—2,00. Schote 1,60—3,20. Rote 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00. Witterungsbericht vom 13. Februar 1912. Stationen Barometer- stand mm Wind- richtung Windstärke Wetter Temp. in °C 0 bis 6 Uhr in °C Stationen Barometer- stand mm Wind- richtung Windstärke Wetter Temp. in °C 0 bis 6 Uhr in °C Swinemünde 762,0 RD 2bedekt 0 Saporanda 760,0 R 2halb bd —30 Hamburg 761,0 SD 3Regen 2 Petersburg 768,0 RD 1bedekt —16 Berlin 762,0 2bedekt 1 Sibirij 756,0 RB 4wollig 7 Frankfurt a. M. 760,0 RH 1bedekt 1 Aberdeen 759,0 D 3bedekt 5 Wälowstr. 764,5 2halb bd. —1 Paris 757,0 SB 3bedekt 6 Wien 762,0 3heiter 5 Wetterprognose für Mittwoch, den 14. Februar 1912. Ein wenig kälter, zeitweise anflarend, vorwiegend neblig oder wollig, bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau. Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau. Wasserstand am seit Wasserstand am seit Remel, Mühl 128,9 —3 Saale, Großh. 128,9 +10 Bregel, Jüterburg —6,9 —5 Havel, Spandau 7 128,9 +10 Bregel, Thorn —4 Rathenow 100,0 +2 Oder, Ratibor 323 +3 Spree, Spremberg 72 +3 Krosen 115,9 —1 Seelow 45,9 —6 Frankfurt 116,0 0 Beyer, Wälowstr. 900 +29 Barthe, Schrimm 24,4 +6 Rhein, Ramin 264,4 —14 Rheine, Raminilansau 37,8 +22 Rade, Borham 46,9 +3 Raab 169 +11 Rade, Zeitzmer 63 +1 Rade, Rade 21,4 +10 Dresden —110,9 —5 Rade, Zeitzmer 120 +20 Rade, Zeitzmer 160,9 +10 Rade, Zeitzmer 140 +8 Rade, Zeitzmer 136,9 —7 Rade, Zeitzmer 161 —2 + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Gestand. *) Höchst.

**SÄNGER:
REDNER:
RAUCHER:**

WYBERT-TABLETTEN

schützen Sie vor:
**HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH**

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 13. Februar 1912.
Anfang 8 Uhr.
Sirkus Sarrasani. Große Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Torquato Tasso.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubensprache 48/49.
Vorher zum Dritten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Jar und Zimmermann.
Deutsches. Hamlet.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Sirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Sarrasani. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubensprache 48/49.
Prof. Bend: Übungen und Sentenzen der Kisten.
Kgl. Opernhaus. Der große König.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerpiele. Eine glückliche Ehe.
Befähigung. Das weiße Land.
Neues Schauspielhaus. Fiat Justitia!
Residenz. Alles für die Firma.
Kurfürstentor. Der Schmutz der Mahanna.
Komische Oper. Der Freischütz.
Deutsches. Wiener Blut.
Kammerspielhaus. Die Damen des Regiments.
Kleines. Lottis Geburtstag.
Geny und Janny Elster. Hedenjob.
Berliner. Große Rollen.
Neues Opernhaus. Eva.
Schiller O. Der Probenfall.
Schiller-Charlottenburg. Gräfin Lea.
Friedr. Will. Schauspielhaus. Mi-Deibelberg.
Zulken. Der Verschwendter.
Rosa. Der Spielteufel.
Königsgraben Straße. Die fünf Franzosen.
Weizmann. Die Nacht von Berlin.
Urania. Das kleine Café.
Zulken. Polnische Wirtschaft.
Kasino. Der Kampf ums Dasein.
Urania. Spezialitäten.
Herrfeld. Die man Männer bessert.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Wandelblatts Volkstheater. Loßgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Voigt. Hotel Klingebusch.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Nathan der Weise.
Belle-Alliance. Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Probenfall.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probenfall.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Gräfin Lea.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Probenfall.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der tolle Bauer.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Walzer.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Wintertraum.
Belle-Alliance-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
„Napoleon Bonaparte und seine Frauen“. Sensations-Ausstattungsstück v. H. G. Billa. Musik v. Eulhoff.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.
Theater in der Königsgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwan in 3 Akten von W. Hennequin u. G. Richey. In Szene gesetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet von E. Sollenberger.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.
Luise Theater.
Mittwoch: Der Verschwendter.
Donnerstag: Sommerputz.
Freitag: Der Verschwendter.
Sonntags nachm. 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von W. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Apollo Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg des neuen komisch. Programms
8 für Berlin neue Debüt
mit dem Tagesgespräch von Berlin:
Paul Beckers
Grottest. Komiker.
Herrfeld Theater.
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Urania-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Passage-Theater.
Schneider-Duncker
Carl and Lotty
die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schländerbrett-Akrob.
und d. Febr.-Glanzprogr.
14 erstkl. Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen
in ihren religiösen
Martyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 89 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert u. Zillerthaler und Tegernseer
Sänger, Plattler u. Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute Mittwoch: **Elite-Tag.**
Gratisverteilg. von 200 Wertgegenständen.
Größter Sock-Jubel u. Trubel. Auf der Alm.
Die berühmtesten Festwirte
Ehrengraber und Weinzierl.
4 Kapellen. 100 Oberbayern.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Heute Mittwoch, den 14. Februar 1912:
Elite-Tag
Bockbierfest in den bayer. Alpen.
Morgen Donnerstag, den 15. Februar 1912:
Damen-Prämierung. Das kleinste Ohr!
Prämiiert wird:
3 bare Geldpreise 50,-, 30,-, 20,- Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
30 bayrische Madl. 5 Kapellen.

Walhalla-Theater
Am Rosenthaler Tor. Direktion: James Klein. Weinbergsweg 18.
Premiere: 16. Februar 1912
abends 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte
Großes soziales Volks-Ausstattungsstück mit Gesang und Ballett in fünf Akten von Max Reichardt. In Szene gesetzt vom Direktor James Klein.
1. Akt: Die Geheimnisse im Privatkontoir. 2. Akt: Die Massenprotestversammlung. 3. Akt: Im Ballsaal. Am Rande des Abgrundes. 4. Akt: Arbeit nieder! 5. Akt: Ein Gottesgericht.
Die Kasse ist von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends ununterbrochen geöffnet.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Von Meran zum Ortler.
8 Uhr:
Prof. Penck: **Hebungen und Senkungen der Küsten.**
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62, (7 1/2-10 Uhr)
Saturn, Orionnebel usw.
Casino-Theater
Loßgraber Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Stück! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der seltsame Polkischöth.

Theater des Weddings
Müllerstr. 182/83
Ecke Solierstr., am Weddingplatz.
Damen-BOX
Kampf.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Konstant - Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
Der norwegische Meister **Harry Paulsen**
sowie d. prächt. Eisballtanz **Alpenzauber.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Rang.

Zirkus A. Schumann
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung mit reichhaltigem Programm u. a): Auftreten von Dir. A. Schumann. — Gebr. Webb. — Frä. Dora Schumann u. sämtliche Attraktionen. — Das neueste, größte, nicht zu übertreffende Ausstattungsstück
Das Motorpferd
in 5 Akten.
1. Akt: Im Bari. Schlächterladen. 2. Akt: Leben und Treiben vor einem Warenhaus. Aufsicht d. Regimentsmusik. 3. Akt: Im Innern des Warenhauses. 4. Akt: Auf d. Trabrennbahn in Weißensee.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Burlatte u. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Loßgelassen.
Waffenübung.
Wandelblatts Volkstheater.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Mittwoch, 14. Februar:
3 Uhr 2 7 1/2 Uhr
Elite-Vorstellungen.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Galerie: III. Platz: 40 Pf. 70 Pf.
II. Platz: I. Platz 2 M.
I. 20 M. Parkett 3 M.
Logen 4 M.

Voigt-Theater.
Gefundbrunnen Dobstraße 69.
Denk. Mittwoch, den 14. Februar:
Hotel Klingebusch.
Original-Vollstück mit Gesang in 5 Bildern von Anselm u. Jacobson.
Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.
Freitag, 16. Febr.: **Denk F. Rühle:**
Das Geheimnis eines Königshauses.

Zirkus Busch
Mittwoch, den 14. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.
Fortsetzung der japanischen Sportspiele. **Jiu-Jitsu** und Ringkämpfe.
Um den Unterschied der japanischen Kampfmethoden zu zeigen, werden vor den japanischen von jetzt ab auch griechisch-römische Ringkämpfe ausgeführt werden! (Die jeweiligen Namen der Ringer im Programm.)
Um 9 1/2 Uhr: **Die Hexe.**
Gr. Volks-Manege-Schauspiel.

Union-Theater
Heute
das neue, außergewöhnliche Programm.
Alexanderplatz
Unt. den Linden
Helfer der Menschheit.
Schauspiel aus dem Leben eines Arztes.
Ihr Ehemänner.
Eine Geschichte aus der Jägerstraße.
Kurz vor Redaktionsschluss.
Amerikanisches Sensationsdrama.
Moritzplatz
Hasenheide
Ein Held im Unterseeboot.
Realistische Schilderung aus der amerikanischen Marine.
Die Tierhändigerin.
Pariser Original-Schauspiel.
Wedding
Asta-Nielsen-Zyklus
Täglich wechselnder Spielplan.
Außerdem ein vollständig neues, überaus reichhaltiges Repertoire.
Königstadt-Kasino.
Ede Polzmann u. Kleganderstraße
Täglich Varietés und Theater.
Don 1.-16. Februar
Aufführungsprogramm.
In jeder Vorstellung:
Ein dunkler Punkt.
Burlatte mit Gesang in 3 Bildern.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Humor-Quartett
Am III. Berliner No. 5550
Gg. Treuer Kastanienallee 60

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk Berlin O. Reibelf. 4

Arbeiter-Bekleidung F. Falk

J. Kastner Roter Laden, Schönab., Hauptstr. 148

Bäckereien, Konditor. Blottner's Großbäckerei

Adlershofer-Bäckerei, M. Eggert Max Backer, Hammerstr. 96

Brot-Fabrik „Vorwärts“ Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik R. Zimmer, Seidenstr. 25

Engel's Landbrot Hermann Adolph, Köpenick

W. Engel Wollweber, Pariserstr. 4

Fischer, Götterstr. 55

Max Giese, Neulandstr. 46

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte

Herberg, Paul, Amsterd.-Str. 29

Asper, Kassel, Fankstr. 46

K. Klerkowski, Wichertstr. 8

Landbrot-Großbäckerei O. Seuf, Nchf. Krug, Waldstr. 4

Hermann Lebelt, Husitenstr. 36

Lichtenberger Brotfabrik str. 24

Conrad Richter Brotfabrik Nied.-Schönhauens

Otto Szilant & Schütt, G. Berlin O. N.O.

P. Springer Wellenseen

C. Vogt, Wellenseen

Heinrich Wittler Trappenberg, Schwarzbrot & Simons

Badenanstalten

Bad Bürger-Bad Canitz-Rixdorf

Central-Bad

Erstes Lothannin-Bad

Bad Frankfurt, Gr. Frikf. Str. 134

Kur-Anstalt „Loser“

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Out-Bad, Pallasenstr. 76. Kuranstalt M. Schulz

Passage-Bad Reform-Bad, Wiener Str. 65

Römer-Bad Silesia-Bad

Viktoria-Bad Friedrich-Wilhelmsbad

Bade-Einrichtungen

Bandagen, Summiw. R. Hauke, Stralauer Str. 56

Wende, A., Seydelstraße 15

Reiche, A., Seydelstraße 15

Zaremba Drog.-hyg. Artikel

Beerdig.-Anst. Sargm. A. Bühl, Zorndorfer Str. 22

H. Fischer Rixdorf

Max Fuchs Frankfurter-Allee 170

W. Engel Wollweber, Pariserstr. 4

Max Hausknecht, Köpenick

Bierbrauereien, Bierh. W. Adelong & A. Hoffmann

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier

Groterjans Malzbier, Schick-Allee 120

C. Habels Brauerei

F. W. Hiltsebein A.-G.

Goldbier

Münchener Brauhaus Berlin

Roland Schade

Victoria-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt

Blumen- und Kränze

Oskar Albertus, Mollerstr. 41

Kur-Anstalt „Loser“

Bezugsquellen-Verzeichnis.

S. Grossmann, Ludwigerstr. 24. Otto Hinz, Graunstr. 8

C. Laurent Brunnenstr. 62

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann

Oskar Beck, Dresdenstr. 57

Buntrock, W. Rixdorf

Drei Kronen Fischer, Ernst

Fried. Guseke, 7 Filialen

Gebrüder Groh

August Holz Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33

Kosmalla, E., 4 Geschäfte

Butterhandlung Fritz Muth

Gebrüder Manns

Nordstern in Berlin

Schröter, R. 35

Uhly & Wolfram

Vereingte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle

Georg Wunder, Fruchtstr. 70

Cacao, Chocolade

Cylix, G., Stadtdellen

Die Fabrikate der „Sarotti“

Bonbonhaus Fr. Schröder

Seiffert, Erich, Filial in Berlin

G. Senff Bezugsqu. f. Händler

Stollwerck Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Wagner, P. Rixd., Bergstr. 42. Westmann 1. Geschäft: Mollereistr. 37a

Damenkleiderstoffe

Adolf Dammann Oranienstr. 180

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 5

Edert, Max Warschauerstr. 21

Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17

Knesbeck-Drog., Hermannstr. 119

Edel, Lichte, Wilhelmshafenstr. 22

Arno Reif, Weberstr. 30

Apoth. Meyer, vorm. Lemke

Prinzenstr. 103

Siegfried-Drogerie, Kolonnenstr. 20

Alison u. Stahlw., Waff.

Alin, O., Kaiser-Friedrichstr. 6

H. Berger, Eisenwar., Werkzeugze

Brenneke, C., Wrangelstr. 94

G. Brucklacher, Oranienstr.

Willy Erpel, Turnstr. 29

Kloße Werkzeugze

Gust. Lenz, Rixdorf

Paul Lucht, Hans- u. Kichenberg

Georg Reiner, Rummelsburg

C. Schröder, Gr. Frankfurter-Allee 109

Max Schöberling, Walfaterstr. 32

Arthur Weigel, Allee 154

Fahrräd., Nähmasch.

Brennabor, Fabrik-Filiale Lindenstr. 35

Fahrrad-Leihhaus Lohmann

Carl Müller, Rixdorf

Köhler Grünauerstr. 8. Seelecke vom Fanplatz

Hans Kunkel Geestemünde

Rich. Marks Brunnenstr. 140

Werner Langenstr. 55

Winkler & Barthold, Rixd., Hauptstr. 25

Fleischer u. Wurstw.

Hermann Albrecht, Matzerstr. 7

Jul. Amandowicz, Str. 5

W. Becker, 2. Fleisch- u. Wurstwaren

Beck, Beck, Memelerstr. 74-76

Bühme, Rixd., Hermannstr. 13

Daniel, J., Rixd., Hermannstr. 147

Danziger Fleisch-Centrale

Dannenberg, Neue Hohestr. 6

Rich. Deckert, Wieserstr. 33

P. Dreyer, Prinz Eugenstr. 21

Joh. Durzynski, Kopernikstr. 1

Drost, Wrangelstr. 14

Arno Fischer, Großgörschenstr.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlaw, Gothastr. 1

Georg Heiler, Rixdorf

Friedel, Max Rixdorf

C. Gerlach, Warthestr. 70

Otto Grube, Hohenstr. 37

Gusinde, Rich. Oranienstr.

Gutschmann, Fleisch-u. Aufschneid

O. Glöck, Rixd., Eberhardstr. 7

Richard Reize, 2. Fleisch- u. Wurstw.

Georg Heiler, Rixdorf

Untenstehende Geschäfte

Thaleiser Invalidenstr. 103. Wagner Landbergerstr. 118

Westheimer Neue Jakobstr. 12

W. Tauche Rixdorf

Fr. Thiel, Frankfurter-Chaussee

Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr.

E. Trapp, Wuststraße, Waldenstr. 19

Max Tümmel, Christburgstr. 24

Karl Unte Naunynstr. 67

Wilh. Vogel, Weidenweg 57

E. Wetzel, Weidenweg 57

Wiedmann & Swanke, Wellenseen

Wo kauft man Fleisch und Wurst gut und billig?

W. Krüger, Weissenburgerstr. 73

G. Krüger, Weissenburgerstr. 73

A. Wilborn, Brunnenstr. 16

Winkelmann, Wilhelmstr. 23

Zuncke, Schöneberg, Eberhardstr. 30-31

Grammoph., Sprechm.

Hoyer, A., Rixdorf

Haar-Artikel

E-Joel Spezial-Haar-Haus

F. Miltner, Rixdorf

Haus- u. Küchengeräte

Gompowski, Prinzen-Allee 57

Kammick, Spandau, Schönberg, St. 92

Rockstroh, Karl, Gr. Frankfurter-Allee 42

Sandow, Rud., Wilmersd.-Str. 120

Herren-Artikel

Friedel, Max Rixdorf

C. Gerlach, Warthestr. 70

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kolonnenstr. 14/17 Hof. Kartoffeln, Gemüse

Paul Henkel, Swinemünder Str. 48

Kaufhäuser

Alexander & Co., Badstr. 55

B. Hennig & Co., Landberger-Str. 48

C. Kurtzahn, Ob. Schönberg

Alfr. Kirschner, Eke Goltzstr.

Eduard Rohm, Ob. Schönberg

H. Weib & Co., Friedrichshagen

Kohlen, Koks, Erikotte

Paul Heger, Rixdorf

Aug. Braatz in Moabit

Perd. Gränig, Jungstr. 11

P. Hante, Grünthalstr.

Siemon, A. R., Köpenick, Wedding

Kolonialwaren

Abend, R., Rummel, Sattlerstr. 6

Heinrich Arndt, Fennstr. 49

Theodor Aufhäuser, Solmsstr. 22

Babel & Hauke, Wilmersd.-Str. 28

G. Bären, Schöneberg, Eberhardstr. 14

Gustav Behrens, Hauptstr. 120

Bruno Block, Nennendamm

Alex. Borgmann, Jagowstr. 15

Brann, R., Rixd., Prinzen-Allee 33

Budach, Franz, O., Goltzstr. 23

Georg Burow, Stromstr. 39

Joh. Cielcor, Neue Hohestr. 32/34

A. Durin, Schönflüßerstr. 10

R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47

Gustav Eigendörfer, O. Müggelstr. 20

Fortsetzung siehe nächste Seite

Heute Mittwoch Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Mittwoch, den 14. Februar, abends 7/12 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 108: Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen, Kino-Operateure.

Donnerstag, den 15. Februar, früh 5 Uhr Zahlmorgen für Druckerei-Nacharbeiter. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Referent: Genosse Karl Scholz.

Schöner Wahlkreis. Die Genossen des Gesundbrunnens versankeln am 22. Februar im Voigt-Theater, Bodstraße 58, einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt Halbes „Jugend“. Billetpreis 30 Pf. inkl. Einführungsbest. Die Billetts gelangen am heutigen Zahlabend zur Ausgabe.

Groß-Nichtersfelde. Der Zahlabend findet diesmal in folgenden Potolen statt: Osten: 1. 2. und 3. Bezirk im Kaiserhof; 4. Bezirk bei Erpel; Bezirk 5 und 5a mit Vortrag bei Junack, Heinersdorfer Straße 18. Westen: 6. 7. 10. und 12. Bezirk bei Bromick, Ringstraße 17; 8a. Bezirk mit Vortrag bei Wahrensdorf, Völkstr. 7; 8. Bezirk bei Lenzli, Chausseest. 55; 9. und 11. Bezirk bei Borchardt, Hortensienstr. 11, am Bahnhof Botanischer Garten.

Der Vorstand.

Johannisthal. Der Zahlabend fällt heute Mittwoch umständehalber aus. Dienstag, den 20. d. Mts.: Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

Grünau. Heute Mittwoch, abends: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die wichtige Tagesordnung (u. a. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl) erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Der Vorstand.

Franz-Buchholz. Unsere Zahlabende fallen diesmal aus, dafür Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Restaurant Röhne, Berliner Straße 89. Tagesordnung: Berichtserstattung vom Bezirk. Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevahl. Vereinsangelegenheiten und Geschäftliches.

Kaulsdorf a. d. Ostbahn. Die Bezirksleitung macht besonders darauf aufmerksam, daß der Zahlabend wieder regelmäßig an dem für Groß-Berlin bestimmten Tage stattfindet. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wobey am Bahnhof.

Berliner Nachrichten.

Im Pfandhaus.

Es ist so und nicht anders: Der Weg zum Pfandhaus, oder zum „Leihgeschäft“ vulgo „Verjamant“, ist mit Dornen besetzt. Man wählt ihn nur, wenn keine andere Rettung aus momentaner Not mehr übrig bleibt, mit anderen Worten, wenn einem das Messer an der Kehle sitzt oder das Wasser bis an den Hals geht. Das Leihamt bildet oft am treibenden Lebensschifflein den allerletzten Anker. Reist auch dieses Ankers Kette dann ist oft nicht abzusehen, ob man jemals wieder landen werde. Aus solchen Beweggründen mag es wohl kommen, daß viele Leute im Pfandhaus die einzig zweckliche Wohltätigkeitseinrichtung erblicken. Sie wären imstande, auf den ganz hollenzollersch-borussischen Staat mit samt Herrn Kohlweg von Bethmann, den Philosophen von Pinnow und Kanzler des preußisch-deutschen Reiches zu verzichten — nur nicht aufs Verjamant. Und sie tun recht daran; denn Preußen ist kein Gib-, nur ein Nimmsstaat; während doch aus einem Leihhaus etwas herausgeholt werden kann — sofern man etwas Solides hinein trägt. Hierauf kommt es an! Kein Verfejer der Welt wird Dir einen Ziegelstein für einen Dornburgischen Diamanten abnehmen und befeihen; keine Lombarduhr für einen Goldbryometer, keinen weißen Schafspelz für einen Hermelinmantel.

Die Verpfänder kann man in verschiedene Klassen teilen. In solche, die der Not, nicht dem eigenen Triebe gehorchen müssen. Und sie sind „die Mehreren“. Ständig schrillt da die dissonierende Melodie des Jammers und der Verzweiflung. Auf beinahe Wertloses, was zuletzt hingetragen wird, kann doch kein Pfandleiher bares Geld hergeben. Er soll allen und jedem beifpringen. Aber geht das? Der Mann setzt zu viel aufs Spiel. Leben will er, und darum darf er sich nicht ruinieren lassen. Was Wunder also, daß ihn jede Klage „toll“ läßt! Mache, lieber Lesler, falls Du einmal in die verzwickte Lage kommst, die kein ehrlicher Kerl seinem Todfeind wünschen wird, nämlich, etwas verfehen zu müssen, die Probe aufs Exempel. Die Herren Beamten in den beiden „königlichen“ Leihämtern essen so heiter und vergnügt ihre Zweifelhäufigkeiten, als sei das verfehende Publikum nur für sie da, als gäbe es kein Elend. . . .

Dann die zweite Kategorie. Es sind „Besserstuierte“ — Beamte, Geschäftsleute usw. Sie haben dringende Zahlungen zu machen und helfen sich durch Verpfändung oft bedeutender Wertgegenstände über die momentane Insolvenz hinweg.

Die dritte Sorte sind die große Familie der „Gebrüder Leichtfuß“ — zumriß bei Muffenjöhnen, Artisten und „Intellektuellen“ überhaupt beheimatet. So mancher würde solide bleiben, wenn's keine Wirtshäuser, Weiber und — Leihämter gäbe. Zumal in falschen Monaten und Falschgingenden. „Griuch di Gott Oberbett, s Unterbett kimmt scho oa“, rief einmal auf der Sendlinger Straße in München ein maskiertes Weiblein ihrem ihr begehrenden Gatten zu, der am Morgen das Oberbett zum Verfejer getragen hatte, um abends „auf die Redoute“ gehen zu können. Das ist der Gipfel aller farneralistischen Leidenschaften! Daneben geben die Sprossen der „blaublütigen“ Kaste eine interessante Folie ab. „Man“ ist es der „Wance“ schuldig, jährlich mindestens einmal bei sich einen Gesellschaftsabend zu geben. Andern morgens schleppen dann die Domestiken ganze Waschkörbe voll Silbergeräten wieder den alten Weg zum Pfandhaus. Sie transit gloria mundi! Neulich sah ich einen noblen Bezahlinderten und Venerzpelzten an die Bank treten, hinter der die königlichen Pfandbeamten gemächlich ihre Butterbröter verputzten. Einen kostbar schillernden Damenting gab er hinüber. Ein präsenfender Kennerblick des Taxators — und: „Leider Similisteine, mein Herr!“ mit ärgerlicher Miene schwebte der ab. Dar's etwa ein Genevpter oder gar ein Nepper? Ein anderer zog einen anscheinend schmergoldenen Chronometer aus der Festentasche. Hundert Mark wollte er haben. „Leider nur Schweizergold — fünf Mark können Sie haben.“

Der Mann trug sich gleichfalls höchst nobel und schick. Aber Schweizergoldplattierung? Wie ein begoffener Vubel nahm er seine Nummer, um, sobald er gerufen wurde, die fünf Mark entgegenzunehmen. . . . Sächmische Schmünzler, Schadenfrohe sind sogar in den Vorhallen zum Heiligatium des Leihamts anzutreffen. Und wer kann sagen, ob es ihnen in der nächsten Minute nicht selber so geht?

Zimmerhin, wer noch was Versehbares hat, der mag sich als wie ein Krösus vorkommen. Wirklich arm ist nur der, der niemals ein Versehbares befehen hat. Ist er darum aber schon glücklich zu nennen? Wahrhaft plüdiich halte sich jeder, der sämtliche Verjamänter als — Luft betrachten kann.

110 Proz. Gemeindesteuern.

Der Magistrat von Berlin hat gestern beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen für 1912 statt 100 Proz. Gemeindefinanzkommunsteuer 110 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und außerdem statt 150, 165 Proz. Grund- und Gebäudesteuer zu erheben. Im letzten Jahre wurden 3,20 pro Tausend Grundwertsteuer in Berlin erhoben. Durch die Wertsteigerung der Grundstücke und die Neueinschätzung nach dem gemeinen Wert ermäßigt sich dieser Satz von 3,20 auf 3,10 pro Tausend.

Die Erkrankungen an Diphtherie

haben in Berlin im Jahre 1911 eine sehr beträchtliche Zunahme gehabt. Besonders vom Herbst an stieg die Zahl der Erkrankungen so rasch und sie erreichte zu Beginn des Winters eine so außerordentliche Höhe, daß man geradezu von einer Diphtherie-Epidemie sprechen konnte. Wir haben damals über die Aufwärtsbewegung der Erkrankungsziffern berichtet und auch gezeigt, wie stark die vorwiegend von einer Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadtviertel davon beileigt waren. Die vom Statistischen Amt der Stadt veröffentlichten Zusammenstellungen über die amtlichen Meldungen von Infektionskrankheiten liegen jetzt bis zum Jahreschluss vor, und man kann nun die Bewegung der Diphtherie-Erkrankungsziffern durch das ganze Jahr verfolgen.

In den zwölf Monaten des Jahres 1911 wurden aus Berlin 592, 514, 603, 502, 562, 531, 391, 460, 709, 902, 1123, 1119 Erkrankungen an Diphtherie gemeldet, das ergibt für das ganze Jahr 8098 Erkrankungen, gegenüber 6041 Erkrankungen im vorhergehenden Jahr. Die Erkrankungsziffer war im Jahre 1911 um 2057 höher als in 1910, d. h. um ein volles Drittel der für 1910 ermittelten Ziffer. Schon vom Februar 1911 ab wies jeder Monat ein Plus gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres auf, aber der Hauptanteil an dem Gesamtplus des Jahres 1911 entfällt auf das letzte Jahresdrittel, das eine ganz außerordentliche Zunahme der Erkrankungen brachte. Diphtherie-Erkrankungen wurden in den vier Monaten September, Oktober, November, Dezember gemeldet

in 1910: 485, 555, 621, 634, zus. 2295, in 1911: 709, 902, 1123, 1119, zus. 3943.

so daß allein das letzte Drittel des Jahres 1911 ein Plus von 1648 Erkrankungen hat. Ein Rückgang der Erkrankungsziffer ist erst wieder im Januar 1912 eingetreten, doch ist sie auch jetzt noch recht hoch.

Auch die Diphtherie-Sterbefälle waren in 1911 — das ist bei der Mehrzahl der Erkrankungen ohne weiteres begreiflich — zahlreicher als in 1910. Das Mehr an Sterbefällen ist aber doch nicht so groß, wie man nach den oben mitgeteilten Erkrankungsziffern es erwarten könnte. In den zwölf Monaten des Jahres 1911 starben an Diphtherie 80, 55, 63, 82, 58, 56, 43, 54, 70, 92, 119, 108 Personen, das sind zusammen 880 Diphtherie-Sterbefälle, gegenüber 607 Diphtherie-Sterbefällen des Vorjahres. Das Plus in 1911 beträgt 183 Sterbefälle, etwas mehr als ein Viertel der Zahl aus dem Vorjahr. Auch bei den Sterbefällen war in 1911 erst vom Herbst ab die Aufwärtsbewegung besonders stark.

Die Mietschiner Prägelfäre hat belamlich auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zu dem Beschluß geführt, die in Mietschin durch die hiesige Waisenverwaltung untergebracht, dort aber ausgepeitschten Fürsorgezöglinge aus der Anstalt zurückzuziehen und neue Zöglinge nicht mehr in diese Prägelfanstalt zu überweisen. Mit der Leitung der Anstalt bestand ein Vertrag, nach welchem die Stadt Berlin sich auf zehn Jahre verpflichtete. Durch die skandalösen Vorkommnisse, die auf alles andere nur nicht auf eine Erziehung hindeuteten und die durch die gerichtliche Verhandlung erwiesen wurden und mit der Verurteilung des Hauptschuldigen, des Hofrath Breithaupt, zu der recht milden Strafe von acht Monaten endeten, war die Stadt Berlin ihrer Verpflichtungen gegen die Leitung des Stiftes entbunden. Letztere aber wollte nicht so ohne weiteres in die Lösung des Vertrages willigen und es kam zum Prozeß. Das Gericht kam zu einem abweisenden Bescheide der Stiftsleitung. Im Urteil ist ausdrücklich anerkannt worden das Recht der Stadt, den Vertrag ohne weiteres zu lösen; mit großer Schärfe hat das Gericht ausgesprochen, daß der Stadt Berlin nach den bekannten Vorkommnissen die Erfüllung der vertraglich eingegangenen Verpflichtung nicht mehr zugemutet werden konnte.

Mit dieser gerichtlichen Entscheidung wird nun bestätigt, was unsere Genossen seinerzeit in der Stadtverordnetenversammlung dargelegt haben.

Die Wahrnehmung der Strom- und Schiffahrtspolizei auf den Berliner Wasserstraßen, soweit sie bisher von den Polizei-Schiffahrts-Bureaus in Berlin und Charlottenburg ausgeübt wurde, geht vom 21. Februar 1912 ab auf die Wasserbauämter Berlin I und II über. Die genannten Polizei-Schiffahrts-Bureaus werden zu demselben Zeitpunkt aufgelöst. Für die polizeiliche Leitung der Schiffe, die Zuweisung der Liegeplätze, die Erhebung der Schiffahrtsgeldgaben und die Annahme der Zählkarten für die Reichspolizei werden drei Schiffermeldestellen eingerichtet und zwar: 1. eine an der Oberschleufe des Landwehrkanals, 2. eine an der Pfingsten-Schleufe, 3. eine an der Charlottenburger Schleufe. Die Meldestelle an der Oberschleufe wird dem Wasserbauamt I, die beiden anderen werden dem Wasserbauamt II zugeteilt.

Verkauf einer Markthalle an den Pöhlplatz.

Die Markthalle IV am Reichstagsufer und der Dorothienstraße 20 ist vom Magistrat Berlin für rund 3,8 Millionen Mark an die Reichspost verkauft worden. Die Auffassung und Uebergabe der Halle, die auch bisher den Obfzählern in Werder als Ablade- und Verkaufsplatz diente, soll schon im April d. J. erfolgen. Der Erlös für die Halle soll auf Anleihekonten vereinnahmt werden.

2000 Gemeindefunkinder Berlins werden im März d. J. an vier Sonntagen im Zirkus Busch, wie in früheren Jahren, vierstimmige Lieder vortragen. Der Reinertrag soll wieder Jugendfürsorgevereinen zustieken.

Vor den Augen seiner Geliebten erschossen hat sich in der vergangenen Nacht in einem hiesigen Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofes der 20 Jahre alte Schuhmacher Blaslaus Woffjak aus Oesterreich, der sich schon einige Zeit in Berlin aufhielt. Woffjak lebte mit seiner Geliebten Helene Müde aus Hohlau Montagabend um 10 Uhr ein und sagte, daß er zwei Tage im Hotel bleiben wolle. In das Fremdenbuch trug sich das Paar als Blaslaus Woffjak und Frau, geborene Müde, ein. Bald nach der Ankunft ging es aus und kehrte erst um 2 Uhr nachts zurück. Kaum hatte es sein Zimmer betreten, als der Hotelwirt einen Schuß fallen hörte. Er eilte hinzu, drang durch die unerschlossene Tür ein und fand Woffjak, der sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen hatte, tot auf dem Fußboden liegen. Neben der Leiche stand regungslos das Mädchen. Der Wirt führte es sofort von der Leiche weg, brachte es in ein anderes Zimmer, schloß es dort zu seiner eigenen Sicherheit ein und holte die Polizei. Diese beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach Aufnahme des Befundes nach dem Schauhaufe bringen. Das Mädchen nahm sie in Schutzhalt mit nach der Wache. Beweggrund zu der Tat des jungen Mannes sind unüberwindliche Schwierigkeiten, die sich der ehelichen Verbindung des Paares in den Weg stellten. Nachdem die beiden ihre Ersparnisse aufgebraucht hatten, griff Woffjak zum Revolver und machte, nach einem kurzen Wortwechsel mit seiner Geliebten, seinem Leben ein Ende.

Ein schwerer Automobilunfall, dem ein achtjähriger Knabe zum Opfer fiel, ereignete sich am gestrigen Dienstag morgen in der Schödenstraße. Als der 8jährige Max Weltmann, dessen Eltern in der Schwedenstraße 12 wohnen, sich zur Schule begeben wollte, wurde er vor dem Hause Nr. 18 von einer herannahenden Automobilmaschine erfasst und so unglücklich zu Boden geschleudert, daß ihm das linke Vorderbein über die Brust hinwegging. In schwerverletztem Zustande wurde das Kind nach der Unfallstation in der Bodstraße gebracht, wo der Arzt eine Gehirnerschütterung, Verletzung des Brustkorbes und innere Blutungen feststellte. In hoffnungslosem Zustande wurde der kleine B. nach dem Kinderkrankenhaus gebracht.

Von einem Eisenbahnzug zermalmt wurde gestern ein unbekannter, angeblich aus Berlin stammender Mann, der sich in der Nähe der Station Seelow (Mark) vor einen Kleinbahnzug warf. Es handelt sich anscheinend um einen Geschäftsfreisenden, der Prospekte einer Berliner Firma bei sich führte. Der Unbekannte, der von der Lokomotive des Zuges total zerstückelt wurde, hatte schon am Tage vorher einen gleichen Selbstmordversuch unternommen, konnte jedoch noch gerettet werden. Die Personalien des Lebensmüden konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Opfer der Spinnhade. In kurzer Zeit werden wieder zwei alte Moabitier Gebäude vom Erdboden verschwinden, die auf eine interessante Vergangenheit zurückblicken. In der Straße Alt-Moabit soll das ehemalige Chausseehaus und das alte Holzmachere Gebäude abgerissen werden. Das Chausseehaus blüht auf das staltliche Alter von fast 100 Jahren zurück. Lange Zeit hindurch diente es den Schlagbaumwärttern zum Aufenthalt, die dort an der Chaussee von den vorüberfahrenden Wagen das Chausseegeld verlangten. Mit Aufhebung der Bezugszelle wurde aus dem Chausseehaus ein Tanzlokal und später ein Varietetheater. Das zweite Gebäude ist nicht ganz so alt wie das Chausseehaus und war hängig im Besitz der Moabitier Familie Holzmach. Bis in die letzte Zeit hinein wurde dort ein Kolonialwarengeschäft unter dem Namen der Gebrüder Holzmach betrieben.

Auf einer Eischolle abgetrieben und ertrunken ist gestern nachmittag ein ungefähr 10 Jahre alter Knabe, dessen Persönlichkeit noch nicht ermittelt werden konnte. Der Unglückliche spielte in der sechsten Stunde mit mehreren anderen Knaben auf dem Eise des Spanbauer Schiffahrtskanals, der zum Teil schon offen ist, in der Nähe der Fernbrücke. Plötzlich löste sich eine kleine Scholle von der Eisecke und trieb ihn ab. Sie konnte ihn aber nicht lange tragen und ehe Hilfe zur Stelle war, ging der Knabe unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Seine Leiche ist bis jetzt noch nicht geborgen. Man weiß deshalb auch noch nicht, wer der Ertrunkene ist, weil seine Spielkameraden, die auf dem Kanal mit ihm „schlitterten“, ihn auch nicht kannten. Aus der Gegend der Unfallstelle scheint er nicht zu sein. Denn alle Nachfragen dort blieben erfolglos und auf dem Revier ist auch kein Knabe als vermisst gemeldet worden.

Sexuelle Erziehung. Die von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einberufene, am 9. Februar im Bürgeraal des Rathauses tagende Versammlung gestaltete sich insofern zu einer bedeutamen Kundgebung, als zum erstenmal die Direktoren und Lehrer unserer höheren Schulen aus ihrer Reserve heraustreten und durch eine rege Teilnahme an der Diskussion ihr Interesse für die Erörterung der Frage bewiesen, inwieweit die Schule und das Elternhaus die sexuelle Erziehung übernehmen sollen. Herr Sanitätsrat Dr. Heidenhain-Siegly legte in seinem Referat die zwingende Notwendigkeit einer solchen Belehrung dar, die, wenn sie für die Abiturienten auch vielfach zu spät komme, doch auch hier noch von größter Bedeutung sei. Jedenfalls müsse die Belehrung unter starker Betonung der ethischen Seite allen zuteil werden. Daß das Elternhaus in dieser Sache so wenig tue, sei daraus zurückzuführen, daß viele Eltern selbst unwissend seien und namentlich nicht genügend pädagogisches Geschick zur Bewältigung dieser Aufgabe besäßen. Ist erst eine Generation herangewachsen, die rechtzeitig und von sachmännischer Seite die nötige Aufklärung gefunden hat, dann wird vielleicht auch das Elternhaus fähig sein, der Schule diese Aufgabe wieder abzunehmen.

Die Diskussion, an der berufene Vertreter höherer Lehranstalten teilnahmen, gestaltete sich sehr lebhaft. Es wurde von verschiedenen Seiten betont, daß man der Jugend das Ideal der Keuschheit immer wieder als Ziel hinstellen und daneben auch an den egoistischen des einzelnen appellieren müsse. Solange das Elternhaus nicht eine Aufklärung übernimmt, hat die Schule die Pflicht, helfend einzugreifen. Unter den zahlreichen Gesichtspunkten, die entwickelt wurden, sei besonders die Forderung hervorgehoben, daß der Schulunterricht eine biologische Grundlage schaffen müsse und so den Boden vorbereite für die notwendige Belehrung, die dann sicherlich ein starker Schutz werde. Es gelangte zum Schluss folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einberufene Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Reform der sexuellen Jugendberziehung an; als nächste Aufgabe betrachtet sie die Einführung der schon in vielen deutschen Städten regelmäßig und mit bestem Erfolg gehaltenen Abiturientenvorträge, bei denen sowohl der hygienische als auch der sittliche Gesichtspunkt, zu betonen ist und hofft, daß seitens der staatlichen und städtischen Unterrichtsverwaltungen die erforderlichen Mittel hierzu zur Verfügung gestellt werden.

Die freie Volkshöhne hielt am Donnerstag, den 8. Februar, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre regelmäßige Quartals-

berufung ab. Nach einem Vortrag von Theodor Heuss über Ludwig Plau gab der Kassierer Winkler den Vorstands- und Kassenbericht. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß im 4. Quartal 1911 einer Einnahme von 57 742,70 M. eine Ausgabe von 59 986,85 M. gegenübersteht. Die Abteilungen weisen noch Rücklagen auf und sei es dringend notwendig, daß noch neue Mitglieder gewonnen werden. Die Mitglieder müßten versuchen, ihre Freunde und Bekannten zum Eintritt in die freie Volkshilfe zu veranlassen. Einwendungen gegen das Repertoir und die Geschäftsführung wurden nicht erhoben.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund, Gau Berlin und Umgegend. In der Ausschusssitzung am letzten Sonntag wurde der Gesangverein „Vorwärts“-Wetzlar aufgenommen. Sodann erfolgte die Wahl der Revisoren und Kontrollen. Dieselbe hatte folgenden Resultat. Zu Revisoren wurden die Sangesbrüder Rätebusch, Schmidt und Timme, zu Kontrollen die Sangesbrüder Fischer, Gaffe, Hahn, Prjzibilla, Richter, Roggemann und Störger gewählt. Das erhaltene die zur Vorbereitung der Wahl des Bundesdirektoren gewählte Kommission ihren Bericht. Es haben sich sechs Herren gemeldet, von denen zwei zur engeren Wahl stehen. Die Wahl selbst findet am Sonntag, den 25. Februar, in der nach der Uebungsstunde stattfindenden Ausschusssitzung statt. Als Lokal für das nächste Sängersfest wurde nach längerer Debatte, in welcher auch die Orte Friedrichshagen und Grünau in Vorschlag gebracht wurden, Schloß Weihensee gewählt.

Ein Fahrradwurder stahl am Sonnabend früh zwischen 4 und 5 Uhr aus dem Restaurant von Koch, Zimmerstr. 34, ein Fahrrad, Marke „Anker“, Nr. 29006, Torpedo-Freilauf mit Akkreditbremse, schwarz emaillierte Felgen. Etwasige Mitteilungen wollte man an Otto Winkler, Schriftföher, Reußkolln, Kallstr. 11 II, gelangen lassen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zunächst wurden die neugewählten und bestätigten Stadträte **Wandelt, Fink, Prof. Dr. Franke, Rosenberger, Wasmannsdorff, J. Broder, Dr. Krieger und Wikander** unter den üblichen Formalitäten eingeführt. Alsdann nahm der Rämmerer **Rachowicz** das Wort, um zu dem vorliegenden Etat einige Ausführungen zu machen. Er führte aus, daß die Etatslage für 1912 keine besonders günstige sei. Ursache und Wirkung liegen aber nicht auf lokalem Gebiete; auch die übrigen Gemeinden Groß-Berlins verzeichnen eine ungünstige Wendung oder einen Stillstand ihrer Etatslage und ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit. Beides komme zum Ausdruck in dem Beschluß sämtlicher Magistrats-Groß-Berlins, den Zuschlag zur Einkommensteuer von 100 auf 110 Proz. zu erhöhen. In diese Lage habe die Gemeinde in erster Reihe die Ungunst der Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt geführt. Auch die langsame bauliche Entwicklung ist auf den ungünstigen Stand des Marktes zurückzuführen. Der Ausgleichsfonds müsse in einem Maße in Anspruch genommen werden, daß selbst nach der Annahme der beantragten Steuererhöhung für 1912 zur Bilanzierung des Voranschlags noch ein Betrag von 315 000 M. aus dem Ausgleichsfonds genommen werden muß. Außer der Erhöhung der Gemeindesteuer von 100 auf 110 Proz. schlägt der Magistrat ferner eine Erhöhung der Grundwertsteuer von 2,25 auf 2,7 Promille des Wertes der bebauten und von 4,5 auf 5,4 Promille des Wertes der unbebauten Grundstücke vor. Die Schöneberger Hausbesitzer werden aber keine Veranlassung haben, sich durch die Erhöhung allzusehr belastet zu fühlen. Der Schöneberger Hausbesitz nimmt auf die Höhe der Steuerausfälle in Groß-Berlin überhaupt eine so hervorragende günstige Stellung ein, daß demgegenüber die höhere Steuerbelastung weit zurücktritt. Der Wert der bebauten Grundstücke betrage nach dem neuen Etat in Schöneberg 801 Millionen Mark, in Wilmersdorf 700 Millionen Mark. Bei der Gewerbesteuer beantrage der Magistrat die Erhöhung der Zuschläge für die Klasse III von 100 auf 150 Proz., für die Klasse IV von 100 auf 125 Proz. Ungünstig beeinflusst würde der Steueretat durch die Mehrausgabe an Provinzialabgaben; der Staatsanlag hat von 680 100 auf 732 600 M., also um 102 500 M. erhöht werden müssen.

Jobel (lib. Frakt.) sprach dem Rämmerer seinen Dank aus für das rechtzeitige Einbringen des Etats, obwohl derselbe gegen das Vorjahr ungefähr drei Wochen später eingebracht wurde. Redner bedauerte das Ausscheiden aus dem Brandenburger Städtetag und meinte, die bisherige Verzögerung dürfe nicht zurückzuführen. Die geplante Erhebung eines Schulgeldes für die Fortbildungsschule müsse abgelehnt werden. Die Volksschule müsse achtstufig ausgebaut werden, da eine Weiterentwicklung unbedingt erforderlich sei. Die Jugendspiele müssen mehr gefördert werden. Sparamer sollte gezwangsweise beim Strohenbau, dort wo nur die Postkutsche, der Milchwagen und des Kachts die Autos verkehren, sollte man kein vornehmes Pflaster bezw. Asphalt legen, sondern die Strohen kauflieren. Dem Steueretat auf 110 Proz. wird die Liberale Fraktion zustimmen. Daß die Wertzuwachssteuerordnung für ungünstig erklärt wurde, darf den Liberalen nicht zur Last gelegt werden, sondern den Herren, die vornehm die Mehrheit hatten. Schöneberg hat die geringste Zahl leerstehender Wohnungen. Der jetzigen schwierigen Situation könne nur durch Weiterführen der Untergrundbahn abgeholfen werden.

Sepner (kommunalförderl.) erklärte: Der Rämmerer und Magistrat dürften sich nicht auf die ungünstige Lage anderer Städte berufen, sie seien für die eigene Stadt verantwortlich. Mit dem Berliner Ortsteil war auch die bebauten beendete. Früher war immer Geld da, jetzt soll plötzlich äußerste Sparsamkeit herrschen. Der Ueberlaufsfonds betrug, als die Unabhängigen die Mehrheit besaßen 2 Millionen Mark, jetzt, da die Gruppe **Jobel** die Mehrheit bildet, nur 400 000 M. Die Schuldigen sollte man in den Reihen der Liberalen suchen. Die kommunalortschrittliche Fraktion lehne die neuen Steuern ab.

Genosse Bernstein führte aus: Die Ausführungen des Rämmerers klangen aus: Wir sind zwar nicht bankrott, aber Geld haben wir auch nicht. Im allgemeinen sei die Lage in Schöneberg gar nicht so ungünstig, sie sei nur etwas böse dargestellt worden. Ein Steueranfall sei eingetreten, weil im Vorjahre die Steuerbeiträge zu hoch angesetzt waren. Leider war der Magistrat der Hinausschiebung der Steuerfreiheit nicht beigetreten. Ein Einkommen von 1200 M. bedeute in Wirklichkeit nicht mehr als vor einigen Jahren 900 M. Man könne auch für die Besteuerung der kleinen Einkommen sein, wenn keine indirekte Steuern erhoben würden; solange letzteres der Fall ist, muß die Grenze für Steuerfreiheit hinaufgerückt werden. Der Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer auf 110 Proz. stimme die Sozialdemokratie zu, dagegen lehne sie ab, die Kleinverdienenden noch härter noch belasten. Die Erhöhung der Gebäudesteuer entspreche dem allgemeinen Gebrauch. Zu bedauern sei nur, daß bei Beratung des Zweierbundes die Kommunen nicht energischer für ein Groß-Berlin eingetreten seien. Für die Volksschulen seien nur 5000 M. mehr eingelegt, dagegen für die höheren Lehranstalten 64 000 M. Es müsse bezüglich des Schulgeldes eine Einheitsleistung über Groß-Berlin geschaffen werden. In der von und geforderten Einheitschule soll es sich zeigen, ob das Kind für das praktische Leben oder für die höhere Laufbahn sich eignet. Die neue Mittelschule müsse ihre Eröffnung erst beweisen. Der obligatorische Ausbau der Fortbildungsschule auf die ungelernen Arbeiter sei zu begründen.

Der Etat belaufe sich auf 18 Millionen Mark, davon werden für gewöhnliche Zwecke nur 350 000 Mark vorausgesehen, eine immerhin ziemlich minimale Summe. Die Arbeitslosenversicherung sei billig davongelommen, da der ausgelegte Betrag bei weitem nicht verbraucht wurde. Aufgabe des Reiches sei es, die Arbeitslosenversicherung selbst in die Hand zu nehmen. Die bestehende **Wadeanstalt** reiche für das Bedürfnis nicht aus, es frage sich, wann endlich Geld vorhanden sei, um eine vollständige Badeanstalt zu erbauen. Nach wie vor verlange die sozialdemokratische Fraktion die Unergeltlichkeit der **Vernunft**. Die Polizeikosten seien wiederum um 70 000 M. in vier Jahren von 193 880 M. auf 342 000 M. gestiegen und doch

habe die Stadt nichts dreingeredet. Die Polizei lasse an Parität viel zu wünschen übrig, besonders den Arbeitern gegenüber. Notwendig sei, die Anleihen zu reduzieren und alle Anleihen schleunigst zu tilgen.

Sinicus (Hausbes.-Frakt.) erklärte, daß seine Fraktion ebenfalls für die 110 Proz. stimmen würde.

Jaysov (lib. Vereinig.) meinte, der Rämmerer hätte den Etat noch einmal jongliert und wünschte, daß die Wohlfahrts-Einrichtungen mehr eingeschränkt werden. Die Verwaltungskosten seien zu hoch und die Ausschließung des Südgeländes nicht notwendig.

Der Etat wurde schließlich dem Staatsauschuss überwiesen, dem die Genossen **Bernstein, Käter** und **Wollenbuhr** angehören.

Nachdem mehrere Nachforderungen bewilligt wurden, erfolgte Schluß der öffentlichen Sitzung.

Reußkolln (Nixdorf).

Der **Eiternverein für Sport und Wandern** hält am Freitag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Karlsgarten seine Generalversammlung ab.

Steglich.

Recht bewilligungslustig zeigte sich am Freitagabend das hiesige Dorparlament. Nachdem der Bürgermeister mitgeteilt hatte, daß vom 1. April d. J. ab unser Dorf nicht mehr einfach Steglich, sondern nur noch Berlin-Steglich firmieren wird, ging man mit einem Feuer aus Geldausgeben, als ob uns mit dem Recht des Voranstellens des Wortes Berlin auch zugleich die Verfügung über die Einnahmen Berlins zugefallen wäre. Es wurden glatt bewilligt: 1000 M. für die Beteiligung an der Städteausstellung in Düsseldorf; 800 000 M. zum Bau der Viehfuchstrassenbahn und für den zweigleisigen Ausbau der Grunewaldbahn auf Dahlemer Gebiet; 100 000 M. für den Bau einer Wagenhalle für die Grunewaldbahn auf dem Gelände unseres Elektrizitätswerkes am Teltowkanal; 55 000 M. für Umbau und Reparaturen an einem Gebäude im neuen Teil des „Stadtpartes“ (es soll ein kommunales Café-Restaurant in diesem Gebäude eingerichtet werden); 200 000 M. zur Erschließung des neuen Teiles des „Stadtpartes“, der nunmehr einen Flächeninhalt von 40 Morgen haben und in einigen Jahren die Attraktion von Steglich sein wird. Genosse **Hamburg** regte hierbei an, auf dem im Park geplanten Turnplatz eine Turnhalle zu errichten, die der Gemeinde die Möglichkeit biete, auch den Arbeiterturnern eine zweckmäßige Turngelegenheit zu bieten, ohne daß das Schulturnatorium sein Veto einlegen könne. Der Schöffe **Berber** versprach, die Angelegenheit im Auge zu behalten. Zu Vorarbeiten zwecks Erbauung eines eigenen Wasserwerkes wurden zu den bereits im diesjährigen Etat vorgesehenen 15 000 M. weitere 31 000 M. bewilligt, ferner noch rund 1000 M. für einige andere, weniger wichtige Zwecke. Die üblichen Nachbewilligungen, die im Laufe des Etatsjahres nach Schöpfung unseres Rämmerers 100 000 M. übergriffen haben dürften, fehlten natürlich auch diesmal nicht. In der geheimen Sitzung wurde vermutlich die Bewilligungstätigkeit fortgesetzt, weil dort noch die Reuanlage einer Verbindungsstraße zwischen Schlossstraße und Kuchligshof und die Rückzahlung von Wohnungszuschüssen an die Lehrpersonen der höheren Schulen für die Zeit vom 1. April 1910 bis dahin 1911 zur Beschlußfassung stand. In der öffentlichen Sitzung wurden zunächst noch die Einprüche gegen die Wählerliste nach der schriftlichen Vorlage des Gemeindevorstandes debattiert. Die Öffentlichkeit erfuhr davon nur soviel, daß durch die Berichtigung der Liste die dritte Klasse einen Wähler eingebüßt hat, der in die zweite Klasse „berührt“ wurde. Ein Antrag betreffend die Stadtvergebung unseres jetzt fast 73 000 Einwohner zählenden Dorfes zeigte trotz langer Diskussion das bekannte Resultat: „Nichts Genaues weiß man nicht.“ Am allerwenigsten weiß der Gemeindevorsteher, der offenbar fürchtet, durch allzu häufiges Nachfragen bei den „vorgeordneten Behörden“ sich mißliebig zu machen. Ein Antrag, obermals an den Landtag zu petitionieren und gleichzeitig eine Deputation der Gemeindevertretung unter Führung des Gemeindevorsteher zu dem Minister des Innern zu senden, ferner die Verhandlungen mit dem Kreise Teltow zwecks Ausweisung wieder aufzunehmen, wurde vom Gemeindevorstand abgelehnt, aber schließlich wurde doch noch das Versprechen erteilt, in der nächsten Woche eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Stadtvergebungsfrage befassen soll. Als letzter Punkt kam noch ein Antrag unserer Genossen zur Verhandlung: „Die Gemeindevertretung möge beschließen, den Gemeindevorsteher zu ersuchen, die Gemeindevorwahlen der dritten Abteilung auf einen Sonntag anzubrauchen.“ Genosse **Hjmann** wies an der Hand von Zahlenmaterial nach, daß es bei der großen Wählerzahl einfach unmöglich sei, an einem Wochentage gültige Wahlen zu erzielen. Nur der Sonntag, an dem sich das Wahlgeschäft gleichmäßiger auf alle Stunden verteile, biete vielleicht die Möglichkeit, allen Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts zu ermöglichen. Die Berechtigung des sozialdemokratischen Antrages wurde von allen Seiten anerkannt und ihm von der Mehrheit zugestimmt. Zu der gegnerischen Minderheit gehörte beziehungsweise der gesamte Gemeindevorstand. Daraus könnte man folgern, daß dem Gemeindevorstand gar nichts an dem Zustandekommen von gültigen Gemeindevorwahlen liegt.

Vortragskursus. Am Freitag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, beginnt im Lokale von Schellhals, Steglich, Ahornstr. 15a, der auf sechs Abende berechnete Vortragskursus des Genossen **Ernst Däumig** über **Deutsche Literaturgeschichte**. Eintrittskarten (50 Pf. für alle sechs Vorträge) sind im Vortragslokal zu haben. Der Bildungsausschuss.

Lichtenberg.

Der arme Rittergutbesitzer.

Der Rittergutbesitzer **Roeder-Lichtenberg** stimmt im Landesökonomienkollegium ein bewegliches Mitglied über die Erdoberfläche der Grundbesitzer durch hartherzige und ungerechte Besteuerung an. Er denunzierte die Hausbesitzer, daß sie, im Verbunde mit den Sozialdemokraten, den unbebauten Grundbesitz einseitig belasteten, so daß die arm werdenden Grundherren den Wanderstab ergreifen müßten. Allerdings, Herr **Roeder** hat den Stand Lichtenbergs von den Vorkriegszeiten geschürtelt. Im reichen Westen wohnend, brüht er bursche Reden aus, mit denen er bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten über das Steuerzahlen lamentiert. Trohdem ist er Stadtvater von Lichtenberg, sogar stellvertretender Stadtverordneter-vorsteher und er weiß hier das Grundbesitzerprivilegium sehr gut für seine Interessen auszunutzen. Die vor zwei Jahren eingeführte Wertzuwachssteuer deckelte er mit den von ihm verleumdeten Freunden so, daß sie ihn nicht treffen konnte. Ueberhaupt ist er der sprechende Beweis für das Antwerden der Gutsherren. Er übernahm vor circa 30 Jahren das Rittergut Lichtenberg für circa 200 000 M. Einen Teil des Geländes teilte er für die industrielle bebauten auf. Diese förderte er durch Anlegung einer Industriebahn. Wenn sie anerkannt, daß er sich bei der Verwertung als ein geschickter und fleißiger Mann erwies. Aber er konnte auch reichlich ernten! Seine Aufwendungen für Straßenbau, Kanalisation und die Eisenbahn kann man auf circa 3 Millionen Mark veranschlagen. Er hat aber auch schon schätzungsweise für 8-9 Millionen Mark Terrain verkauft. Und vor 1 1/2 Jahren bot er den Rest für indegamm 20 Millionen Mark an. Da ihm nur 16 Millionen geboten wurden, verzichtete er; bei weiteren Einzelverkäufen will er noch weit über 20 Millionen Mark herauskochen. So steht es mit dem Verarmen aus! Aber die Steuern? Kürzlich hat seine Terraingesellschaft eine Reklamschrift herausgegeben; darin wird mitgeteilt, daß auf dem ehemaligen Gutshof bereits 51 großindustrielle Anlagen domizilieren, und unter den Vorzügen Lichtenbergs wird angeführt: **Niedrige Steuer-sätze!** Es ist nicht bekannt, daß Herr **Roeder** gerade unerschämte sich bei der Festlegung der Pachtmieten für Laubeland, aber man weiß doch, daß die Pächten seine Steuerleistung aufbringen. Nach ihm ist der feste Grundbesitz das feste Bollwerk gegen Revolution

und Umsturz und er kennt kein größeres Schonen, als sich dieses Bollwerkes auf Kosten der Allgemeinheit recht teuer zu entledigen und vom Steuerzahlen verschont zu bleiben. Der arme Mann!

Ober-Schöneweide.

Sittlichkeitsvergehen. Der Tischlermeister **B.** sowie der Bäckermeister **L.** von hier sind verhaftet worden, da ihnen zur Last gelegt wird, sich an 12- bis 13-jährigen Schulmädchen vergangen zu haben. Bei **B.** sollen die Vergehen schon drei Jahre zurückliegen. — Auch der Gastwirt **B.** ist angeklagt wegen eines Raubzuchtvergehens plügend verhaftet worden. Er soll sich an einem in seinem Lokal verkehrenden Mädchen vergangen haben, nachdem er die Getränke mit einem Betäubungsmittel vermischt hat.

Königs-Wusterhausen.

Mit unliebsamen Vorgängen in der gemeinsamen Ortskrankenkasse Königs-Wusterhausen und Umgegend beschäftigte sich eine von etwa 200 Mitgliedern besetzte Versammlung. Unter den Kassennmitgliedern hat eine ziemlich Erregung Platz gegriffen, weil dem bereits 22 Jahre alt Kassennarzt tätigen Stabsarzt **Dr. Zimmermann** ab 1. Januar d. J. die Praxis entzogen wurde. Am 6. Januar ging den Generalvertretern der Kasse vom Rentanten **Wartwig** ein Schreiben zu, das diese Mitteilung überbrachte. „Gründe, warum Herr **Z.** als Kassennarzt entlassen wurde, können und dürfen nicht öffentlich klargelegt werden, obgleich wir es gern möchten.“ schrieb der Rentant den Vertretern. Ein seitens des „gemäßigten Kassennarztes“ an die Vertreter gerichtetes Memorandum forderte, die gegen ihn sprechende Gründe öffentlich bekannt zu geben. Der Vorstand der Kasse rühte mit den „Gründen“ jedoch nicht heraus und auch in der Versammlung erfährt man nichts, so daß die Kassennmitglieder sich heute noch vergebens fragen, warum denn Herr **Zimmermann** nicht mehr Kassennarzt ist. Der treibende Keil sollen angeblich die Herren **Kerze, Pöhl** und **Wagner** sein, wenigstens konnte man dies den Ausführungen entnehmen, die der frühere Kassennvorsitzende in der Versammlung machte. Große Enttäuschung rief es hervor, als einige Kassennmitglieder Beschwerden über die ihnen vom Rentanten zuteil gewordene unpassende Behandlung vorbrachten. — Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, dem bestehenden Personalmangel Abhilfe zu tun. Weiter wird verlangt, daß die Generalvertreter in einer baldigst einzuberufenden Generalversammlung den Beschluß des Vorstandes umstoßen, damit Herr **Zimmermann** wieder Kassennarzt wird. In einem ebenfalls angenommenen Antrage wird die Entlassung des Rentanten **Wartwig** zum 1. Juli d. J. gefordert.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Bei Beginn der Etatsberatungen teilte der Oberbürgermeister mit, daß die Bilanzierung des Etats für das nächste Jahr sehr schwierig sei. Eine Erhöhung der Einkommensteuerzuschläge (110 Proz.) sei nicht notwendig, aber mit einer gewissen Sorgfalt sei bei den einzelnen Etats das Augenmerk darauf zu richten, daß bei den Ausgaben Ersparnisse gemacht werden. Ob man aber dazu die richtige Stelle ausgesucht hat, erscheint fraglich, denn in voriger Sitzung wurde die Vorlage über die Erhöhung der Löhne der Feuerwehrlente und des Arbeiterkorps vertagt; in dieser Sitzung erteilte die Anrechnung der Militärzeit auf das Verdolungsdienstalter der Beamten und die Bewilligung von Ortszulagen an die technischen Lehretinnen das gleiche Schicksal. Kapitel Polizeiwesen erfordert einen städtischen Zuschuß von 132 000 Mark. Ueber die Festsetzung des Zuschusses für 1900 schwebt noch ein Streitverfahren. Potsdam besitzt im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine sehr große Menge von Schülern und anderen Polizeibeamten, infolgedessen ist der von der Stadt geforderte Zuschuß ganz besonders hoch. Der Bezirksauschuss hat den Betrag der Stadt schon um 20 000 M. ermäßigen wollen, die Stadt hielt auch diese Summe noch für zu hoch und klagte beim Oberverwaltungsgericht weiter. Da der Neubau eines großen Direktionsgebäudes in Aussicht steht, fragte Stadtv. **Wingler** an, ob die jetzt schon pro Einwohner tragenden Kosten von 2 M. sich dadurch vielleicht auf 3-4 M. erhöhen würden. Bürgermeister **Rodig** gab zu, daß die Kosten steigen werden, da ja die Stadt ein Drittel der Kosten der Polizeiverwaltung zu tragen habe, bezweifelt aber die Höhe von 3-4 Mark. Beim Kapitel Grundbesitz (Einnahme 89 080 M., Ausgabe 4310 M.) wird angeregt, die städtischen Ländereien in der Brandenburger Vorstadt für die Einrichtung von Laubenkolonien in Aussicht zu nehmen. Ebenso soll ein Spielplatz eingerichtet werden. Kapitel **Wadeanstalten** schiebt in Einnahme mit 3800 M. und in Ausgabe mit 2750 M. ab. Die Anstalten sind erst vor zwei Jahren errichtet; man versucht aber, was zuerst bestritten wurde, auch hier Ueberflüsse zu erzielen, nachdem man jeden Antrag auf Gewährung von Ermäßigungen irgendwelcher Art für die minderbemittelte Bevölkerung abgelehnt hat. Kapitel **Armenverwaltung** hat 35 500 M. Einnahmen und 232 000 M. Ausgaben, erfordert also einen Zuschuß von 197 400 M. Der Posten für **Bügelkosten** der Selbstkranken ist um 6000 M. gestiegen. Kapitel **Versorgungshaus** schiebt bei 13 800 M. Einnahmen und 79 400 M. Ausgaben mit einem Zuschuß von 65 600 M. ab. Kap. **Auguste-Viktoria-Krankenhaus** (erste und zweite Klasse) in Einnahme und Ausgabe 28 450 M.; Kap. **Spitalverwaltung** setzt die Kosten auf 67 675 M. fest. Der Erwerb des jenseitigen Grundstückes „Auf dem **Witt**“ 7 (Zuschußanstalt und Restauration) ist an eine Kommission verwiesen. Das Kaufangebot beträgt 75 000 M. Zur Klagerhebung gegen den früheren Stadtv. **Baumweller** Enders gab die Versammlung ihre Zustimmung. Zur Straßenregulierung in der **Weihenburger Straße** soll ein 181 Quadratmeter großer Streifen enteignet werden. Ueber den Preis war eine Einigung mit dem Besitzer nicht zu erzielen. Durch Beschluß des Bezirksauschusses ist der Wert auf 5582,30 M. festgelegt worden. Ein Sachverständiger der Stadt hat demgegenüber den Wert auf nur 1602,30 M. taxiert.

Eingegangene Druckschriften.

Universal-Bibliothek. 5385. Die Berliner Märztag. Von R. Preussel. — 5387-70. Schillerische Gedichte. Von R. v. Holte. — 5371. Schillers Fiedle. Von Dr. H. Jipper. — 5372. Das Familienbild. Von J. Friedmann-Friedrich. — 5373/74. Neben der Welt. Erzählungen von J. Müllberg. — 5375. Puppentheater. Von J. Socel. — 5376. Novellen. Von U. v. Altdorffström. — 5377-80. Die Familie Potanski. Roman von O. Stenlewicz. Einzelnummer 20 Pf. 94. Reclam, Leipzig.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für
Treptow-Baumschulenweg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gastwirt
Hermann Werner
(Garzerstr. 117, Bez. 12)
ehemaliger Seher resp. Bezirksführer unseres Wahlvereins, am 9. d. Mts., im Alter von 31 Jahren plötzlich und unerwartet durch Unglücksfall gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beeridigung findet am Freitag, den 16. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Neue Strug-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden)
In neuer Auflage ist erschienen:
Referenten-Führer
Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit notwendigen Wissensstandes
Von **Eduard David.**
4. durchgelebene Auflage.
Preis 1,50 Mark.
Referentwagen und alle Sorten Räder, Pflanzentrage 101. 2927b
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Kaul Singer u. Co., Berlin SW.**